

ALFRED M. FRAUENSTEIN

Die zentraleuropäischen Randstaaten
mit besonderer Berücksichtigung des
baltischen Dreibund-Problems
Lettland, Estland u. Litauen



1—10 Tausend.

Verlag des Verfassers.

Riga, 1921.

PREIS 10 REICHSMARK.

Schutzformel für die Vereinigten Staaten von Amerika: Copyright 1921 by
Alfred M. Frauenstein in Riga.



Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechts, vorbehalten.

Est. A
TARTU ÜLIKOO LI
RAAMATUKOGU
30448

Typographie A. Schnakenburg, Riga, Marstallstraße 5.

Den Mitgliedern der Konferenz
der
: : Baltischen Staaten : :

vom Verfasser gewidmet.

Vorwort.

Ich bin ein vollständig unpolitischer Mensch und werde eingeladen, einer politischen Abhandlung ein Geleitwort mitzugeben. Diese Einladung verdanke ich offenbar meiner gegenwärtigen Tätigkeit an der lettländischen Hochschule, wo ich mit Andern den Westen mit dem Osten verbinden helfe.

Die vorliegende Arbeit ist für den Westen bestimmt. Und da ich aus eigener Erfahrung weiß, welche falschen Begriffe und schiefen Vorstellungen über die Verhältnisse im alten und im gegenwärtigen Rußland und in den sogenannten Randstaaten dort bestehen, so erachte ich Worte der Aufklärung als notwendig. Mir wenigstens hat die Lektüre des Manuskripts in vielen Punkten Klarheit verschafft, weshalb ich annehmen darf, daß die Schrift vielen Westeuropäern willkommen sein werde. Gewiß wird es manchem ergehen wie mir, daß er geneigt ist, verschiedenes anders zu sehen und zu bewerten als der Verfasser. Doch da er als einer schreibt, der miterlebt hat, darf er verlangen, daß man ihm Aufmerksamkeit schenkt.

Vor allem berührt mich sympathisch das mutige Eintreten für die Freiheit der Völker. Als Schweizer habe ich eine angeborene Abneigung gegen die Unterdrückung jeder nationalen Kulturentwicklung, wie mein volkswirtschaftliches und moralisches Empfinden sich dagegen auflehnt, einen Menschen, Volksgruppen eines Landes oder ganze Völker in unfreiwilliger wirtschaftlicher Abhängigkeit von andern zu sehen. Ich möchte mit dem Verfasser wünschen, daß es den bisher kulturell, wie wirtschaftlich unterdrückten Völkern der Letten, Esten und Litauer gelingen möge, ihre Selbständigkeit zu erhalten und jene Freiheit zuerringen, die der Eigengesetzlichkeit des Individuums zum Durchbruch verhilft.

Riga, den 22. Mai 1921.

Prof. Dr. Ernst Schneider.

Einleitung.

Motto: „Man muß sich wundern, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“
Ogensterna, schwedischer Diplomat.

Die Entfesselung des Weltkrieges ist in den Auswüchsen des neuzeitlichen, über Hekatomben von Leichen schreitenden internationalen Kapitalismus im allgemeinen und in der von den Großmächten besorgten Hochschutzzollpolitik im besonderen, zu suchen. Letztere wurde ungeschickt unter dem Deckmantel nationalistischen Größenwahns und Imperialismus verhüllt.

Der Ausgang des Weltkrieges mußte daher naturgemäß nicht zu einem entscheidenden Siege der einen Mächtegruppe über die andere — der Entente über die Mittelmächte — führen, sondern zu einem Schlage gegen den internationalen Kapitalismus selbst, und zu einer durchgreifenden Umgestaltung Europas nach ethnographischen Prinzipien. Dieser Schlag ist dem Kapitalismus bereits durch den, auf eine Weltrevolution abzielenden Marxismus russischer Prägung, Bolschewismus genannt, versetzt worden.

Wir stehen somit im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Bolschewismus. Diese Umgestaltung Europas konnte nur auf revolutionärem Wege vor sich gehen. Jedoch nur nachdem der Druck der Zentralgewalt Rußlands und Deutschlands über ihre, an der Peripherie gelegenen Gebiete dermaßen nachgelassen hat, daß eine spontane Bildung neuer Staaten ermöglicht werden konnte. Auf diese Weise erlangten die sogenannten Randstaaten ihre Unabhängigkeit, die als ein Produkt der russischen und deutschen Revolution anzusehen ist. Letztere wurde wiederum durch den Sieg der Alliierten an der deutschen Westfront ermöglicht, denn Deutschland wurde gezwungen das im Osten besetzte Gebiet zu räumen.

Der neuzeitliche internationale Kapitalismus war in sich nicht geschlossen, sondern seiner politischen Orientierung nach gruppierte er sich um zwei Börsen. Diese beiden Börsen waren London und Berlin, wobei es der ersten mehr um die Festigung der alten Macht, der zweiten jedoch um die Erweiterung ihrer Macht, um die Erkaufung des „Plazes an der Sonne“ zu tun war, denn zu sehr waren Deutschlands Großmachtgelüste in ihrer Bewegungsfreiheit in der Sackgasse „Hamburg — Bagdad“, wie sie zutreffend Fürst Lichnowsky nannte, beengt.

Somit gruppierten sich politisch, als Satelliten, die Börsen von Paris, Petersburg, und später von Rom und New-York — um London, die Börsen von Wien und Konstantinopel hingegen um Berlin. Ein Nachgeben gab es nicht für einen Teil zum Vorteil des anderen. Denn England wollte sich die im Laufe von drei Jahrhunderten erworbene Weltbeherrschung nicht entwinden lassen, Deutschland hingegen suchte für seinen Handel Expansionsmöglichkeit zu erringen, selbst in dem Falle, wenn dieses Ziel durch einen Krieg erreicht werden konnte. Somit führte der, zwischen Deutschland und England seit den letzten Jahrzehnten, um die Beherrschung des Weltmarktes unternommene Wirtschaftskampf zum Kriege, der nur zur See ausgefochten werden konnte. Das revanchelustige Frankreich konnte natürlich bei dieser Gelegenheit als Englands Verbündeter von Deutschland nur vom Kontinent aus angegriffen werden.

Ganz anders verhält es sich in dieser Beziehung mit Rußland, welches für Deutschland weit mehr als bloß ein Verbündeter Englands galt: es war die treibende Kraft des gegen das Germanentum gerichteten Pan-slavismus. Auf dem Kontinent galt es somit um einen beiderseits langersehnten Ausgleich zwischen Pangermanismus unter preußischer, und Pan-slavismus unter großrussischer Führung. Da aber weder die Preußen noch die Großrussen die dazu erforderlichen Eigenschaften besitzen und sich trotzdem die kulturelle Führerschaft über andere Völker anmaßten, außerdem aber diesen Kampf weder auf russischem, noch auf deutschem nationalen, sondern auf dem Boden der Fremdstämmigen ausfochten, so ist es natürlich letzteren nicht zu verübeln, wenn sie nach Ausbruch der russischen Revolution und dem Zusammenbruch der deutschen Okkupationsmacht im Osten die Gelegenheit benutzten, um die fremden Eindringlinge mit Waffengewalt zu verjagen.

Das künstlich unterdrückte Nationalbewußtsein der Randstaatenbevölkerung ist somit durch den russischen und deutschen Imperialismus ganz unbewußt gezüchtet worden, bis es stark genug war, um auf den Trümmern der zusammengebrochenen Macht Deutschlands und Rußlands neue, nach vollkommener politischer Unabhängigkeit strebende Staatengebilde zu schaffen.

Da in diesen Staaten der, durch ein stark ausgeprägtes Nationalbewußtsein bedingte Unabhängigkeitsgedanke der Bevölkerung bei weitem stärker als deren Klassenhaß, so konnten sie sich eher dadurch gegen den Bolschewismus abgrenzen. Trotzdem wurden sie in Westeuropa mit einer gewissen Geringschätzung nur als ein „cordon sanitaire“ gegen den Bolschewismus bezeichnet; das jetzige geschmälerete Rußland und der russische Bolschewismus sind eben Begriffe, die sich territorial und ethnographisch decken. Mögen dies die westeuropäischen Feinde der Randstaaten nicht vergessen.

Somit hat der Ausgang des Weltkrieges einen ungeahnten Anstoß zu der Entwicklung des Nationalismus in Europa gegeben. Wenn vor etwa 150 Jahren nur die kulturell führende Oberschicht national empfand zum Unterschied von der großen Masse der, in nationalen Angelegenheiten indifferenten Bevölkerung, so ist im XX. Jahrhundert, dank der großen Entwicklung des Verkehrswesens, eine Verschiebung im Verhältnis der Oberschicht zur Unterschicht insofern zu verzeichnen, als eine immer weiter schreitende, durch Internationalisierung und auch politische Bedrückung bedingte Entnationalisierung einer gewissen Bevölkerungsschicht, dem wachsenden Nationalbewußtsein der bis jetzt unterdrückt gewesenen Unterschicht der Bevölkerung, ständig die Waagschale hält.

Dieses mag vielleicht einer der vielen Gründe für die Unpopularität des Pangermanismus und Pan-slavismus bei den eigenen Völkern gewesen sein. Wenn einerseits die völlige Verwirklichung der Ziele, die sich der Pangermanismus gesteckt hatte, durch den, für die Mittelmächte ungünstigen Ausgang des Weltkrieges vereitelt worden ist, so muß andererseits doch zugegeben werden, daß diese Ziele bis zu einem gewissen Maße, durch die Auflösung Rußlands in seine einzelnen nationalen Bestandteile, erreicht worden sind: die Gefahr des Pan-slavismus unter russischer Führung besteht für Deutschland nicht mehr, wohl aber konnte es unter Preisgabe seines einzigen deutschen Verbündeten, Oesterreichs, bis zu einem gewissen Maße die nationale Integrität seines eigenen Territoriums wahren. Somit hat sich der Pangermanismus in gewisser Beziehung als nationales Kriegsexperiment dem Pan-slavismus gegenüber als bei weitem widerstandsfähiger erwiesen.

Da der Begriff Randstaaten im allgemeinen auch die Vorstellung wachruft, daß sie gleichzeitig berufen sind, die Rolle von Pufferstaaten zwischen zwei oder mehreren Großmächten zu spielen, so mag vielleicht von diesem Standpunkte aus betrachtet, eine gewisse Klassifizierung der Randstaaten, je nach ihrer Lage in Europa, hier am Platze sein.

Der Einfachheit halber kann man sie in west-, zentral- und osteuropäische Rand- resp. Pufferstaaten einteilen.

Zu den westeuropäischen, die beiden Großmächte Frankreich und Deutschland von einander trennenden Randstaaten gehören: Belgien, Luxemburg, und die Schweiz. Was Elsaß-Lothringen anbelangt, so müßte es nur als selbständiger Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich bestehen.

Zu den zentraleuropäischen, das eigentliche östliche Slaventum von Westeuropa trennenden Randstaaten gehören: Finnland, die drei eigentlichen Baltischen Staaten, Estland, Lettland und Litauen, und zuletzt Polen und Rumänien.

Endlich zu den osteuropäischen Randstaaten gehören die Kaukasusrepubliken Georgien, Aserbeidschan und Armenien.

Da vorliegende Schrift in erster Linie eine eingehende Besprechung des Problems der drei Baltischen Staaten: Lettland, Estland und Litauen anstrebt, so scheidet für unsere Betrachtung die west- und osteuropäischen Randstaaten aus.

Die Ukraine und Weißrußland, auch Weißruthenien genannt, können als Randstaaten im eigentlichen Sinne des Wortes nicht bezeichnet werden. Die Weißrussen und Ukrainer, auch Kleinrussen genannt, sind als Ostslaven ihrer Sprache, Kultur und Konfession nach bei weitem mehr Russen, als daß eine begründete Berechtigung vorliegen könnte zu sehr ihren Unterschied von den Großrussen hervorzuheben. Sie ähneln somit in jeglicher Beziehung bei weitem mehr den Großrussen, als daß sie sich von ihnen unterscheiden. Das Verhältnis der Weiß- und Kleinrussen zu den Großrussen mag daher verglichen werden etwa mit demjenigen der Mecklenburger und Sachsen zu den Süddeutschen oder Westfalen. Was das Verhältnis der Ukraine zum übrigen Rußland betrifft, so ist es vollkommen identisch mit demjenigen Cataloniens zum übrigen Spanien. Im allgemeinen ist der russisch-ukrainische Gegensatz nichts anderes, als der, durch verschiedene klimatische Verhältnisse bedingte, häufig bei Völkern vorkommende Antagonismus zwischen Nord und Süd, der auch in anderen Ländern, wie z. B. in Frankreich, Italien und China klar zutage tritt und zuweilen den Anlaß zu Bürgerkriegen gibt.

Aberhaupt kann das gesamte zentraleuropäische Randstaatenstystem nur vom Standpunkte der größeren oder geringeren Abweichung der, die Randstaaten bewohnenden Völker vom Großrussentum gewertet werden. Ein „Russisches Problem“ existiert somit nicht mehr, sondern nur ein großrussisches, das das Verhältnis der großrussischen Bevölkerung zu der nichtgroßrussischen der Randstaaten in kulturell-politischer Beziehung mehr oder weniger genau bestimmt. Trotzdem darf für die eigentlichen zentraleuropäischen Randstaaten, die wir von nun an der Einfachheit halber nur als Randstaaten bezeichnen werden, die Bedeutung der beiden, nach freier Entfaltung ihrer nationalen Eigenart ringenden russisch-slavischen Randstaaten, Klein- und Weißrußland, nicht unterschätzt werden. Sie sind dank den bestehenden Großmachtgefühlen Polens von dieser Macht stark bedrückt worden und haben daher unter den obwaltenden politischen Verhältnissen eine starke antipolnische Orientierung, die fälschlicherweise in Westeuropa, namentlich in Frankreich, als Sympathie für den Bolschewismus, gedeutet wird.

Die Randstaaten lassen sich in eigentliche, resp. zum Großrussentum nicht gehörige Staatengebilde, und in solche, die zum orthodoxen Slaventum gehören, einteilen. Zur ersten Gruppe gehören Finnland, Polen und die drei Baltischen Staaten, zur zweiten Klein- und Weißrußland, die zum Unterschied von den eigentlichen und nicht-russischen, als russische Randstaaten bezeichnet werden müssen, um dadurch ihre größere Zugehörigkeit zum Russentum hervorzuheben.

Nun handelt es sich darum, den Begriff Baltische Staaten näher zu präzisieren.

Da der Begriff Randstaaten unwillkürlich die Zugehörigkeit zu einem größeren Reiche, von welchem sie politisch, kulturell und wirtschaftlich unterworfen waren, hervorruft, so ist es begreiflich, daß sie sich selbst entweder mit ihrem eigenen Namen oder kurzweg als Baltische Staaten, dank dem Ausgange, den sie zum Baltischen Meer gemeinsam haben, zu bezeichnen lieben. Diese Staaten sind somit Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen. Genau genommen, dürfte der Begriff „Baltisch“ sich weder auf Polen noch auf Finnland beziehen. Polen ist erstens eine ausgesprochene Kontinentalmacht, und seine Küste, die zum Unterschiede von den drei baltischen Nachbarrepubliken nicht am offenen Meer gelegen ist, ist zu bedeutungslos, als daß man Polen zu den Baltischen Staaten rechnen könnte. Finnland dagegen wird im Süden vom Finnischen und im Westen vom Botnischen Meerbusen umspült, so daß es ebenfalls zu den Baltischen Staaten nicht gezählt werden kann.

Somit bleiben nur noch die eigentlichen drei Baltischen Staaten: Estland im Norden, Litauen im Süden und das zwischen ihnen gelegene Lettland nach, die der Kürze wegen als Baltische Staaten bezeichnet werden können. Diese Bezeichnung ist schon insofern ihrer Einfachheit wegen vorzuziehen, als der sich im deutschen Sprachgebrauch eingebürgerte Begriff „Baltikum“, der sich vor dem Kriege nur auf das heutige Lettland und Estland bezog, durch die Umgestaltung dieser ehemaligen russischen Landesteile eine Erweiterung erfahren hat.

Da es nicht gut angeht, diese Republiken in den drei Sprachen der dort lebenden Majorität in einem Atemzuge mit *Latwija*, *Cesti* und *Lietuwa* zu bezeichnen, so halten wir es für richtiger sie mit ihren deutschen Namen: Lettland, Estland und Litauen zu nennen, wobei unter Estland nicht das ehemalige russische Gouvernement Estland, sondern die Republik Cesti zu verstehen ist. Zu Lettland hingegen gehört ganz Kurland, der südliche Teil Livlands und der von inslantischen Letten bewohnte Teil des ehemaligen russischen Gouvernements Witebsk, Lettgallen genannt. Endlich ist unter Litauen nicht nur das Territorium der jetzigen Republik Litauen zu verstehen, sondern das von den Polen immer noch rechtswidrig besetzt gehaltene Gebiet um Wilna, die eigentliche Hauptstadt Litauens, und das Memelgebiet, das nicht nur von Deutschland abgetrennt werden muß, sondern auch vom Völkerbunde selbst, endgiltig in litauische Verwaltung überzugehen hat. Die künstliche Schaffung einer litauischen Irredenta ist ungerecht und schädigt auch das Ansehen der Ententemächte, die wohl an erster Stelle dazu berufen sind, das von Rußland vor dem Kriege und nach seinem Ausbruch von der deutschen Okkupationsgewalt an der Randstaatenbevölkerung in kulturell-politischer Beziehung begangene Unrecht wieder gut zu machen. *Hic Rhodos, hic salta!*

II. Zentrifugale und zentripetale Strömungen unter der Randstaaten-Bevölkerung.

Die Unfähigkeit der russischen Staatsmänner, als einer abseits vom praktischen Leben stehenden Großgrundbesitzerkaste, die in den früheren russischen Randstaaten vorhandenen zentripetalen und zentrifugalen Strömungen richtig einzuschätzen, kam bei Ausbruch der russischen Revolution als endgültiger, ausschlaggebender Faktor in der Loslösung der Randstaaten in Betracht.

Entschieden waren in den jetzigen Baltischen Staaten vor dem Kriege auch starke zentripetale Strömungen vorhanden, als deren Vertreter vorwiegend Handels- und Industriekreise gelten mußten, die ihren Wohlstand hauptsächlich dem Außenhandel Rußlands und seiner Hochschutzzollpolitik zu verdanken hatten. Während der Okkupationszeit haben die zentripetalen Strömungen, die die alte Wirtschaftsgemeinschaft mit Rußland herbeifehrten, an Intensivität nur gewonnen, denn die von der Randstaatenbevölkerung auf die deutsche Okkupationsmacht gesetzten Hoffnungen haben sich als trügerisch erwiesen.

Die unter der Randstaatenbevölkerung vor dem Kriege vorhanden gewesenen zentrifugalen Strömungen, die also auf eine Trennung von Rußland abzielten, und aus denen daher die deutschen Okkupationsbehörden für sich großes Kapital hätten schlagen können, verdienen eingehender besprochen zu werden.

Zu den zentrifugalen (rußlandfeindlichen) Strömungen gehört: 1) die Zugehörigkeit der großen Masse der Bevölkerung der Baltischen Staaten zur westeuropäischen Zivilisation, die vielleicht aus Mangel an genügendem Verständnis sich noch nicht im Bewußtsein der Masse genügend Bahn gebrochen hat, aber doch instinktiv empfunden wird; 2) Lettland und Estland sind zu 83% protestantisch, Litauen zu 60% katholisch; stehen daher der orthodoxen Kirche ablehnend gegenüber; 3) 80—90% der Bevölkerung der Baltischen Staaten ist des Lesens und Schreibens kundig; im übrigen Rußland hingegen schwankt diese Zahl, je nach Gegenden, zwischen 20—35%; 4) die alte russische Regierung war nicht im stande, in Ermangelung einer zweckentsprechenden Auslese unter ihrem Beamtentum fremdstämmige Gebiete so zu verwalten, wie dies die westlichen Randgebiete waren, deren Bevölkerung sich auf einer viel höheren Entwicklungsstufe, als die Masse des russischen Volkes, befindet, und 5) die ehemalige russische Oberschicht hat sich im Laufe der Zeit durch eine Schulung nach preußischem Vorbilde, durch eine französische Weltanschauung und durch eine Lebensart, die äußerlich die englischen Formen nachahmt, zu einer Misch- und Spottgeburt westeuropäischen Wesens herausgebildet und steht daher, weil sie sich außerdem noch schämt, russisch zu sein und zu empfinden, niemandem so fern, als gerade dem russischen Volke selbst. Aus diesem Grunde kann man es den Fremdstämmigen nicht verdenken, (die mit dieser Oberschicht nicht in Berührung gerieten, sondern vorherrschend mit den in jeder Hinsicht tief unter ihnen stehenden russischen Elementen, wie Militär, Polizei, Beamten und Bauern), wenn sie sich von der Masse des unverfälschten und daher sich natürlich gebahrenden Russentums nicht angezogen fühlten.

Paralysiert wurden diese zentrifugalen Strömungen durch die unzähligen Fehler, die von den deutschen Okkupationsbehörden im besetzten Gebiet begangen worden sind. Deutschland hatte sofort nach Besetzung der jetzigen Randstaaten mit eigenen zentrifugalen Strömungen zu rechnen, die für Rußland also als zentripetale Strömungen gewertet werden müssen, und im wesentlichen dazu beigetragen haben, daß bei den führenden Politikern der Randstaaten eine wirtschaftlich-politische Abgrenzung von Deutschland als *conditio sine qua non* der nach ungehinderter Entfaltung ihrer nationalen Eigenart strebenden Randstaaten angesehen werden mußte.

Diese zentripetalen (deutschlandfeindlichen) Strömungen wurden gefördert:

1) durch eine rücksichtslose Mißachtung der politischen und kulturellen Sonderinteressen der Randstaatenbevölkerung von seiten der deutschen Militärgewalt;

2) durch eine systematische wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete durch die Armee, die die Überschüsse an Lebensmitteln und Rohstoffe der Landesbevölkerung entzog und nach Deutschland schaffte;

3) durch die von Hindenburg und dem Baltischen Silvio Bröderich ausgearbeiteten Kolonisationsprojekte der jetzigen Baltischen Staaten, die gleichzeitig deren gewaltsame Germanisierung bezweckten;

4) durch die Unfähigkeit der deutschen Okkupationsgewalt, die Vermittlerrolle im Kulturkampf zwischen der nicht-deutschen Bevölkerung und dem an seinen Standesprivilegien festhaltenden baltischen Großadel zu übernehmen. Desgleichen wurden auch die in Litauen ansässigen polnischen Großgrundbesitzer in ihrem, gegen das litauische Volk gerichteten „Kulturkampf“, der nichts anderes als nur die Verwirklichung ihrer imperialistischen Bestrebungen im Osten zum Ziele haben konnte, unterstützt, um auf diese Weise die Aufmerksamkeit der bisher russischen Polen von den s. Z. von Preußen annektierten Provinzen abzulenken; und

5) durch eine bei Ausbruch der russischen Revolution vonseiten der neuen russischen Regierung proklamierte Gleichstellung aller Nationalitäten, deren Sympathien man durch die Losung „Friede, Land und Freiheit“ zu gewinnen suchte. Diese Losung war der deutschen Okkupationsmacht nichts weniger als genehm, da Deutschland selbst politisch noch nicht reif war, als es sich anschickte, „Weltpolitik“ zu treiben.

III. Die wirtschaftliche Bedeutung der Baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen.

Durch Deutschlands militärische Niederlage und den Zusammenbruch Rußlands, welches gezwungen worden ist mit allen Randstaaten Frieden zu schließen, ist für die nächste Zeit, die den drei Baltischen Staaten von dieser Seite drohende Gefahr eines imperialistischen Großstaatenjoches nunmehr beseitigt. Nachdem sie sich jetzt einer endgültigen Befreiung von jeglicher fremdstämmigen Invasion erfreuen, haben sie mit zwei großen Gefahren zu rechnen, die ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit ernstlich bedrohen.

Nachdem der militärische Zusammenbruch Deutschlands bereits stattgefunden hat, besteht eine unmittelbare politische Gefahr für die Balti-

schen Staaten vonseiten Rußlands. Eine wirtschaftliche Gefahr aber besteht vonseiten der hochentwickelten westeuropäischen Industriestaaten.

Die politische Gefahr besteht darin, daß Rußland aus ganz natürlichen und historischen, in seiner Geschichte begründeten Ursachen, von jeher das Bestreben an den Tag gelegt hat, in den Besitz der Ostseeküste zu gelangen. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die von der neuen, an Stelle der Sowjet-Herrschaft sich voraussichtlich etablierenden, Regierung, zu erwarten wäre, kann absolut nicht als Garantie für die Unantastbarkeit des Territoriums der Baltischen Staaten angesehen werden. Der Höhepunkt der Machtentfaltung Rußlands liegt noch in ferner Zukunft; es ist daher mit Sicherheit auf eine Stärkung des russischen Nationalbewußtseins zu rechnen, welches, in einer die Zukunft der Baltischen Staaten bedrohenden Weise, sich zu äußern vermag, falls Rußland abermals den unheilvollen Weg einer aggressiven Gewaltpolitik beschreiten sollte. Um dieser Gefahr vorzubeugen, handelt es sich darum: erstens stark genug zu sein, um durch die numerisch erdrückende Übermacht nicht überrannt zu werden und somit in Zukunft vielleicht dem Schicksal Belgiens zu verfallen, zweitens alle diejenigen Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die Rußlands friedlicher Betätigung am Handel über die Baltischen Häfen hinderlich sind.

Stärke besteht aber in der Einigkeit. Die Baltischen Staaten sind ausgesprochene Transitländer. In Unbetracht ihrer Vergangenheit und eines in sich abgeschlossenen Territoriums, haben sie gemeinsame Interessen nicht nur in der auswärtigen Politik, sondern auch zu ihren gemeinsamen Nachbarstaaten zu vertreten. Die Schaffung einer wirtschaftlichen Irredenta ist daher der zukünftigen Lebensfähigkeit der Baltischen Staaten keineswegs förderlich. Denn wie den angrenzenden Großmächten, so auch den hochentwickelten Industriestaaten im allgemeinen, denen es an einer wirtschaftlich-politischen Unterjochung der Baltischen Staaten gelegen sein könnte, muß der Sieg viel leichter werden, wenn ihnen die Möglichkeit geboten wird, mit jedem dieser unabhängigen Staaten einzeln zu verhandeln. Daher müßten im Interesse der Erhaltung und Festigung des neuentstandenen Staatswesens, die auf eine Erreichung partikularer Vorrechte abzielenden Bestrebungen in den Hintergrund treten. Dem im Ruffentum latent vorhandenen und seit langem vor dem Kriege auch noch künstlich gezüchteten Drang zum Meer könnte Einhalt geboten werden, wenn die Baltischen Staaten in wirtschaftlicher Beziehung vereinigt, ein geschlossenes Ganzes bilden. Undernfalls würden diese Staaten nicht widerstandsfähig sein — ihre Bevölkerung beträgt insgesamt nur etwa 10 Millionen; sie könnten daher der Gefahr ausgesetzt sein, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verlieren. Dieses angestrebte Bündnis der drei Baltischen Staaten, das in der einen oder anderen Form abgeschlossen werden müßte, würde auch gleichzeitig dazu beitragen, daß sie sich ein, ihrer Kultur und Geschichte entsprechendes Ansehen nicht nur unter den in ihrer Bildung jetzt begriffenen Neustaaten, sondern auch unter den Großmächten eher verschaffen würden, als das dies gegenwärtig zu erwarten wäre. Dank ihrer geographischen Lage muß das wirtschaftlich-politische Verhältnis der Baltischen Staaten zu Rußland ungefähr demjenigen Hollands zu Deutschland, jedenfalls darf es aber nicht dem Luxemburgs zu Deutschland gleichen, welches durch die Einbeziehung in die deutsche Zollgrenze bloß die Rolle eines Vasallenstaates spielte. Durch ein Bündnis würden diese drei Staaten stark genug sein, um sich nicht nur gegen eine russischerseits zu erwartende etwaige Einverleibung erfolgreich zur Wehr zu setzen, sondern auch,

um einer Exploitation der Bewohner durch eine wirtschaftliche Ausbeutung des Landes vonseiten anderer kapitalistisch-imperialistischer Großmächte vorzubeugen.

Das Hinterland der Baltischen Staaten ist Rußland. Seine Lungen aber, ohne die das Wirtschaftsleben Rußlands nicht normal funktionieren kann, sind die Meere, und unter diesen in erster Linie das Baltische Meer, mit seinen eisfreien Häfen Libau und Windau. Dem ungehinderten Handelsverkehr des russischen Hinterlandes mit der Außenwelt, über die Baltischen Häfen, sollen nicht nur alle Hindernisse nach Möglichkeit aus dem Wege geräumt, sondern dieser Verkehr muß noch künstlich gefördert werden, falls die Russen sich in Zukunft lediglich auf eine friedliche Ausübung ihrer mit dem Transithandel verbundenen Tätigkeit beschränken, d. h. ihre Anwesenheit in den Baltischen Staaten nicht zu politischen Wühlereien oder sonstiger Propagandatätigkeit benutzen sollten.

Die den Baltischen Staaten seitens hochentwickelter Industriestaaten drohende Gefahr der wirtschaftlichen Unterjochung besteht darin, daß sie als Agrarland mit einer ruinierten Landwirtschaft und Industrie dem wirtschaftlich-politischen Einflusse einer einzigen industriellen Großmacht unterliegen, und somit im Laufe der Zeit in eine so große Abhängigkeit zu ihr geraten könnten, daß die bereits erfolgte Anerkennung de jure auf eine de facto gänzliche wirtschaftliche Abhängigkeit herabsinken kann. Die Baltischen Staaten würden dann in ein gleiches Verhältnis zu diesem Industriestaat treten, wie z. B. die Republik Cuba, die von der New-Yorker Börse, oder Argentinien und Portugal, die von der Londoner Börse aus regiert werden. Wenn das Wirtschaftsleben in den Baltischen Staaten derart von dem guten oder bösen Willen dieser Industriemacht abhängig sein wird, so können in diesem Falle die auf den Volkswillen sich stützenden Regierungen der Baltischen Staaten, nicht mehr Herren im eigenen Hause sein.

IV. Die Bedeutung der Baltischen Staaten für die Aufrechterhaltung eines dauernden europäischen Friedens.

Die drei Baltischen Staaten und Polen können nur dann fortbestehen, wenn sie ständig politisch ein trennender Faktor zwischen Deutschland und Rußland bleiben, obwohl sie in wirtschaftlicher Hinsicht eine Brücke bilden müssen, wie dieses z. B. die, zwischen vier Großmächten gelegene Schweiz ist. Je enger die einzelnen Randstaaten unter einander in wirtschaftlich-politischer Hinsicht verbunden sind, desto vorteilhafter für sie selbst und für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens.

Nach dem Versailler Frieden sah sich Deutschland im Osten von neuen Feinden umringt, die dreuend ihr Haupt erhoben: Polen und die drei Baltischen Staaten verlangten die Wiedergutmachung der, durch die deutsche Okkupation, angerichteten Schäden und mußten naturgemäß dem „Drang nach Osten“ den Riegel vorschieben. Dadurch rückte Rußland automatisch aus der Reihe der unmittelbaren Feinde Deutschlands.

Die ehemaligen Nachbarn Deutschland und Rußland, als die früheren wirtschaftlichen Hauptfactore in Europa, sind nun auf einander angewiesen, um sich gegenseitig die Wunden, die ihrem Wirtschaftsorganismus seit dem Ausbruche des Weltkrieges zugefügt wurden, zu heilen, denn die Ententemächte sind zu ohnmächtig, um eine radikale Besserung auf dem europäischen

von Turkestan isoliert ist. Unter allen europäischen Randstaaten sind an erster Stelle die zentral- und westeuropäischen Randstaaten als Bufferstaaten zwecks Aufrechterhaltung eines dauernden europäischen Friedens berufen, den Imperialismus Rußlands, Deutschlands und Frankreichs einzudämmen.

V. Wo würde die administrative Grenze eines künftigen Rußlands verlaufen?

Um diese Frage unparteiisch beantworten zu können, handelt es sich an erster Stelle darum, festzustellen, inwieweit im allgemeinen eine Zerstückelung Rußlands der Festigung der Randstaaten selbst künftig vonnutzen sein dürfte.

Die wissenschaftliche Verkennung der Bedeutung der Randstaaten war für alle in Betracht kommenden Teile, für Rußland, Deutschland und die Entente selbst verhängnisvoll.

Nicht die Proklamierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der Ausbruch der russischen Revolution, der Zusammenbruch der deutschen Westfront und der darauf folgende Versailler Friedensvertrag tragen daran Schuld, daß Rußland und Deutschland von den Randstaaten mit Waffengewalt gezwungen worden sind, sich innerhalb ihrer eigenen ethnographischen Grenzen zurückzuziehen, sondern daß man die in den Randstaaten vorhandenen, auf eine berechtigte Abtrennung abzielenden zentrifugalen Kräfte unterschätzte.

Die bereits von der Entente erfolgte Anerkennung de jure ist aber nichts anderes, als die Bestätigung des Überwiegens der zentrifugalen kulturell-politischen Kräfte über die zentripetalen wirtschaftlichen Kräfte, welche letztere, wie in bezug auf Deutschland, so auch Rußland gleiche Intensivität besitzen und somit einander vollkommen neutralisieren.

Da hauptsächlich Rußland am Verlust dieser ehemaligen Landessteile selbst Schuld trägt, so liegt ja für die lebensfähigen Randstaaten kein Grund vor, in ihren Verband nichtlebensfähige Bundesgenossen — gemeint sind Weiß- und Kleinrußland — aufzunehmen, die entweder aus Furcht vor dem jetzigen Käserußland oder vor dem kommenden Großrußland, auf Grund eines, seiner Bedeutung nach übertriebenen Separatismus, bei ihnen Zuflucht suchen. Wer stark ist, — bleibt allein!

Unter vielen führenden Politikern der Randstaaten besteht das Bestreben, aus der bereits erfolgten Zerfetzung Rußlands für die Konsolidierung der Randstaaten das größte Kapital zu schlagen. Hierbei geht man von Erwägungen wirtschaftlichen Charakters aus, ohne dabei zu berücksichtigen, welche enorme Gefahren künftig in militärischer und kulturell-politischer Beziehung eine derartige Verdoppelung, ja fast Verdreifachung des eigentlichen Randstaatenterritoriums bei einer Wiedererstarung Großrußlands in sich birgt. Gemeint ist die geplante direkte Verbindung Lettlands, Weißrußlands und der Ukraine durch die Realisierung des großen Kanalprojekts Duna-Dnjepr, der angeblich für alle drei in Betracht kommenden Staaten einen wirtschaftlichen Aufschwung von ungeahnter Bedeutung zur Folge haben dürfte.

Als Großmacht konnte Rußland zu Friedenszeiten sich den Luxus der Unterdrückung der Randstaatenbevölkerung oder das Ausspielen einer Nationalität gegen die andere gestatten. Die Randstaaten hingegen sind viel zu schwach, um sich mit neuen Staatenjähden im Osten zu um-

geben. Andererseits gewinnen aber sie durch ein wiedererstarrendes Zentralrußland, das nicht gut ohne die Ukraine gedacht werden kann, wirtschaftlich zu viel, als daß man diese Tatsache unbeachtet lassen dürfte. Ein allzusehr zerstückeltes Rußland wird zweifelsohne bei einem nichtbolschewistischen Regime ein künstlich aufgepeitschtes Nationalbewußtsein wachrufen, das die Einverleibung der vorwiegend nationalrussischen Bestandteile, wie dieses die Ukraine und Weißrußland sind, zum Ziele haben wird.

Im Kriegsfall würden die Ukrainer und Weißrussen im kritischen Moment Verrat üben und zu den Russen übergehen, da ihr, sie von Rußland trennender Separatismus viel zu schwach ist. Ähnlich haben es bereits im Weltkriege die österreichischen Krieger slavischen Stammes getan, die des öfteren, meistenteils zu ihrer eigenen Enttäuschung, zu den Russen avec armes et bagages übergelaufen sind.

Es ist somit falsch seine Hoffnungen auf eine gänzliche Zerstückelung Rußlands zu setzen, von welcher angeblich die Randstaaten selbst durch eine weitere Angliederung nicht-großrussischer Bestandteile gewinnen könnten.

Eine gewaltsam durchgeführte Zerstückelung hat nie positive Resultate gezeitigt. Den besten Beweis dafür erbringt das heutige Deutschland.

Die von den Franzosen beim Zusammenbruch der deutschen Front auf eine gänzliche Auflösung Deutschlands in seine einzelnen Bestandteile gesetzten Hoffnungen, haben sich, trotz der Schürung des westdeutschen Separatismus mit großen Geldmitteln, als trügerisch erwiesen. Deutschland hat zwar seine heterogenen Bestandteile im Osten, Norden und Westen verlieren müssen, innerlich ist es jedoch nicht nur mehr verpreußt, als wie es vor dem Kriege der Fall war, sondern wünscht sogar die Angliederung Deutschösterreichs — ein Wunsch, der ja übrigens durchaus berechtigt ist, zumal Europa im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts der Völker steht.

Die Lösung der Frage, inwieweit die Abtrennung der Randstaaten von einem künftigen Rußland berechtigt erscheinen wird, muß dahin zusammengefaßt werden, daß, mit Ausnahme von Polen, alle übrigen slavischen Bestandteile, die ja außerdem noch zur russisch-orthodoxen Kirche gehören, unter die russische Staatsoberrhohheit kommen. Andernfalls würde ein revanchesüchtiges Großrußland die slavischen und zugleich russischen Bestandteile der Randstaaten zurückerlangen wollen und jedenfalls dann nicht Halt vor der Zurückeroberung aller übrigen Randstaaten machen. Ihre Widerstandskraft würde durch Angliederung von Weißrußland und der Ukraine wesentlich vermindert sein.

Es handelt sich daher darum, daß künftig die eigentlichen Randstaaten nicht in die Fehler Deutschlands verfallen, welches unbesonnen auf eine unterschiedslose Zerstückelung Rußlands losarbeitete.

Die bereits de jure anerkannten Randstaaten brauchen, aus Furcht vor dem kommenden Rußland sich durch Angliederung von Weiß- und Kleinrußland ihre eigene ungehinderte wirtschaftliche und nationale Entwicklung nicht zu erschweren. Qui trop embrasse, mal étireint!

Außerdem werden weder Weiß- noch Kleinrußland je von der Entente de jure anerkannt werden, und dieses selbst in dem Falle nicht, wenn es gelingen sollte den Bolschewismus auf dem Territorium des eigentlichen Großrußlands zu lokalisieren.

Da für die Abtrennung der Randstaaten von Rußland im allgemeinen das Überwiegen der zentrifugalen Kräfte über die zentripetalen aus schlaggebend war, verdienen die in ihnen vorhandenen zentrifugalen

Strömungen einer näheren Betrachtung unterzogen zu werden, um die Westgrenze, nicht der großrussischen Nation, wohl aber der künftigen russischen Staatsoberhoheit festzustellen, und zwar ganz abgesehen davon, ob in das Gebilde des künftigen Rußlands autonome Bestandteile aufgenommen werden oder nicht.

Hierbei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß als zentrifugale Strömungen, als trennende Momente, nicht nur der Rassenunterschied zu berücksichtigen ist, sondern vielmehr der Unterschied in der Entwicklungsstufe zweier verschiedener Kulturen, wie auch die Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses. Bei unseren Schlussfolgerungen gehen wir von folgenden Gesichtspunkten aus: 1) die großrussische Nation steht auf einer niedrigen Entwicklungsstufe der materiellen Kultur (Zivilisation), 2) sie besitzt eine kulturell hochentwickelte, aber international gesinnte westeuropäisch orientierte Oberschicht, 3) die russische Nation bedient sich der russischen Literatursprache, 4) sie gehört der russisch-orthodoxen Kirche an. Wir wollen die in dieser Beziehung unter der Randstaatenbevölkerung vorhandenen Unterschiede mit + (plus), die Unterschiede hingegen, die für eine Zugehörigkeit der Randstaaten zu Rußland sprechen, mit 0 (Null) und — (minus) bezeichnen. Auf diese Weise würden wir letzten Endes feststellen können, inwiefern vom nationalen, kulturellen und geschichtlichen Standpunkte aus, die Randstaaten von Rußland differieren und somit eine wirtschaftlich-politische Abtrennung resp. Einverleibung in das künftige Rußland, als in jeder Hinsicht begründet erachtet werden kann. Hierbei bedeutet die Bezeichnung + (positiv) einen großen Unterschied in den obenangeführten kulturellen, wirtschaftlichen u. dgl. m. Beziehungen; 0 (Null) einen mittelmäßigen Unterschied, und — (negativ) einen Unterschied, der z. B. in kultureller Beziehung zur Oberschicht zu Rußlands Gunsten spricht, und somit für die Loslösung der Randstaaten von Rußland als eine negative, d. h. diese Bewegung nicht fördernde Strömung angesehen werden muß.

Aus umstehender Tabelle ersehen wir, daß bei den Kolonnen Weißrußland und Ukraine wir insofern in die Brüche geraten, als kein einziges Moment zu Gunsten einer Abtrennung dieser Randstaaten von Rußland spricht; mehr als das, Großrußland ist diesen beiden ehemaligen Bestandteilen hinsichtlich seiner kulturell hochstehenden Oberschicht entschieden überlegen.

Die Erwägungen wirtschaftlichen Charakters sind in dieser Tabelle gar nicht berücksichtigt worden, so daß, wenn man die rein wirtschaftliche Seite der Berechtigung der Abtrennung der Randstaaten von Rußland einer objektiven Betrachtung unterzieht, man zu folgendem Schluß kommen muß:

Wirtschaftlich kann Rußland z. B. vollkommen ohne die drei Baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen auskommen, zumal diese über keine Naturschätze verfügen, nicht aber ohne die Ukraine, wo in Anbetracht großer Kohlenlager und des Schwarzerdestreifens (черноземная полоса), das Schwergewicht des russischen Wirtschaftslebens sich befindet.

Ganz anders verhält es sich mit den ersten 5 Rubriken. Indem sich unter Punkt 1 (Kultur der Oberschicht) + und — gegenseitig aufheben, erhalten wir für Finnland, Estland und Lettland 5 (+) positive Chancen gegen kein einzige positive großrussische Chance, so daß die Abtrennung dieser Randstaaten als in jeder Hinsicht berechtigt erscheint. Nur bei Litauen und Polen erhalten wir, dank dem niedrigen Stand der Zivilisation 4+ (Plus). Der Grund für diesen verhältnismäßig niedrigen Stand der Zivilisation Polens und Litauens ist entschieden im Katholizismus, dessen

Die zentral-europäischen Randstaaten.

	Eigentlich e R a n d s t a a t e n Baltische Staaten.			
	Finnland	Estland	Litauen	Polen
1) Eigene Volkskultur der Oberflächl. Alter., Materiel. Musst Großrußland	niedrig hoch	niedrig hoch	niedrig hoch	hoch
2) Zivilisation (mater. Kultur, techn. Fortschr.) Großrußland	hoch niedrig	hoch niedrig	mittel	mittel
3) Nationalbewußtsein im allgemeinen Großrußland	starkentw. mittel	starkentw. ev.-lut.	starkentw. kathol.	starkentw. kathol.
4) Glaubensbekenntnis Großrußland	orthod. finnisch	ev.-lut. estnisch	orthod. litauisch	orthod. polnisch
5) Sprache Großrußland	russisch	estnisch	litauisch	polnisch
6) Verschiedenheit der Rasse Großrußland	ugro- finn. slav. 0	ugro- finn. 0	altin. dogerm. 0	altin. dogerm. slav. 0
Großrußland	5+	5+	4+	4+
Großrußland	kein +	kein +	kein +	kein +
Großrußland	5+	5+	4+	4+

B e r e c h t i g t, d a b e r
w e s t l i c h v o n d e r r u s s i s c h e n — a d m i n i s t r a t i v e n G r e n z e.

W a h r s c h e i n l i c h e r V e r l a u f d e r f ü n f t i g e n G r e n z e d e r r u s s i s c h e n S t a a t s o b e r h ö r h e i t.

R u s s - s l a v. B e s t a n d t e i l e
d e r R a n d s t a a t e n.
W e i ß r u ß l a n d U k r a i n e

n i e d r i g — n i e d r i g —
+ + +

n i e d r i g — n i e d r i g —
— — —

S c h w a c h e n t w. — S c h w a c h e n t w. —
0 0 0

o r t h o d. 0 o r t h o d. 0 0

r u s s. M u n d a r t 0 r u s s. M u n d a r t 0 0

slav. 0 slav. 0 slav. 0

2 X — u. 3 X 0 2 X — u. 3 X 0
1 X — u. 4 X 0 1 X — u. 4 X 0
1 X — u. — 1 X 0 1 X — u. — 1 X 0

r u s s i s c h e n B e s t a n d t e i l e
U n b e r e c h t i g t, d a b e r
ö s t l i c h v o n d e r r u s s i s c h e n
a d m i n i s t r a t i v e n G r e n z e.

„Macht“ auf der „Finsternis“ des niederen Volkes begründet ist, zu suchen. In dieser Beziehung den Russen allein den Vorwurf zu machen, wäre ungerrecht, denn diesen lag, zwecks Festigung ihrer eigenen Macht in den Randstaaten, eine Chaotisierung, wie der ehemaligen Baltischen Provinzen, so auch Polens und Litauens gleich am Herzen.

Wie beim Ueberschreiten der deutsch-polnischen, resp. deutsch-litauischen Grenze von Westen, so auch der lettisch-litauischen Grenze von Nordosten, kann man sich beim Anblicke der Dörfer, der Landstraßen und der Art der primitiven Bodenbestellung in Polen und Litauen zum Unterschiede von Deutschland und dem jetzigen Lettland, resp. Estland nicht des Eindruckes erwehren, daß man sich im Bereich der „Macht der Finsternis“ des Katholizismus befindet. Eher noch als Polen, kann in bezug auf die schwachentwickelte Zivilisation Litauen entschuldigt werden, dessen Bevölkerung von allen Fremdstämmigen in seiner Entwicklung durch die Russen am meisten gehemmt wurde.

Die Beteuerungen der an der Zahl sehr geringen Nationalisten Weiß-Rußlands und der Ukraine, daß auch ihr Volk politisch vollkommen unabhängig sein müsse, können schwerlich ernst genommen werden, da erstens weder die Ukraine, noch Weißrußland über eine führende, den Großrussen in kultureller Hinsicht ebenbürtige Elite verfügt; außerdem ist in der Masse des niederen Volkes ein mehr oder weniger stark ausgeprägtes Nationalbewußtsein überhaupt nicht vorhanden.

Ganz anders verhält es sich in dieser Beziehung mit Lettland, Estland und Litauen, wo die Bevölkerung, mit Ausnahme der dort ansässigen nationalen Minderheiten, abgesehen von der sozialen Lage eines jeden Einzelnen, ob reich oder unbemittelt, ob gebildet oder ungebildet, sich als Letten, Esten oder Litauer bezeichnet, und daher auch national empfindet.

Hierin lag die größte Gewähr dafür, daß, als die Stunde, in welcher die Frage der Verleihung der vollkommenen politischen Unabhängigkeit für die Randstaaten im allgemeinen, geschlagen hatte, die Großmächte sich veranlaßt sahen, Lettland und Estland nicht stiefmütterlicher, als Polen und Finnland zu behandeln. Die Anerkennung Litauens de jure von den Großmächten ist nur noch eine Frage der Zeit.

Aus der hier dargelegten Betrachtung geht hervor, daß es wie im Interesse der Festigung der eigentlichen Randstaaten, so auch nicht minder in dem der Vermeidung unnützer innerussischer Wirren liegt, wenn sich die Ukraine und Weißrußland mit einer nationalen und kulturellen Autonomie innerhalb der Grenzen der russischen Staatsoberhoheit begnügen. Wo wird nun die künftige russische, d. h. die administrative, nicht aber die ethnographische Grenze Großrußlands verlaufen?

Zweifelsohne an der Stelle, wo der in den westlichen Randstaaten vorhandene Ausgleich zentripetaler und zentripetaler Strömungen zu Rußlands Gunsten spricht: daher bleiben in nord-südlicher Richtung aufgezählt Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen, westlich, also jenseits der russischen Grenze, Weißrußland und die Ukraine aber diesseits der Grenze.

Welches Moment bindet die Randstaaten kultur-politisch an Rußland? Nur die gemeinsame Furcht vor der mongolischen Gefahr.

Da Lettland unter den fünf Randstaaten in geographischer Hinsicht sich in der Mitte befindet und sozusagen das Bindeglied zwischen Litauen und Estland bildet, so wird seinen Führern der auswärtigen Politik die hohe und verantwortungsvolle Aufgabe zufallen: erstens einen wirtschaftlich-politi-

ichen Zusammenschluß der drei baltischen Staaten im Sinne eines baltischen Dreibundes herbeizuführen; zweitens aber, als führende Macht im Dreibunde einen Anschluß Polens und Finnlands an den Dreibund zu vermitteln. Ohne diese Annäherung würde ein Schutz- und Trugbündnis aller fünf Randstaaten wirkungslos bleiben.

Von großem Nachteil für die Widerstandskraft eines Randstaatenblocks ist das numerische Ubergewicht der polnischen Bevölkerung mit etwa 22 Mill. über derjenigen der drei Baltischen Staaten mit 10 Mill. Dieses Ubergewicht hat schwärmerische französische Politiker dazu verleitet, die politische Führung sämtlicher Randstaaten polnischen Händen anvertrauen zu wollen. Im Falle eines etwaigen künftig zu befürchtenden Zusammenstoßes mit Rußland, geschweige denn mit dem Germanentum unter preußischer Führung, dürfte ein derartiges polnisches Vorwiegen in der Diplomatie und im Oberkommando für alle Randstaaten verhängnisvoll werden.

Man braucht in dieser Beziehung nur den Vergleich mit der ehemaligen Donaumonarchie zu ziehen. Von demokratischen Erwägungen ausgehend, ließ sich Erzherzog Ferdinand dazu verleiten, das politisch-militärische Schwergewicht in der Verwaltung der Donaumonarchie von dem numerisch unterlegenen germanischen Bestandteil der Bevölkerung auf die die Mehrheit bildende slawische, resp. nichtgermanische Bevölkerung zu verschieben. Dadurch legte er den Grund zum vorzeitigen Zerfall Oesterreichs, der auch im Weltkriege durch den Zusammenprall mit dem russischen Slaventum erfolgte.

Angesichts dieser von Rußland künftig drohenden Gefahr und des zersetzenden Einflusses der slawischen Mentalität im allgemeinen, die sich jeglichem geordneten Staatswesen gegenüber ablehnend verhält — man denke nur an die „polnische Wirtschaft“ und an das räuberische „Dorado“ — ist eine weitere Vergrößerung der Randstaaten durch Angliederung der Ukraine und Weißrußland gleichbedeutend mit politisch-kulturellem Selbstmord, denn dann würde das Verhältnis der nichtslawischen Randstaatenbevölkerung zur slawischen wie 1:4, wenn nicht wie 1:6 sein.

Entweder bleiben die eigentlichen Randstaaten mit Polen kulturell westeuropäisch orientiert, oder sie schwächen sich dank der Vierung mit der Ukraine und Weißrußland dermaßen, um, im Kriegesfalle mit Rußland, als reifer Apfel dem wiedererstarkenden Imperialismus und Panlawismus Großrußlands in den Schoß zu fallen.

Aus diesem Grunde ist ein gegenseitiges Prüfen der eigenen und fremden Kräfte am Platze, bevor an die Schließung eines engeren Bündnisses unter allen in Betracht kommenden Faktoren der Randstaaten geschritten werden kann.

VI. Die Randstaatenpolitik der Großmächte.

Da die Randstaaten vor dem Weltkriege territorial vorwiegend zu Rußland gehörten, so hatten sie naturgemäß am meisten durch die Kriegesoperationen und die Besetzung durch die Mittelmächte zu leiden, die sich anschlössen den „Koloß auf tönernen Füßen“ durch Kampfunfähigkeit aus der Reihe der mit der Entente verbündeten Mächte auszuschalten. Wenn es Deutschland an einer endgültigen Zerschmetterung Rußlands gelegen war, um zum entscheidenden Hiebe im Westen auszuholen zu können, so war England zumindest an einer wesentlichen Schwächung Rußlands interessiert, da ihm

die russische Nachbarschaft in Indien, Persien und Afghanistan im Siegesfalle Rußlands noch mehr zu schaffen gemacht hätte, als dies bereits früher der Fall war. Kein Wunder, wenn daher die auf eine Schwächung Rußlands abzielenden Bestrebungen Deutschlands während des Weltkrieges eine zeitlang parallel mit denjenigen Englands gingen. Der Verlust der Randstaaten durch die deutsche Okkupation schien für England keine genügende Schwächung Rußlands zu sein — es drängte zur Revolution in der Hoffnung durch die neue Regierung dem Abschluß eines russischen Separatfriedens mit den Mittelmächten vorzubeugen und das russische Menschenmaterial im Kampfe gegen diese noch weiter ausnutzen zu können.

Erst als Rußland, welches mittlerweile bolschewistisch geworden war, für Westeuropa gar zu bedrohliche Formen annahm, schickte man sich an, aus dem in Scherben zer Schlagenen Koloss ein „geintes und ungeteiltes Rußland“ wieder herzustellen.

Jedoch scheiterte die Verwirklichung dieses Vorhabens weniger an der Unüberwindlichkeit der militärischen Macht Räterußlands, als daran, daß wie die „Sieger“ von Brest und Versailles, so auch die antibolschewistischen russischen Formationen die Rechnung ohne den Wirt gemacht hatten: die Randstaaten verlangten die Wiedergutmachung der ihnen durch die Mittelmächte zugefügten Schäden und von der Entente und den russischen antibolschewistischen Formationen, auf dem bereits proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker fußend, eine Garantie für die Unmöglichkeit zur Rückkehr zur „alten guten Zeit“ unter russischem Szepter. Was die Verleihung dieser Garantien anbelangt war allen die Sowjetmacht überlegen, die allein im stande war den Randstaaten konkrete Angebote zu machen. An der Unfähigkeit der Entente das Randstaatenproblem rechtzeitig gerecht zu lösen scheiterte die Bekämpfung des Bolschewismus.

Man muß zugeben, daß für die Ententemächte durch die Bildung der Randstaaten die Lösung des russischen Problems sich bei weitem komplizierter gestaltete. Einerseits hatte man in Kreisen der Ententepolitiker von der Existenz der Randstaaten und deren Bevölkerung im besten Falle nur sehr nebelhaft-verschwommene Begriffe, andererseits war aber die Divergenz der englisch-französischen Ansichten in bezug auf die Lösung des Randstaatenproblems zu groß, als daß eine Lösung in kürzester Zeit erzielt werden konnte.

Unter der Hinausschiebung dieser Lösung hatten am meisten die drei Baltischen Staaten zu leiden, von denen Litauen bis heute noch nicht von den Großmächten de jure anerkannt worden ist.

Keine der beiden kriegsführenden Seiten war politisch weitblickig genug, um aus den Fremdstämmigen für sich Kapital zu schlagen: weder hat Deutschland es verstanden, sich unter den Fremdstämmigen als Befreier vom russischen Joch aufzuspielen, noch war die Entente fähig, um die Preußenfeindlichkeit der Randstaatenbevölkerung im Kampfe gegen die Mittelmächte auszunutzen. Hierbei unterstützte sie das russische zentralistische System, das der, auf eine berechtigte Autonomie abzielenden Bewegung der Fremdstämmigen, feindlich gegenüber stand.

Wenn man in Rußland bei Ausbruch des Krieges mit einer direkten Unterstützung der Entente die Bildung selbständiger polnischer, estnischer, litauischer und lettischer Kriegsbildungen zugelassen hätte, hätten die Mittelmächte nicht nur das Territorium der jetzigen Randstaaten nicht in dem Maße besetzen können, wie es tatsächlich der Fall war, sondern durch eine vollkommene wirtschaftliche Abschneidung von dem an Lebensmitteln und Rohstoffen reichen Osten wäre Preußen mindestens ein Jahr früher im

Westen durch die Entente auch militärisch auf die Rnie gezwungen worden.

Auf diese Weise hätte man sich die jetzt immer noch andauernden Wirren, wie auch den Bolschewismus selbst, ersparen können.

Bei der Bildung derartiger Formationen hätten die Fremdstämmigen dann ihre eigene Heimat Erde gegen die fremde Invasiön verteidigen können.

Statt dessen verlangte man, daß die Fremdstämmigen in ihrer Heimat für die „russische Erde“ ihr Leben opfern sollten. Von den aus den inner-russischen Gouvernements stammenden Russen aber verlangte man, daß sie den Boden der ihnen vollkommen wesensfremden Randstaatenbevölkerung, der „inorodzy“, verteidigen sollten. Darin liegt die Tragik für die Fremdstämmigen und das Paradoxe der russischen Kriegsführung. Als man später im Verlauf des Weltkrieges die Bildung lettischer Regimenter gestattete, war es schon zu spät. Man vermochte der Zerfetzung Rußlands durch den heranrückenden Feind und der im innern des Landes ausgebrochenen Revolution nicht mehr Einhalt zu gebieten.

Somit war bei Ausbruch des Weltkrieges das Verhalten der Entente den Fremdstämmigen gegenüber ein wenig wohlwollendes, weil man nicht den Mut besaß, sich im eigenen Interesse in die Unhaltbarkeit der inner-russischen Zustände einzumischen.

In seinem, etwa 700 Seiten starken Werke: „La Lithuanie sous le joug allemand 1915—1918, Le plan annexioniste allemand en Lithuanie“, Lausanne 1919, (Litauen unter dem deutschen Joch 1915—1918. Der deutsche annexionistische Plan in Litauen“), schildert C. Rivas am Zutreffendsten dieses Verhältnis der Entente zu den Fremdstämmigen im allgemeinen, und zu den Litauern im besonderen.

... „Die Alliierten arbeiteten indirekt pour le roi de Prusse, indem sie zuerst blind die Seite des Zarismus hielten und alsdann mit aller Kraft sich der Unterstützung des föderalistischen Prinzips in Rußland widersetzen, nachdem die Revolution bereits ausgebrochen war. Man kann dieses kurz dahin zusammenfassen, daß sie ihren Vorurteilen und auch dem Einflusse des Kapitalismus zum Opfer gefallen sind. Da die französischen und englischen Kapitalisten große Kapitalanlagen in Rußland hatten, befürchteten sie, daß ihnen durch die politische und wirtschaftliche Emanzipation der Nationalitäten Rußlands materieller Schaden zugefügt werden dürfte. Die Verschleuderung von Milliarden durch Eschomlinoß und Konsorten war keine genügende Lehre für sie, um ihnen die Augen zu öffnen.“ (S. 532)

An einer anderen Stelle lautet das objektive Urteil Rivas' wie folgt:

„England zwang die in England lebenden Litauer in die Reihen der englischen Armee einzutreten, während es unter dem Vorwande, daß sie aus Rußland stammen, die farge Kriegsunterstützung an ihre Familien verweigerte. So sahen sich die Litauer gezwungen, lediglich als Kanonenfutter den Alliierten oder als Leibeigene der deutschen Okkupationsmacht zu dienen, ohne von den Regierungen der Alliierten das geringste Versprechen erhalten zu haben, daß ihnen die Freiheit, deren sie ungerechterweise beraubt worden sind, zurück-erstattet würde“ . . .

Im allgemeinen kann man behaupten, daß inbezug auf die Randstaaten bei den Großmächten nicht politischer Scharfblick ausschlaggebend war, sondern lediglich die Verwirklichung der einzeln von einer jeden Macht gesteckten engherzigen wirtschaftlich-politischer Ziele. Nur von diesem Standpunkte, aber nicht von demjenigen der Erhaltung des europäischen Friedens, werden

die Randstaaten und wird von ihnen eine endgültige Lösung des russischen Problems bewertet.

Von diesem selben Standpunkt können aber auch die Randstaaten die auf sie angewendete Politik der Großmächte einschätzen und sie nach ihrer Politik einer genauen Klassifizierung unterziehen. Man würde nachstehende Reihenfolge erhalten: Italien, England, Oesterreich, U. S. A., Frankreich, Rußland und Deutschland.

VII. Die Politik Italiens.



Gino Macchioro Vivalba
Der italienische Gesandte in den Baltischen Staaten.

Zum Unterschiede von Frankreich, das stets mit einem großen Aufwande von schönen, aber hohlen Phrasen für die Rechte der Menschheit eingetreten ist, soweit dieses im eigenen Interesse liegt (man denke nur an die Fremdstämmigen des ehemaligen Zarenreiches!), ist Italien die einzige Großmacht, die es von Anfang an aufrichtig mit Lettland, Estland und Litauen meinte und sich nicht scheute, für diese Staaten einzutreten, ohne erst den Segen Englands für größere Staatsaktionen abzuwarten. *Italia farà da se!*

Gleichzeitig ist aber die Absicht der Abwendung der künftig Italien drohenden slawischen Gefahr als Unterströmung in der italienischen Randstaatenpolitik zu bezeichnen. Als Italien im Jahre 1915 nach langem Zögern in den Weltkrieg gegen die Mittelmächte eintrat, hatte es mit zwei Gefahren zu rechnen: einer unmittelbaren germanischen im Siegesfalle der Mittelmächte und einer slawischen, wenn das panslawistische Rußland auf Seiten der Entente steigen sollte. Für Italien ist augenblicklich die germanische Gefahr beseitigt. Trotzdem die Idee des Panslawismus durch den Zusammenbruch Rußlands, als führende slawische Macht, endgültig Schiffbruch erlitten hat, kann Italien die slawische Gefahr nicht unterschätzen. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß die längs der Adria lebenden Slawen, wie Serben, Kroaten, Slowenen u. a. m., wiederum panslawistischen Einflüsterungen Gehör schenken, nachdem das Sowjetssystem einer anderen Regierungsform einmal Platz gemacht hat.

Nur eine Reihe von Randstaaten kann die in der ehemaligen Donau-Monarchie und längs der Adria lebenden Westslawen von den Ostslawen, namentlich von Großrußland trennen.

Gefährdet wird diese für Italien wünschenswerte Festigkeit der Randstaaten durch den polnisch-litauischen und den polnisch-ruthenischen Konflikt. Die in Litauen und Galizien bestehenden Konflikte sind als Achillesferse des gesamten Randstaaten-systems zu betrachten.

Für Polen stellt der Panlawismus keine allzu große Gefahr dar, da einerseits die Polen untereinander nicht einig genug sind, um sich für eine derartige Idee begeistern zu können, andererseits aber Polen in anbetracht seiner berüchtigten Russenfeindlichkeit und Unfähigkeit sich mit seinen westlichen slawischen Nachbarn zu verständigen, nicht als einigendes Glied zwischen den Ost- und Westslawen, sondern als trennendes Moment unter ihnen angesehen werden muß. Daher liegt ein widerstandsfähiges Randstaaten-system, welches ohne Polen nicht gedacht werden kann, auch im Interesse Italiens.

VIII. Die Politik Englands.

Englands politische Stärke als Weltmacht beruht lediglich auf der Uneinigkeit der anderen Großmächte. Diese Uneinigkeit hat England, welches bereits vor hundert Jahren von den Franzosen zutreffend als *la couveuse des grandes guerres* bezeichnet wurde, stets in seinem Interesse gefördert und ausgebeutet, um durch die nach großen europäischen Kriegen eintretende allgemeine Depression seine eigene politische Stellung zu stärken. Somit hebt sich vom Hintergrunde der allgemeinen politischen Schwäche und Kurzsichtigkeit, Englands Stärke und Weit-sichtigkeit vorteilhaft ab. Über einen absoluten politischen Scharfblick verfügt England nicht. Durch Provokierung des russisch-japanischen Krieges — England hielt irrtümlicherweise die Machtenkaltung Rußlands im fernen Osten für bei weitem gefährlicher, als diejenige Japans — und durch eine Anteilnahme am Kriege gegen Deutschland, hat es die von anderen Großmächten auf eine teilweise Weltbeherrschung auf Kosten Englands gemachten Ansprüche nicht beseitigt, sondern nur hinausgeschoben. Palliativmittel können somit England vor einem schließlichen Zerfall nicht retten, oder wenigstens nicht davor bewahren, einmal seine Stellung als erste Seemacht aufgeben zu müssen.

England war in der Weltpolitik stets in der Lage das Zünglein an der Wage des europäischen Gleichgewichts nach eigenem Ermessen zu verschieben.

Eine Niederlage Deutschlands *à plate couture* konnte England zu Anfang des Weltkrieges nicht zulassen, bevor nicht auch Rußland erst entsprechend geschwächt worden war.

Daher arbeitete die englische *haute finance* während des Weltkrieges durch Börsenmanöver und sonstige unlautere Mittel gleichzeitig an einer systematischen wirtschaftlichen Schwächung Rußlands. Die teilweise Besetzung Rußlands durch die Mittelmächte war England daher ebenfalls bis zu einem gewissen Maße willkommen.

Trotzdem kann man behaupten, daß England in der für die Aufrechterhaltung der westeuropäischen Kultur notwendig gewordenen Schwächung Rußlands viel zu weit gegangen ist, als es im eigenen englischen Interesse selbst vonnöten gewesen wäre. England vermochte das Geheimnis der russischen Sphynx nicht zu lösen. Eine Palastrevolution im Jahre 1917 hätte vollkommen

genügt, um den Zaren zu beseitigen und an seine Stelle dessen Bruder Michail zur Herrschaft gelangen zu lassen.

Weil England dies für kein genügend radikales Mittel für die Heilung Rußlands von dessen Kriegsmüdigkeit ansah, und vorzog eine nicht arbeits- und lebensfähige Kerensky-Regierung ins Leben zu rufen, so ist es aus diesem Grunde gezwungen, mit dem radikalen Rußland von heutzutage, mit der Räteregierung, zu paktieren und wirtschaftlich-politische Abkommen zu schließen, um sich Arbeiteraruben im eigenen Lande zu ersparen.

Der Vollstrecker dieser englischen Rußlandpolitik war der damalige englische Botschafter Buchanan, der, wie auch dessen Hintermänner, somit voll und ganz dafür verantwortlich gemacht werden muß, wenn England Rußland auf den abenteuerlichen Weg der Revolution stieß, ein Land, welches nur für, auf dem Wege der Evolution durchzuführende Reformen reif war. Anstatt daß England Rußland, als ein Agrarland ohne nennenswerte Industrie, im eigenen englischen Interesse ausgiebig mit technischen Hilfsmitteln und Munition im Kampfe gegen die Mittelmächte unterstützt und seine Kriegsoperationen kontrolliert hätte, suchte man in England durch die wirtschaftliche Not Rußlands zu profitieren (war-profiteering). So hat England in großem Maße dazu beigetragen, Rußlands Grab zu schaufeln. Es bereitete durch eine weitere Verwendung des schlechtausgerüsteten russischen Menschenmaterials im Kampfe gegen die Mittelmächte derart den Boden für die Aufnahme der aus der Schweiz „in plombierten Eisenbahnwagen“ durch Deutschlands Vermittlung hergebrachten bolschewistischen Propagandasaat vor, daß heute die mittlerweile in Rußland üppig aufgeschossene kommunistische Spreu durch eine Weltrevolution die ganze Kulturwelt zu vernichten droht.

Es lag klar auf der Hand, daß die damals zur Macht gelangte englandfreundliche revolutionäre Regierung, die durch Kerenskys glänzend prasselnde Rhetorik fast ganz Rußland sozusagen galvanisierte, durch den geringsten Versuch der dunklen Massen, die Regierungsgewalt an sich zu reißen, von der Oberfläche verschwinden mußte.

Seit jener Zeit haben England, Frankreich und Deutschland die von einander ganz unabhängig auf eigene Faust „Rußlandpolitik“ getrieben haben, sich gegenseitig im Fehlermachen in der „Lösung des russischen Problems“ beständig übertrumpft.

Nur von diesem Verhältnis der englischen Politik zu Rußland kann auch die englische Randstaatenpolitik gewertet werden. Als es nun für England galt, den Bolschewismus mit Waffengewalt zu bekämpfen, war es gezwungen, die russischen reaktionären Kreise, die naturgemäß nur randstaatenfeindlich sein konnten und sich um Kolschak, Denikin und Judenitsch gruppierten, zu unterstützen. Als jedoch durch ein Mißlingen dieser reaktionären Abenteuer alle von England auf ein Erlangen von vorteilhaften und langfristigen Konzessionen in einem „weißen Rußland“ gesetzten Hoffnungen scheiterten, mußte es sich die Blöße geben, unter dem Vorwande verschiedener nichtsfagender Ausflüchte mit Räterußland anzubündeln, um sich die, für die Gesundung des englischen Wirtschaftslebens nötigen Konzessionen in der Ausbeute der russischen Naturschätze zu sichern.

Im übrigen kann England, nachdem so manche politische Experimente mit Rußland fehlgeschlagen haben, als eine den Randstaaten gegenüber freundlich gesinnte Macht bezeichnet werden, und nimmt in dieser Beziehung nach Italien die zweite Stelle ein. Der Grund hierfür sind die Naturschätze der Randstaaten, die von der englischen Industrie benötigt werden. In politischer Hinsicht liegt der Grund für die englische Randstaatenfreundlichkeit

viel tiefer: erstens ist es England daran gelegen, eine weitere Ausbreitung des Bolschewismus zu verhindern, was, zum Unterschiede von Weißrußland und der Ukraine, nur die wirklich national-gesinnten eigentlichen übrigen Randstaaten vermögen; andererseits hat England das größte Interesse daran, territorial Rußland von Deutschland zu trennen, um einem politischen Bündnisse letzterer vorzubeugen, obwohl England im allgemeinen gegen eine deutsch-russische Annäherung in wirtschaftlicher Hinsicht keine allzu großen Einwände haben dürfte. Die geographische Lage der Baltischen Staaten ist der Schlüssel zum guten Einvernehmen mit England. Wo diese Lage für England von geringerer Bedeutung ist, ändert sich auch sein Verhalten dementsprechend. So erkaufte z. B. England von Räterußland die Einstellung dessen Propaganda in Afghanistan, Indien und Persien zum Preise einer Nicht-einmischung in die kaukasischen Angelegenheiten und... die kaukasischen Randstaaten sind bereits bolschewistisch!

Polen gegenüber verhält sich England, mehr oder weniger, abwartend, weil es ja unmöglich seine, unter dem Einflusse der rue de Grenelle stehende auswärtige Politik billigen konnte. Man gedenke nur des im Sommer 1920, mit Unterstützung Frankreichs, gegen Räterußland unternommenen Feldzuges, der zu einer inneren Festigung des Räteregimes beigetragen hat.

Auch konnte es England nicht zulassen, daß Polen die politische Führerschaft der drei Baltischen Staaten übernimmt. Es hat sofort begriffen, daß die Bedeutung Rigas viel zu groß ist, als daß Lettlands Hauptstadt auf die Dauer sich den Warschauer Einfluß gefallen lassen wird. Daß weder Reval noch Rowno, resp. Wilna, die Hauptstädte Estlands und Litauens, mit Warschau noch viel weniger gemeinschaftliche Interessen als Riga haben, liegt klar auf der Hand. Daher war auch England diejenige Großmacht, die zuerst die politischen Geschäfte der Baltischen Staaten in Riga zentralisierte und seine Militärmissionen in Reval und Rowno derjenigen Rigas unterstellte, denn Riga ist nicht nur Lettlands Hauptstadt und die größte Hafenstadt für den Transithandel von und nach Rußland, sondern zugleich die wirtschaftlich-politische Metropole aller drei Baltischen Staaten.

Einem engeren Netz der Natur der Dinge selbst vorgeschriebenen Zusammenschluß dieser drei Baltischen Staaten, die in jeder Hinsicht eine wirtschaftlich-politische Interessengemeinschaft besitzen, hat England keine Hindernisse in den Weg gelegt.

Die Verteilung, resp. Zentralisierung der Militärmissionen und Gesandtschaften der Großmächte in den Baltischen Staaten legt überhaupt ein Zeugnis davon ab, inwiefern sich die Großmächte über die Rolle der Baltischen Staaten in der Politik vergewissert haben. Außerdem können die Großmächte durch die Art und Weise der Verteilung ihrer politischen Geschäfte in den Baltischen Staaten den Grad ihres wohlwollenden oder nur duldbenden Verhältnisses letzteren gegenüber nicht verleugnen.

So sind z. B. die politischen Geschäfte Frankreichs in beiden, in Rowno und in Riga befindlichen Militärmissionen zentralisiert, wobei die Rownoer Militärmission der Rigaer nicht unterstellt ist, wohl aber diejenige Revals.

Wie England sich zu jedem der drei Baltischen Staaten einzeln verhält, verdient ebenfalls einer gewissen kritischen Beleuchtung unterzogen zu werden.

Als Flottenstützpunkt in der Ostsee kommt für England Estland mit seinen weit vorgelagerten Inseln, von wo aus Rußland und die Baltischen Staaten einer ständigen Kontrolle unterzogen werden können, an erster Stelle in Betracht. England wäre auch nicht abgeneigt, die Insel Desel in ein östliches Gibraltar zu verwandeln, welchem Vorhaben sich hoffentlich das estnische

Nationalbewußtsein widerlegen wird. Auch können diesem weder die anderen Baltischen Staaten noch Finnland und Schweden kaum zustimmen, da auf diese Weise einer Balkanisierung der Randstaaten, die in Zukunft sehr schwere Folgen haben dürfte, nur Vorschub geleistet würde.

Was England aus Estland an Naturschätzen nicht herausholen kann, bieten Lettland und namentlich Litauen in vollem Maße. Lettland ist für England, dank seiner etwa tausend Kilometer langen und tief ins Land eingeschnittenen Küste, wie für den Handel mit Rußland, so auch für seine Kriegsflotte von ganz außergewöhnlicher Bedeutung. Lettland gegenüber muß England als ziemlich wohlwollend bezeichnet werden: so versuchte es, das Zustandekommen des, anlässlich der bevorstehenden Einnahme Dünaburgs zu Anfang des Jahres 1920 geplante lettisch-polnische Bündnis zu lockern; denn es sah voraus, daß ein Bündnis der kleinen demokratischen Republik Lettland mit Polen, in dem die Großgrundbesitzer immer noch eine zu bedeutende politische Rolle spielen, zu weiteren Komplikationen im Osten führen würde. Die Befürchtungen Englands erwiesen sich dann später auch in vollem Maße als begründet. So war u. a. die starke polnische Orientierung Lettlands daran schuld, daß die Bilderlingshöfer Konferenz so gut wie gar keine konkreten Resultate gezeitigt hat. Da es General Burt, dem Chef der Britischen Militärmission, nicht gelang, rechtzeitig die starke polnische Orientierung Lettlands abzuschwächen, wurde er von Riga abberufen, und er steht augenblicklich dem Völkerbunde, als Kenner der Verhältnisse in den Baltischen Staaten, nah. Hoffentlich wird dort seine Tätigkeit von Erfolg gekrönt sein, denn General Burt ist nicht nur ein Ehrenmann durch und durch, sondern er gehört zu denjenigen ausländischen Militärvertretern, welchen es ernstlich an einer Besserung der allgemeinen Lage in den Baltischen Staaten gelegen war.

Litauen, das über eine kurze Seeküste nur im Gebiet von Polangen verfügt, kommt für England nur wegen seines Wald- und Flachsbereichums in Betracht. Als Transitland hat es für England nur eine untergeordnete Bedeutung, da Litauen eigentlich nur den Korridor zwischen Deutschland und Rußland bildet.

Im allgemeinen ist England bestrebt, die Hand auf die Naturschätze der Baltischen Staaten zu legen, und deren auswärtigen Handel, nicht nur zum Schaden der Baltischen Staaten selbst, sondern auch zu demjenigen der anderen handeltreibenden Nationen auszuweiten. Man gedenke nur der Projekte der „British National Corporation“ (Silden — Smith-Gruppe), die den Außenhandel Lettlands zu monopolisieren sucht. Memento Fortington! Mit gleichartigen Angeboten glaubte man in England auch den Litauern zu dienen.

Ob es England mit den Baltischen Staaten wirklich aufrichtig und ernst meint und die öfters abgegebenen Versprechungen, ihnen eine finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen, einlösen wird, muß erst die Zukunft ehren. Jedenfalls betrachtet England die Baltischen Staaten nicht nur als eine Quantité négligeable, die bloß dazu berufen ist, der „schönen Augen der Entente“ wegen sich mit der Rolle eines cordon sanitaire zu begnügen, lum das kriegsmüde Westeuropa vom Chaos des bolschewistischen Rußlands zu isolieren.

IX. Die Politik Frankreichs.

In bezug auf die Randstaaten war es Frankreich seit dem Zusammenbruch Deutschlands daran gelegen, erstens ein Großpolen zu schaffen, um Deutschland von Osten aus zu schmälern, und wirtschaftlich durch Einbeziehung

der schlesischen Bergwerke in Polens Machtssphäre wesentlich zu schwächen; zweitens Polen als gleichzeitig deutsch- und russenfeindliche Macht nach Möglichkeit eine Gewähr gegen das Eindringen und die Ausbreitung des deutschen Einflusses in Rußland bieten zu lassen und drittens, das impertinistische Polen für verschiedene gegen Räterußland gerichtete Abenteuer auszunutzen.

Die ganze Absurdität der französischen Rußlandpolitik bestand darin, daß es ein Großpolen entstehen ließ, aber auch als Vorkämpferin gleichzeitig für ein „geeintes und ungeteiltes Rußland“ eintrat, um künftighin die Sympathien derjenigen russischen Kreise, die die Rätegewalt einmal ablösen dürften, nicht zu verscherzen. Bei der Befolgung einer derartigen Politik ist es begreiflich, daß für Frankreich die Baltischen Staaten lediglich als fünftes Rad am Wagen galten, da sie nicht einmal für einen Vormarsch in corpore gegen Räterußland im Jahre 1919 zu gewinnen waren.

Hierbei sollte mit den drei Baltischen Staaten nach dem Prinzip *divide et impera* verfahren werden, indem Lettland und Estland sich künftig hin mit einer Autonomie innerhalb der russischen Staatsoberhoheit zufrieden geben, Litauen hingegen seine politische Unabhängigkeit innerhalb der polnischen Staatsoberhoheit einbüßt, dem es als „föderativer“ Bestandteil beigegeben werden sollte.

Bei dieser Gelegenheit ist es interessant zu konstatieren, daß ein gewisser Parallelismus in bezug auf die Baltischen Staaten in der von gewissen deutschen und französischen Kreisen ausgehenden Politik zu verzeichnen war, obwohl ja letzten Endes, wie Frankreich so auch Deutschland hinsichtlich Rußlands zwei grundverschiedene politische Richtungen einschlugen.

Da das künftige Rußland noch nicht vorhanden war und daher Deutschland und Frankreich sich noch weit entfernt vom Ziele befanden, so gingen sie unwillkürlich eine zeitlang zusammen, denn für beide waren die Baltischen Staaten ein Hindernis in der Verwirklichung derjenigen Hoffnungen, die sie auf eine Lösung des russischen Problems nach eigenem, allopathischen Rezept ihrer reaktionären Herrenküche gesetzt haben.

Je mehr sie sich aber ihrem Ziele nähern, was natürlich nur im Falle eines endgültigen Zusammenbruchs Räterußlands stattfinden könnte, wird die Divergenz in den deutsch-französischen Ansichten immer mehr zutage treten.

Was den politischen Einfluß Frankreichs in den Randstaaten anbelangt, so kann man sagen, daß dieser vorwiegend in Polen und Lettland zu merken ist, und zwar dank dem berechtigten Haß gegen das Preußentum, den diese beiden Länder mit Frankreich gemeinsam haben. In den übrigen Randstaaten, also in Litauen, Estland und Finnland ist der politische Einfluß Frankreichs geringer.

Sogar Lettland sucht in letzter Zeit in wirtschaftlicher Hinsicht in einen regen Verkehr mit Deutschland zu treten, da das übrige Westeuropa in dieser Beziehung in den Baltischen Staaten mit Deutschland zu konkurrieren nicht imstande ist.

Das Verhältnis Frankreichs zu Finnland ist ein ziemlich kühles: weil es nicht am Kriege gegen die Mittelmächte teilgenommen hat, weil es durch seine berechnete Russenfeindlichkeit bekannt ist und weil es eben dank seiner Russenfeindlichkeit, hinter welcher auch der schwedische Einfluß sich verbirgt, deutschfreundlich gestimmt ist. Finnland hat aber bis zu einem gewissen Maße Deutschland seine Selbständigkeit zu verdanken, seitdem mit Hilfe der vander-Goltz'schen Truppen die finnischen Rotarmisten vertrieben worden sind.

Hier sei beiläufig bemerkt, daß Finnland der einzige deutschfreundliche Randstaat ist und zwar aus dem Grunde, weil es nicht territorial an Deutschland grenzt und während der Okkupationsperiode nicht dermaßen ausgefogen werden konnte, wie dies mit den übrigen Randstaaten der Fall war. Auch kam Finnland für deutsche Siedlungszwecke nicht in Betracht.

Zur Republik Estland ist das Verhältnis Frankreichs etwas besser. Beeinträchtigt wird dieses Verhältnis durch die starke englisch-skandinavische Orientierung Estlands, die naturgemäß in einem großen Gegensatz zu der von Frankreich befolgten Rußland- resp. Randstaatenpolitik stand.

Das Verhältnis Frankreichs zu Lettland ist bei weitem freundschaftlicher, als zu Estland. Dies läßt sich durch die polnische Orientierung Lettlands erklären. Eine zeitlang, als es galt, mit Hilfe polnischer Truppen Anfang 1920 Lettgallen von den Bolschewiken zu säubern, war diese Orientierung entschieden als ein Gebot der Stunde zu betrachten; seitdem hat sie aber Lettland wenig genützt, da Polen sich in weitere Abenteuer mit Rußland, Litauen und Deutschland verwickelte, was bis zu einem gewissen Maße zu einer wirtschaftlichen Isolierung Lettlands vom Kontinent aus beigetragen hat.

Das ablehnende Verhalten, welches Frankreich Litauen gegenüber befundete, kann nur als ungewolltes Eingeständnis der politischen Unfähigkeit und wirtschaftlichen Schwäche der Entente und namentlich Frankreichs, eine radikale Besserung der allgemeinen Lage der Baltischen Staaten in die Hand zu nehmen, interpretiert werden. Denn Frankreich wirft gleichzeitig Litauen eine starke „deutsche politische Orientierung“, eine anti-polnische Gesinnung und ein Sympathisieren mit der Rätemacht vor, ohne jedoch in der Lage zu sein, Litauen diejenigen enormen wirtschaftlichen Vorteile zu bieten, die ihm aus seiner unmittelbaren Nachbarschaft mit Deutschland und des im Lande zirkulierenden Ostgeldes erwachsen.

Bei der Beurteilung der von Frankreich in bezug auf Litauen befolgten Politik handelt es sich insofern um einen *circulum vitiosus*, als die Ansichten der sich bei der Lösung des polnisch-litauischen Konflikts bekämpfenden Seiten weit auseinander gehen. Frankreich wirft Litauen vor, daß es anti-polnisch gesinnt ist. Gewisse französische Kreise unterstützten aber die gegen „die Regierung des Rownoer Litauens“ gerichtete Politik der polnischen Magnaten.

Zweifelsohne ist in dem von Frankreich moralisch und materiell unterstützten Polen das Abenteuer des Generals Zeligowski bei weitem populärer, als es mit der gegen Lettland gerichteten Vermont-Goltschen Affäre in deutschen Kreisen der Schwerindustrie und der Junker der Fall war.

Gleichzeitig wirft Frankreich Litauen eine starke Sowjetrussenfreundlichkeit und deutsche politische Orientierung vor. Es vergißt aber ganz, daß Polen die einzige Macht ist, die nirgends gutnachbarliche Beziehungen aufzuweisen hat. Eine Ausnahme in dieser Beziehung machen nur Lettland und Rumänien, weil Polen mit diesen Staaten nur sehr kurze gemeinsame Grenzen hat. Wirtschaftlich auf sich allein angewiesen und der beständigen Gefahr einer weiteren Zuspizung des Konflikts mit Polen ausgesetzt, mußte Litauen sich irgendwo wirtschaftlich anlehnen. Das polenfreundliche Lettland konnte Litauen nichts bieten, weder wirtschaftlich, noch politisch, es blieb somit für Litauen das geringste aller Uebel nach, sich wirtschaftlich an Deutschland anzulehnen, um durch einen regen Warenaustausch so schnell wie möglich eine Gesundung des auf den Trümmern der deutschen Okkupationsgewalt und dem vom Bolschewismus unterhöhlten Lande errichteten Staatswesens herbeizuführen. Dies ist der Grund, warum Frankreich Litauen eine „deutsche Orientierung“ vorwirft. Der Gordische Knoten dieses verwickelten französisch-polnisch-

litauischen Verhältnisses läßt sich ganz einfach lösen, indem Frankreich sich dazu entschließt, im polnisch-litauischen Kulturkampf ausgleichend und veröhnend zu wirken.

In führenden französischen politischen Kreisen ist die Ansicht vorherrschend, daß Litauen in anbetracht der dort ansässigen polnischen „kulturellen Oberschicht“ mit Polen ein enges Föderativbündnis schließen müßte, eine Lösung, die auch vom Vatikan befürwortet wurde, weil beide Völker römisch-katholisch sind. Daß bei einer derartigen Kombination Litauen einer beständigen kulturell-politischen Bedrückung ausgesetzt wäre und dabei Gefahr läuft, auch seiner kulturellen Unabhängigkeit mit der Zeit verlustig zu gehen, liegt klar auf der Hand, denn die Litauer haben mit den Polen im Laufe der Jahrhunderte zu schlimme Erfahrungen gemacht, als daß sie sich abermals dazu bewegen lassen würden, die im Jahre 1559 abgeschlossene Lubliner Union auf irgendeine Weise zu erneuern. Wenn man diese französische Lösung für gerecht hält, dann müßte man auch zugeben, daß es gerecht wäre, das protestantische Lettland und Estland, in anbetracht des im Lande ansässigen baltischen Landadels dem protestantischen Preußen anzugliedern.

Daß eine gerechte Lösung des Randstaatenproblems im Sinne eines engen Zusammenschlusses der drei Baltischen Staaten weder dem „romantischen Frankreich“, noch dem gutsherrlichen Polen zusagt, ist leicht erklärlich, denn Frankreich läßt sich in der Politik lediglich vom Temperament, nicht aber von praktischen Erwägungen leiten. Der Preußenhaß ist das Bindeglied, welches Polen und Frankreich aneinander fesselt.

Somit war im allgemeinen der blinde Deutschenhaß derjenige unglückliche Leitstern, der das Schiff der französischen Politik in den Randstaaten so lange irreführte, bis es die Szylla des Vermont-Goltschen Abenteuers glücklich passierte, um an der Charybdis des Zeligowskischen „Mittellitauens“ endgültig zu zerschellen.

Erst in der letzten Zeit kann ein radikaler Umschwung in der französischen Politik den Baltischen Staaten gegenüber verzeichnet werden. Briand war es, der die Frage der Anerkennung de jure auf die Tagesordnung des Völkerbundes setzte. Daß außer Lettland und Estland nicht auch Litauen de jure anerkannt wurde, hat man dem fatalen Einspruch Léon Bourgeois im Völkerbunde zu verdanken, der in dem polnisch-litauischen Konflikt ein Hindernis in der gleichzeitigen Anerkennung Litauens sah!

X. Die Politik der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Keep away from the European entanglements — ist der in ihrer auswärtigen Politik erschallende Mahnruf, da die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten voll und ganz durch den englisch-amerikanischen und amerikanisch-japanischen wirtschaftlich-politischen Gegensatz in Anspruch genommen ist. Die führenden Politiker Amerikas können in zwei Gruppen eingeteilt werden, in Politiker, die „sick of Europe“ sind — zu diesen zählen einflussreiche Senatoren — und in solche, die Europa in jeder Hinsicht auf die Beine helfen wollen. Zu dieser zweiten Gruppe gehören Yough, Hoover und der jetzige Präsident Harding.

Im allgemeinen ist in den U. S. A. das wirtschaftliche Interesse für Rußland und die jetzigen Randstaaten nicht groß, zumal der russische Handel

aus der Vorkriegszeit nur $1\frac{1}{2}\%$ des gesamten auswärtigen Handels der Vereinigten Staaten betrug.

Unter dem Einflusse der ersten Gruppe der allmächtigen Senatoren, und der gelben Hearstpresse war eine zeitlang in Amerika die Meinung vertreten, daß ein künftiges Rußland sich nur als Föderativstaat aller russischen und fremdstämmigen Bestandteile des ehemaligen Zarenreichs nach amerikanischem Muster, also einer Art „United States of Russia“ gedacht werden kann.

Erst in der letzten Zeit ist man von dieser Ansicht abgekommen. Im allgemeinen enthalten sich die Amerikaner einer aktiven Politik in Europa. Sie wollen die Fehler vermeiden, die die anderen Mächte in der Lösung verschiedener „Probleme“ machen. Diese Saktik ist ihnen auch nicht zu verdenken, denn die etwaigen positiven Resultate, die den Amerikanern aus der Einmischung in die innereuropäischen Verhältnisse erwachsen könnten, sind zu gering, als daß man annehmen könne, ihnen liege der europäische Rock näher, als das amerikanische Hemd.

Die Lösung des russischen, resp. Randstaatenproblems, im Sinne der Herstellung einer Art von „Vereinigten Staaten von Rußland“ konnte in Amerika eben nur ein frommer Wunsch bleiben. Man kann von Amerika nicht einfach auf Rußland schließen. Rußland hat tausend Jahre gebraucht, um diejenige Fassade einer Großmacht herzustellen, welche die Barbarei, die im Innern herrschte, verdecken sollte, wogegen das zeitgenössische Amerika erst um die Mitte des verflossenen Jahrhunderts eine mehr oder weniger ausgeprägte kulturell-politische Phynonomie angenommen haten. Außerdem vollzog sich die Staatswerdung der U. S. A. in deren Anfangsstadium unter geschichtlichen Verhältnissen, die gänzlich verschieden von denjenigen Rußlands waren. Die Vorfahren der jetzigen Amerikaner waren immer Herrenmenschen im Verhältnis zu den Eingeborenen, den verschiedenen Indianerstämmen, von denen nur die Incas eine hohe Kultur aufzuweisen hatten.

Ganz anders verhält es sich in Rußland. Hier war zuerst der Herrenmensch der Scandinavier, der den russischen Staat gegründet hat. Später war es der Satar, der Eroberer, der eine straffere und zentralisierte staatliche Organisation ins Land brachte. Zur Zeit der petrinschen Reformen war es der Westeuropäer schlechtweg. Als Rußland anfang, in großem Maßstabe auswärtige Politik zu treiben und sich als erobersüchtiger „Kulturstaat“ zu gebärden, war es der baltische Adel, der, dank seiner weltmännischer Ueberlegenheit, in der russischen Diplomatie Verwendung fand, da der Russe als Gefühlsmensch, ein schwacher Partner beim Verhandeln mit ihm überlegenen Gegnern ist.

In der jüngsten Zeit, unter dem Räte-Regime bilden Juden, Letten und sonstige Fremdstämmige die überwiegende Mehrheit der Herrenmenschen, von denen tatsächlich die gesamte Masse des russischen Volkes beherrscht wird. Somit ist der eigentliche Russe nie Herrenmensch gewesen.

Ganz anders verhält es sich in dieser Hinsicht in den U. S. A., die über eine dominierende anglo-sächsische Staatskultur verfügen, und somit sind im amerikanischen melting pot alle übrigen europäischen Kulturen insofern dem Untergang geweiht, als sie von der Staatskultur Amerikas über kurz oder lang absorbiert werden. Diese Staatskultur übt eine derartig gewaltige Anziehungskraft aus, daß selbst die Franzosen, Spanier und Italiener, die in der Kultur allen anderen Völkern überlegen sind, auf die Dauer ihr nicht widerstehen können.

In den ehemaligen Randgebieten Rußlands hingegen fühlte sich der Russe nicht als Herrenmensch, sondern der Fremdstämmige war es als solcher im damaligen eigentlichen Rußland.

Die Fremdstämmigen merkten sofort ihre Ueberlegenheit dem Russen gegenüber und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Rußland über keine dominierende Staatskultur verfügt. Dieses ist einer der vielen Gründe, der gegen eine Förderung der Randstaaten mit Rußland nach amerikanischem Muster spricht.

Trotzdem ist die Rolle, die Amerika in Europa im allgemeinen, und in den Randstaaten im besonderen, auf kulturellen Gebiet der peaceful penetration spielt, eine viel zu gewaltige im Vergleich zu derjenigen der anderen Großmächte in dieser Beziehung, als daß man sie hier unerwähnt lassen könnte. Letztere trieben in den Randstaaten Interessenpolitik, wogegen die Vereinigten Staaten ihre Tätigkeit fast ausschließlich auf philanthropisches Gebiet beschränken.

Das Amerikanische Rote Kreuz und die von Hoover von Paris aus geleitete American Relief Administration entfalten eine rege Tätigkeit; die „Young Men's Christian Association“ wirkt für's erste noch ausschließlich unter der Arme, und ist in allen drei Baltischen Staaten vertreten.



Rudy C. Hansen.
Sportleiter.

J. R. Lines.
Senior-Sekretär.

A. Schaffhauser
Geschäftssekretär.

Die Leiter der „Young Men's Christian Association“, in Lettland.

XI. Die Politik Deutschlands.

Motto:

Deutsch sein, heißt gut sein, treu sein und echt,
Kämpfen für Wahrheit, Freiheit und Recht,
Deutsch sein, heißt stark sein, zähe und hart,
Gilt's zu beschützen die altdeutsche Art.

Für den Verfasser dieser Schrift, als für einen Deutschbalten, ist es besonders peinlich, die deutsche Randstaatenpolitik unparteiisch zu beurteilen, zumal seine deutsch-baltischen Stammesgenossen zweimal während des Weltkrieges durch die deutschen Truppen, erst vom russischen Joch, alsdann von

demjenigen der Kommunisten befreit worden sind; die Deutschbalten haben daher das volle Recht zu behaupten, daß die deutschen Truppen im allgemeinen als deren Befreier angesehen werden müssen.

Waren sie es auch in annähernd demselben Maße für die anderen, die Randstaaten bewohnenden Völker? Dieses ist eine Frage, die ich versuchen möchte zu beantworten. Dazu ist es erforderlich, unseren engeren deutsch-baltischen Gesichtskreis aufzugeben, um den Versuch zu machen, diese Frage von einem unparteiischen Standpunkt aus zu beleuchten. Gerade durch die dem heutigen Lettland seit dem Jahre 1915 drohende völlige Besetzung durch deutsche Truppen wurden die lettischen Regimenter vor die Alternative gestellt, entweder die Qual der preußischen Gefangenschaft auszukosten, oder sich ins Innere Rußlands zurückzuziehen, d. h. ins bolschewistische Lager überzuschwänken.

Ein ähnlicher, wenn auch diametral entgegengesetzter Prozeß vollzog sich auch in der Stellungnahme der Deutschbalten zu den damaligen politischen Ereignissen.

Vor die Wahl gestellt, entweder weiter unter russischem Joch und den damit verknüpften sinnlosen Verfolgungen zu verbleiben, oder als eine politisch ungeschulte und unorganisierte Masse ein gefügiges Instrument in den Händen alldeutscher Imperialisten zu sein, konnten sie natürlich nur das geringere von den beiden Uebeln wählen.

Jedenfalls erwiesen sich sowohl das „Herzogtum Kurland“, als auch das kommunistische Lettland unter Stutschka in gleichem Maße vom goldenen Mittelwege entfernt.

Zweifelsohne würde heute der baltische Großadel nicht dermaßen unter der Agrarreform zuleiden haben, wenn er sich gemeinsam mit den deutschen Okkupationsbehörden dazu aufgeschwungen hätte, noch vor dem Brest Frieden, im Einvernehmen mit den demokratisch gesinnten Letten und Esten, ein Lettland und Estland zu schaffen und mit dem überschüssigen Land erst den Landhunger der durch die Vernichtung der Rigaer Industrie brotlos gewordenen Letten und dann denjenigen der deutschen Soldaten zu befriedigen.

Als roter Faden durch die deutsche Randstaatenpolitik zog sich während der ganzen Zeit, vor, während und nach dem Weltkriege, der Gedanke, daß Deutschland unabhängig davon, ob die Randstaaten als solche existieren oder nicht, territorial direkt an Rußland grenzen müsse. Mit der Möglichkeit der Entstehung eines, auf eine militärisch-politische Konsolidierung abzielenden Pufferstaatenblockes, wollte man in Deutschland nicht rechnen. Dies war der einzige Gedanke, an dem die deutsche Politik festhielt, und von welcher sich bis heute die Alldeutschen, zum Schaden des heutigen demokratischen Deutschlands nicht befreit haben.

Die deutsche Randstaatenpolitik kann mit dem vom ehemaligen deutschen Botschafter in London dem Fürsten Tschernowsky geprägten Schlagwort einer „Zickzackpolitik“ am besten gekennzeichnet werden. Der Einfachheit halber kann die deutsche Randstaatenpolitik in drei Zeitabschnitte eingeteilt werden: die I. Periode bis zum Ausbruch des Weltkrieges, die II. Periode bis zum Frieden von Brest-Litowsk, und die III. Periode seit dem Frieden von Brest-Litowsk bis zum heutigen Tage.

I. Periode bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

Deutschland zielte schon vor dem Kriege auf eine Zerstückelung Rußlands ab, in dem es die in den jetzigen Randstaaten vorhanden gewesenen separatistischen Bestrebungen nach Kräften zu stärken suchte. Vom Standpunkte eines

eroberungsfüchtigen Staates konnte eine derartige Handlungsweise vollkommen gerechtfertigt erscheinen, zumal ja auch Rußland freie Hand besaß, in Deutschland und Oesterreich-Ungarn derartige Wühlereien vorzunehmen.

Hätte Deutschland in der Tat im eigenen Interesse Rußland schädigen wollen, so hätte es doch an erster Stelle die separatsittlichen Bestrebungen der großen Masse der Randstaatenbevölkerung fördern sollen, aber nicht die anti-demokratischen und anti-nationalen Bestrebungen der inmitten der Randstaatenbevölkerung lebenden nationalen Minderheiten, zu welchen auch wir Deutschbalten gehörten.

Die später während des Weltkrieges stattgefundenene Unterstützung des deutsch-baltischen Abels konnte unmöglich dazu beitragen, daß die große Masse der lettisch-estnischen Bevölkerung eine radikale Abtrennung von Rußland, um einen eventuellen Anschluß an Deutschland herbeizuführen, als wünschenswert erachten konnte.

Man sieht also, daß in der deutschen Randstaatenpolitik gar kein System waltete! So wurden vor dem Kriege in Russisch-Polen die antipolnisch gesinnten deutschen Kolonisten und polnischen Juden, nicht aber die anti-russisch gesinnten Polen unterstützt. Desgleichen im Baltikum. In der alldeutschen Presse wurden uns Deutsch-Balten Krokodilstränen wegen unserer Bedrückung durch die russischen Behörden nachgeweiht, obgleich die Alldeutschen gar keinen Grund zu einer derartigen Gefühlsduselei hatten, weil ja die preußischen Behörden selbst schonungslos mit der Bevölkerung im Elsaß und in Deutsch-Polen verfahren.

Der ganzen Welt sind die vom Reichstag votierten, auf eine zwangsweise Landenteignung abzielenden Ausnahmegeetze in Deutsch-Polen bekannt, um das polnische Element auszumerzen. Die durch die deutschen Behörden ausgeübte Bedrückung bedrohte durch eine vollkommene Entnationalisierung die von 4 Millionen Polen bewohnten, dem polnischen Königreich ent-rissenen Teile.

In Litauen machte Deutschland in dieser Beziehung eine Ausnahme, indem es nicht die russischen Polen, sondern nur die Litauer selbst unterstützte. Es gestattete den Schmuggel mit der bereits vor der Revolution von 1905 in Deutschland gedruckten litauischen Literatur, deren Druck in litauischer Sprache in Litauen selbst von der russischen Regierung untersagt war. Was die Randstaaten im allgemeinen anbelangt, so beschränkte sich vor dem Kriege die auf eine Lockerung derselben gerichtete deutsche Politik nur auf das ehemalige Baltikum, auf Litauen und auf Russisch-Polen. Man kann nicht umhin, bei dieser Gelegenheit auch das Delbrück'sche Gesetz zu erwähnen, demzufolge jeder im Auslande sich aufhaltende Reichsdeutsche das Recht hatte, im eigenen Geschäftsinteresse, oder sogar in demjenigen des deutschen Reiches eine zweite Untertanenschaft zu erwerben, ohne jedoch der deutschen Verlustig zu gehen.

Darunter hatten während des Krieges viele Deutsch-Balten und sonstige Deutsch-Russen sehr zu leiden, da sie aus Chicanerie von den russischen Beamten der doppelten Untertanenschaft bezichtigt wurden. Gegen diese Beschuldigungen konnten sie sich nicht verteidigen.

II. Periode der deutschen Politik seit Ausbruch des Weltkrieges.

Nun brach der Weltkrieg aus, der mit einem Schlage fast alles zu Schanden machte, was die deutsche Regierung zu Friedenszeiten vorbereitet zu haben glaubte. Das Kartenhaus brach sofort zusammen, da die Gewalt

im besetzten Gebiet vollkommen in den Händen der preußischen Militärmacht-haber lag; diese waren nicht imstande, vom völkerpsychologischen Standpunkte aus, die verschiedenen Rassen der Randstaaten dermaßen richtig einzuschätzen, um aus deren antirussischer Gesinnung für Deutschland Kapital zu schlagen. Litauer, Polen, Letten, Deutschrussen usw. gab es nicht mehr, es gab lediglich nur Russen, die mehr oder weniger mit dem Spitznamen „russische Schweine“ bezeichnet und der Willkür der Kriegsgesetze preisgegeben wurden. So erließ das preußische Oberkommando den vor Dummheit strotzenden Befehl, daß, als die Russen Ostpreußen räumten, für jedes niedergebrannte deutsche Dorf zwei „russische“ Dörfer eingedäschert werden sollten. Diesem Befehl fielen aber lediglich die an der ostpreußischen Grenze gelegenen polnischen und litauischen Dörfer zum Opfer, die bei den Preußen, als russische Dörfer galten.

Um seine eigene wirtschaftliche Lage zu stärken, schickte sich Deutschland an, das von seinen Truppen besetzte Gebiet systematisch auszusaugen, was auch mit einer im deutschen Wesen wurzelnden Gründlichkeit vorgenommen wurde.

Als dienstbeflissene Handlanger standen ihm hauptsächlich in Polen und Litauen ein großer Teil der dortigen Juden und Deutschen zur Seite. Man kann sich daher nicht wundern, daß die von Deutschland zu Friedenszeiten in den Randstaaten eingeleitete destruktive Tätigkeit während der Okkupationsperiode keine Resultate zeitigte: die Bevölkerung der Randstaaten sehnte sich geradezu nach den russischen Truppen der Zarenregierung zurück. Somit trägt Deutschland zu einem beträchtlichen Teil daran Schuld, daß, als die deutschen Truppen sich zurückzogen, Judenmorde in Polen und der Ukraine stattfanden.

Der, Ende 1916 erfolgten Proklamierung der „Unabhängigkeit“ Polens, wurde großes Mißtrauen entgegengebracht, weil gleichzeitig durch die Verfügungen der Militärbehörden Polen wirtschaftlich ausgebeutet und politisch geknebelt wurde.

Andererseits waren die Mittelmächte Polen gegenüber sehr freigiebig auf Kosten Rußlands, wobei sie außer Acht ließen, daß der Unabhängigkeitsgedanke auf die in Deutschland und Oesterreich-Ungarn befindliche polnische Irredenta hinübergreifen könnte.

Mit den Deutschen Polens, den Kolonisten und Städtebewohnern, machte die deutsche Regierung im Laufe der Zeit schlechte Erfahrung, da sie sich an das Feuer- und Schwertregime der Militärbehörden nicht gewöhnen konnten.

Auf die übrigen Randstaaten, auf Finnland, die Ukraine und die Kaukasusländer richtete Deutschland sein Augenmerk erst im Verlauf des Krieges; es rühmte sich, hauptsächlich nach Abschluß des Brester Separatfriedens mit der Ukraine, eine geschickte „Ostpolitik“ getrieben zu haben.

Der Träger dieser deutschen Ostpolitik war der Deutschbalte Dr. Paul Rohrbach, der kürzlich zum Vorsitzenden der „Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft“ ernannt worden ist.

Hierüber berichtet die in Riga erscheinende russische Zeitung „Sewodnja“ in der Nummer vom 3. Mai 1921, und zitiert gleichzeitig einige Stellen aus einem von Rohrbach im Juliheft der Zeitschrift „Die deutsche Politik“ v. J. 1918 erschienenen Artikel, welcher im allgemeinen symptomatisch für das Verhalten der alldeutschen Politiker zu Rußland und zum Bolschewismus ist. In diesem Artikel heißt es unter anderem:

„Augenblicklich haben wir im Osten kein größeres Interesse, als die Unterstützung des Bolschewismus. Einigen Köpfen schwebt die sonderbare Idee des Abschlusses eines Handelsvertrages mit den Bolschewiken vor.

Sollen diejenigen, die auf einen Erfolg von derartigen Unternehmungen hoffen, von einem Handelsvertrag und von gleichartigen Dingen sprechen, dieses Debattieren ist nicht schädlich, denn in der Tat besorgen für uns die Bolschewiken eine bei weitem größere Arbeit. Sie zerstören von Grund aus Großrußland, indem sie vollkommen jegliche Möglichkeit einer künftigen russischen Gefahr abwenden. Sie haben unsere Haupt Sorge um die großrussische Gefahr beseitigt und wir müßten alle Kräfte dazu anwenden, daß sie bei ihrem, für uns so nützlichen Werke bleiben... Sie glauben, daß sie eine Erlösung nicht nur Großrußland, sondern der ganzen Welt bringen. Großrußland muß für die Bolschewiken erhalten bleiben, und die Bolschewiken für uns, und Deutschland wird von den Bolschewiken Dank und Nutzen ernten“.

Der Artikel Rohrbachs schließt mit folgendem Passus:

„Die Bolschewiken befinden sich in unseren Händen und sie sind uns für unsere Mithilfe zu Dank verpflichtet. Uns kostet es nichts, sie zu beseitigen, indem wir Rußland in neue innere Wirren stürzen. Wir können in Rußland eine Politik befolgen, die wir wollen, und jedenfalls sie derart lenken, daß die großrussische Kraft noch auf lange Zeit paralytisch bleibt“.

Dies ist der kleine Machiavelli, schließt die „Sewodnja“, der an der Spitze einer Gesellschaft steht, welche die Interessen der Ukraine und Deutschlands zu schützen hat. Man kann sich eine Vorstellung machen, wie er die Interessen der ersteren wahren wird.

Die Ukraine ist, ebenso wie Polen, ein Kapitel für sich.

Deutschland hatte sich zur Aufgabe nicht nur die Zerstückelung Rußlands durch Abtrennung seiner nationalen Fremdkörper gemacht, sondern außerdem auch die Zerstückelung der Fremdkörper selbst durch Unterstützung der anti-national gesinnten Minderheiten!

Anders läßt sich das Fiasko, das Deutschland auf politischem Gebiet überall im anti-großrussisch gesinnten Osten erlitten hat, nicht erklären. Während des Krieges wurden die ukrainischen Politiker immer mehr umschmeichelt, weil die Ukraine die Kornkammer Großrußlands war.

Daher mußte das ukrainische Volk, angesichts des russischen Zentralisierungssystems, nach welchem das Land verwaltet wurde, in der deutschen Presse im Märtyrerglanz eines geknebelten Volkes erscheinen. Seit Ausbruch des Krieges aber wurden alle in Gefangenschaft geratenen Kosaken erschossen, ungeachtet dessen, daß sie vorwiegend Kleinrussen waren. In den Jahren 1917—1919 wurden dann die Kosaken in der deutschen Presse verherrlicht, hauptsächlich deswegen, weil sie, obgleich Freibeuter und disziplinoses und kulturfeindliches Element, die Träger des eigentlichen ukrainischen „Unabhängigkeitsgedankens“ waren. Die deutsche Politik war zu kurzichtig diejenigen Elemente des kleinen Mittelstandes, die sich später um Petljura scharten, zu unterstützen, um auf diese Weise eine halbwegs populäre Regierungsgewalt ins Leben zu rufen!

III. Periode nach dem Frieden von Brest-Litowsk.

Die erste Schöpfung der deutschen Politik in der Ukraine war die Skoropadsky-Regierung. Die Ukraine unterscheidet sich von den übrigen westlichen Randstaaten Rußlands dadurch, daß dort diejenigen Faktoren zu schwach entwickelt sind, ohne welche ein unabhängiges Staatswesen ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Weder der ukrainische Bauer, noch die Großbourgeoisie können als Träger des ukrainischen Unabhängigkeitsgedankens angesehen werden.

Die oberen Zehntausend der Ukraine sind, mit nur sehr wenigen Ausnahmen, in kultureller und wirtschaftlich-politischer Beziehung großrussisch orientiert. Der ukrainische Bauer steht aber noch auf einer zu tiefen Entwicklungsstufe, als daß sein Nationalbewußtsein dermaßen ausgeprägt wäre, um für eine, auf die Stärkung des Nationalismus abzielende Propagandatätigkeit, den entsprechenden Boden zu bilden.

Aber die ukrainische Frage äußert sich eine von der deutschen Regierung, nicht für das Publikum bestimmte Schrift, folgendermaßen: „Die Vertreter des ukrainischen Gedankens sind die Bauernschaft, namentlich aber die Volksschullehrer, die Dorfgeistlichen, die Landärzte und die vielen Angestellten der Provinzialselbstverwaltung, wie Agronomen, Tierärzte, Landmesser.“

„Die Gegner des ukrainischen Gedankens sind:

1) Der Großgrundbesitz. Bis auf kleine Kreise ukrainischer Gutsbesitzer befindet sich der Großgrundbesitz im Westen der Ukraine in Händen der Polen, im Osten, der Großrussen, die zum größten Teile in Warschau resp. in Petersburg leben.

2) Handel und Industrie. Die Vertreter von Handel und Industrie rekrutieren sich vor allem aus großrussischen, deutschen, französischen, englischen, belgischen und amerikanischen Kapitalistenkreisen, die starke moskophile Tendenzen zeigten.

3) Die Beamtenchaft. Wie überall im russischen Reiche, stellte auch in der Ukraine die zarische Regierung nur großrussische Elemente als Beamte an. Nur in die niederen Posten waren hin und wieder Ukrainer durchgeschlüpft.

4) Die höhere Geistlichkeit. Im Gegensatz zur Dorfgeistlichkeit, die nicht nur ukrainischen Blutes ist, sondern auch ukrainisch fühlt, ist die höhere Geistlichkeit großrussisch gesinnt. Diese in Moskauer Seminarien vorgebildeten großrussischen Elemente zeichneten sich durch ganz besonderen Ukrainerhaß aus und gehörten zur russifikatorischen Leibgarde des Zaren.“

Anstatt nun im eigenen Interesse Deutschlands zu versuchen, mit dem ukrainischen Mittelstand zu irgend einem Kompromiß zu gelangen, hat die deutsche Politik es vorgezogen, die zufällig in der Ukraine ansässige, großrussisch orientierte Großbourgeoisie zum Träger des Unabhängigkeitsgedankens zu machen.

Es wurde somit die Skoropadsky-Regierung ins Leben gerufen, die in Ermangelung jeglicher Popularität im Volke selbst, ihre Existenz nur der Autorität der deutschen Bajonette zu verdanken hatte.

Als ihr nach dem Zusammenbruch der deutschen Front im Westen die deutschen, in der Ukraine stationierten Truppen die Rolle einer zuberlässigen Stütze nicht mehr zu spielen vermochten, brach auch die ukrainische Skoropadsky-Regierung unter den Hieben der von Petljura befehligten Nationalarmee sofort in sich zusammen.

Das Skoropadsky-Kabinett und seine unmittelbare Entourage, die vorwiegend aus ehemaligen russischen Würdenträgern, Großgrundbesitzern und Großkapitalisten bestand, waren alles Leute, die durch die Einführung des Kommunismus in Großrußland bereits viel verloren hatten und noch den Rest, den sie besaßen verlieren konnten, falls der Kommunismus sich auch über die Ukraine ausbreitet.

Die Skoropadsky-Regierung wurde ebenfalls durch Zuzügler aus Großrußland gestärkt, für welche die Ukraine immer noch bis zu einem gewissen Maße die Vorteile eines Staates mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung hatte.

Auß diesem Grunde konnte die damalige „deutsche“ Ukraine mit Recht als ein provisorisches kapitalistisches Großrußland angesehen werden.

In Weißrußland, nach dem mit Sowjetrußland abgeschlossenen Brest-Frieden, hat Deutschland darnach getrachtet, künstlich chaotische Zustände hervorzurufen. Darüber berichtet das, von der weißrussischen Regierung der Friedenskonferenz in Paris in englischer Sprache überreichte Memorandum auf Seite 5 folgendes:

„Die ganze Zivilgewalt Weißrußlands befand sich in den Händen der Deutschen, und als endlich ihre Truppen gezwungen waren, das Land zu verlassen, verweigerten sie es die Zivilverwaltung den lokalen Körperschaften zu übergeben und verhinderten die Bildung einer für die Verteidigung des Landes gegen die Anarchie notwendigen weißrussischen Miliz — einer Anarchie, die nach dem Abzug der Besatzungstruppen in einem schutzlosen Lande unausbleiblich sein mußte.“

Der Kardinalfehler der deutschen Politik bestand eben darin, daß, seit der Besetzung der Randstaaten, Deutschland auf eine systemlose Zerstückelung, nicht nur des eigentlichen Rußlands, sondern der Randstaaten selbst losarbeitete.

Deutschland ist aber, indem es anderen die Grube zu graben dachte, selbst an dieser Politik im Osten zu Grunde gegangen, denn es ließ künstliche Gebilde von Regierungen entstehen, die bei ihrer Geburtsstunde den Todeskeim in sich trugen:

ein Polen, dem 1916 die „Freiheit“ geschenkt wurde, ein Großfürstentum Litauen, ein Herzogtum Kurland, die Räte-Regierung, die Skoropadsky-Ukraine, die Needra-Regierung Lettlands und zuletzt die Vermont'sche russische „Westregierung“.

Alles schlagende Beweise für die fehlerhafte Einschätzung von den preußischen Machthabern der in den westlichen Randstaaten des ehemaligen Rußlands vorhandenen zentripetalen und zentrifugalen Strömungen.

Der, in den Randstaaten während der Okkupationsperiode künstlich unterdrückte Nationalismus konnte seinerseits nichts anderes, als eine Steigerung zur Folge haben, denn Druck erzeugt Gegendruck.

Mit einer ungeahnten Vehemenz griff der Nationalismus nach Deutsch-Polen hinüber. Durch ein, in seinen früheren Grenzen wieder hergestelltes geeintes Großpolen verliert aber Deutschland wirtschaftlich enorm, nämlich an erster Stelle seine schlesischen Kohlenlager und wird außerdem durch den polnischen Korridor von Ostpreußen getrennt.

Daher schickte sich nun Deutschland an, die mittlerweile entstandenen Randstaaten-Gebilde zu ignorieren, da ihm weder an einem Großpolen, einem Litauen, noch an einem Lettland gelegen war, welche Staaten es alle daran hinderten, abermals in einen direkten wirtschaftlichen Kontrakt mit Rußland zu treten.

Seit der Zeit befolgte nun Deutschland eine Politik, die sich vollkommen von derjenigen von Brest-Litowsk unterscheidet!

Deutschland schickte sich an, nicht mehr Rußland zu zerstückeln, sondern zusammenschweißen. Die Politik der Pufferstaaten ist aufgegeben worden! Deutschland ist panslawistisch, zumindest aber allrussisch geworden!

Deutschland verfolgte stets mit großer Sympathie die Anstrengungen der Zarenenerale, die Rußland im früheren Umfang wieder herzustellen versuchten: Hindenburg sandte Briefe rührenden Inhalts an Denikin.

Wäre Deutschland imstande gewesen, eine weitsichtige Politik in den Randstaaten zu treiben, so würde es im Jahre 1919 nicht darauf ange-

wiesen gewesen sein, mit der russischen Reaktion zu paktieren, die ebenfalls ihr Möglichstes geleistet hat, um die Randstaaten zu bekämpfen.

Dann hätte Deutschland es nicht nötig gehabt, über die von ihm angestrebte Zertrümmerung der politischen Selbständigkeit der Randstaaten hinweg, sich im kommenden Rußland ein neues wirtschaftliches Betätigungsfeld zu suchen.

Der Vermontsche Ueberfall war der letzte Versuch, der reaktionären Willensäußerung der deutschen Politik eine konkrete Form zu verleihen.

Es wäre vielleicht interessant zu erfahren, wie die Fremdstämmigen selbst über „das deutsche Wesen“, durch welches „die Welt genesen“ soll, urteilen, nach den Erfahrungen, die sie mit den Okkupationsbehörden gemacht haben.

Im Vergleich zu den Letten und Polen, bekunden entschieden die Litauer die größte Deutschfreundlichkeit, da sie das sanftmütigste aller anderen Randstaatenvölker sind. Dieses wird auch von den Deutschen selbst zugegeben. Dr. Robert Hessen schreibt im „Tag“ vom 3. Juni 1917 in einem Bericht über Litauen folgendes:

„Unter allen Fremdstämmigen, die wir bis jetzt im besetzten Gebiet kennen gelernt haben, sind entschieden die Litauer die Sanftmütigsten und am meisten geneigt, sich mit uns zu verständigen.“

Aus den jetzt folgenden, für das Deutschtum im allgemeinen wenig schmeichelhaften Stichproben, die ich dem bereits zitierten Buch von C. Rivas „La Lithuanie sous le joug allemand“ entnehme, kann man sich eine Idee machen, wie bei weitem abfällig das Urteil anderer Fremdstämmiger über das Gebahren der junkerlichen Soldateska wäre, zumal der Deutschenhaß der Litauer zumindest zur Hälfte durch den gemeinsamen Polenhaß abgeschwächt ist: „... die Mehrzahl der Litauer behauptet einstimmig, daß das jetzige deutsche Regime für sie bei weitem schwerer zu ertragen ist, als die Epoche der schwärzesten russischen Reaktion, denn der Deutsche ist in seinen Methoden der Unterdrückung raffinierter als der Russe, jedoch nicht minder brutal.“ ... (Seite 159) Ungeachtet dessen hatte Bethmann-Hollweg den Mut, im April 1916 im Reichstage die Behauptung auszusprechen, „daß die deutschen Truppen unter anderem Litauen befreit haben, welches somit niemals dem reaktionären Rußland wiedererstattet werden wird.“

„... Germanisierung, Ausbeutung, Kolonisierung, dies ist in kurzen Worten das Programm der Administration Ober-Ost.“ (S. 165).

„... Indem sich die deutsche Verwaltung in die Wohltätigkeits-Organisationen einmischte, verfolgte sie kein anderes Ziel, als das Geld in ihre eigenen Rassen hinüberzuleiten und es beliebig zu verwenden, um sich alsdann mit ihrer Fürsorge für die Eingeborenen und Flüchtlinge zu brüsten.“ (S. 185).

„... Im allgemeinen findet es der konservative preußische Abgeordnete zweifelsohne ganz natürlich, daß das litauische Volk einem neuen Leibeigenschaftsregime unterworfen und gezwungen wird, Hungers zu sterben, um den Tisch der preußischen Junker zu versorgen. Seiner Meinung nach ist die Sterblichkeit von 98 vom Tausend, vielleicht eine Wohltat, denn sie liefert Platz für die künftigen deutschen Siedler, mit welchen man Litauen überfluten soll! (S. 189).

„Seit 1915 stiechen in deutschen Konzentrationslagern 5000 Greise, Frauen und Kinder dahin. Dies war eine Vergeltungsmaßregel für die von den Russen in Ostpreußen begangenen Schandtaten.“ (S. 198).

„... ein konservativer Abgeordneter hat im Reichstage erklärt, daß der verabscheute Zwang, den Offizieren zu salutieren, in Ober-Ost wieder eingeführt worden ist. Dieser Zwang findet Anwendung auf die Zivilbevölkerung und Schulkinder, welche letztere gezwungen sind, einen Knix vor den Offizieren zu machen.“ (S. 194).

„Die Bevölkerung hat die Gendarmen zu grüßen. Im Weigerungsfalle 100 Mark Strafe.“ (465 S.).

Der deutschen Moralität wird in diesem Buche ein besonderes Kapitel gewidmet:

„Die Deutschen führten die Prostitution im Lande ein. Man kann sogar sagen, daß sie zur offiziellen Institution geworden ist. So haben z. B. die Behörden Kownos Etablissements der Prostitution, mit aus Deutschland verschriebenen Wirten, organisiert. Das jüdische Element lieferte ungefähr 90 von H. der Frauen, was durch die Tatsache leicht zu erklären ist, daß es in den Städten vorherrschend ist.“ (S. 341).

„In Wabalniki suchten der Wachtmeister und die deutschen Offiziere die schönsten Mädchen und Frauen der Gemeinde aus und befahlen ihnen, sich zu versammeln. Die Offiziere nahmen die jungen Mädchen mit sich, die sie, dem Flehen der Eltern kein Gehör schenkend, zwangen, ihre Konkubinen zu werden.“ (S. 342).

„Die deutsche Verwaltung behauptet, daß sie hauptsächlich in Wilna um die Volksmoral besorgt ist, indem sie die Jugend beim Verlassen der vom Stadttamt organisierten Werkstätten überwacht und daß sie mit allen Mitteln bestrebt ist, ihr eine ehrliche Arbeit zu verschaffen; (siehe „Germania“, vom 24. Dez. 1916); sie verabsäumt jedoch zu sagen, daß sie junge Mädchen in gewisse „Häuser“ lockt, oder es duldet, daß deutsche Offiziere sich wie Kurden, die junge Armeniermädchen entführen, betragen.“ (S. 343)

Dem Kapitel „Requirierungen“ entnehmen wir folgendes:

„Den Bauern ist es verboten Schafstiefel zu tragen. Jedesmal wenn ein Bauer auf dem Wege angetroffen wird, werden sie ihm unter dem Vorwande, sie seien nur Monopol der Offiziere, vom Leibe gerissen.“ (S. 466) „Es ist verboten Gänse, sogar an die eigene Bevölkerung des Landes, zu verkaufen. Im Ubertretungsfalle drohten 6000 M. Strafe oder 6 Monate Gefängnis.“ (S. 466)

„Die Deutschen wendeten alle Kunstgriffe an, um in Besitz von Gold zu gelangen. Sie verlangten z. B., daß Pässe und Handelscheine in Gold bezahlt werden müßten. Man war somit gezwungen, das Gold hervorzuholen, obwohl sein Gebrauch im Verkehr verboten war. Jedoch als man mit dem Gelde kam, um zu zahlen, erwartete einen eine „Ubertretung des Gesetzes, welches die Zirkulation des Goldgeldes verbietet.“ (S. 467)

Das Kapitel über die „Verschickungen in Litauen“ läßt keine Zweifel über die alldeutschen Pläne auskommen:

„Während das Land in Litauen an deutsche Siedler verteilt werden sollte, hofft die deutsche Regierung, daß die Litauer, einen Teil der von der deutschen Industrie im Reich benötigten Arbeiterschaft stellen werden, was beiderseits die Absorbierung des litauischen Volkes im Deutschtum beschleunigt hätte. Die zwangsweisen Verschickungen der litauischen Arbeiter nach Deutschland sind der erste Schritt auf dem Wege der Verwirklichung dieses machiavellistischen Planes.“ (S. 504)

„Um den Schein zu wahren, greifen die Behörden zu allen Mitteln, zum Terror, zur Auserlegung von Entbehrungen u. s. w., um diesen Un-

glücklichen einen Dienstvertrag zu entreißen, als ob sie selbst freiwillig um die betreffende Arbeit gebeten haben.“ (S. 505)

„Seit einigen Monaten verbreiten die Deutschen im Lande das Gerücht, daß diejenigen, die nach Amerika gehen wollen, sich nur zu melden hätten. Dieses war ein Vorwand, um von neuem Arbeiter nach den großen deutschen Industriestädten zu schicken.“ (S. 505)

„In Curanskai, in der Nähe von Wilna, zog es ein Vater, der über die barbarische Behandlung, die der Jugend des Landes durch die deutschen Behörden zuteil wurde, vor, seinen Sohn lieber zu töten, als ihn in die Hände der deutschen Agenten fallen zu lassen, die, zwecks Gründung ihrer berüchtigten „Arbeiterbataillone“, eine Menschenjagd auf dem ganzen Territorium veranstalteten“.

„Braucht man noch zu diesem Zwecke der sehr kurzen, aber dafür sehr berechneten Notiz zu erwähnen, die kürzlich anlässlich eines lebendig verbrannten Arbeiterbataillons erschienen ist:

„Im Dorf Janviny, zwischen Mesiagola und Syrvinta, war ein Arbeiterbataillon zur Nacht in einer Scheune untergebracht, die mit Stacheldraht umzäunt und von außen verschlossen war. In der Nacht am 25. Mai 1917 brach eine Feuersbrunst aus, und, da die deutsche Gendarmerie sich nicht darum kümmerte, die Pforten loszuschließen, kam die Mehrzahl in den Flammen um.“ (S. 505)

Die Krone haben sich die Alldeutschen entschieden mit der beabsichtigten „Austauschfiedlung“ des besetzten Gebiets aufgesetzt:

„. . . die Alldeutschen verlangen an erster Stelle die Befreiung des besetzten Gebiets, dort, wo dies im Osten möglich ist und die deutsche Besiedlung des besetzten Gebiets und folglich eine methodische und schnelle Germanisierung derjenigen Eingeborenen, welche man nicht gänzlich durch Landenteignung aus der Heimat weisen kann. Einige deutsche Schriftsteller verlangen sogar, daß die einzuverleibenden Gebiete gänzlich von der eingeborenen Bevölkerung „befreit“ werden. Es ist dies was Ethelard Ostmann in seinem Werke „Schnelle Kolonisierung der Ostgebiete“ (Berlin, 1916, Deutsche Landbuchhandlung) mit „Austauschfiedlung“ bezeichnet, d. h. man müßte in Litauen und in Kurland 2 Millionen deutscher Kolonisten aus Rußland ansiedeln, während Litauer und Letten sich gezwungen sehen würden, das Erbe ihrer Väter zu verlassen, um es gegen Landparzellen im Innern Rußlands, in Sibirien oder in Turkestan einzutauschen, „denn die deutschen Interessen sind wichtiger, als diejenigen der Fremdstämmigen.“ (S. 593)

Wir nehmen Abschied vom „deutschen Wesen“, wie es sich die Preußen denken und schließen mit einem Mahnwort Ribas', das wohl wie viele andere von den Preußen in ihrer Unfehlbarkeit und Selbstüberhebung unbeachtet gelassen worden ist und daher auch die Deutschen in der Ukraine verhaft gemacht hat:

„. . . Das von der deutschen Regierung in Litauen und Kurland eingeführte Régime ist jedenfalls nicht dazu geeignet, um die anderen fremdstämmigen Völker zu blenden, die bis jetzt der deutschen Invasion entgangen sind, jedoch ist es klar, daß die Deutschen sich im voraus von der Unmöglichkeit überzeugt haben, ein derartiges Régime bei einem Volke von 25—30 Millionen Seelen, wie dies der Fall mit der Ukraine wäre, anwenden zu können.“ (S. 667)

XII. Die Politik Oesterreichs.

Obwohl sich die Randstaatenpolitik Oesterreichs nur auf Polen und die Ukraine und nicht auf die eigentlichen drei Baltischen Staaten bezog, verdient sie doch einigermaßen eingehend besprochen zu werden, weil sie gerade das Gegenteil von der Randstaaten- resp. Rußlandpolitik Deutschlands war.

Wenn diese als negativ bezeichnet werden kann, so muß die Politik Oesterreichs, oder richtiger gesagt die Politik Deutschösterreichs, als dem „Lande der alten und liebenswürdigen Kultur“, als positiv bezeichnet werden.

Obwohl die ehemalige Donau-Monarchie auf ihr Mindestmaß, auf Deutschösterreich, zusammengeschrumpft ist, hat sie noch bis vor kurzem eine gewisse Rolle in den russischen Randstaaten gespielt, eine Rolle, die entschieden größer, als diejenige Preußens war, namentlich, wenn man die geringen materiellen Mittel, die Oesterreich zur Verfügung standen, in Betracht zieht.

Die ganze Außen- und Innenpolitik Oesterreichs lag in Händen von Deutschösterreichern, die es verstanden haben, einen ihnen numerisch um das Fünffache überlegenen Nationalitätenstaat im Laufe von tausend Jahren zu regieren. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die Deutschösterreicher direkt das Erbe des „heiligen römischen Reiches“ angetreten, und die Erfahrungen der Römer im Regieren fremder Völker sich nicht nur zunutzen gemacht, sondern sie beständig von einer Generation in die andere übermittelt haben. Der Deutschösterreicher hat somit aus eigenen Fehlern, oder aus denjenigen, die von anderen begangen worden sind, beständig gelernt, — der Preuze tat dieses nie, oder nur höchst widerwillig, — denn seit Bismarcks Zeiten ist das deutsche Volk in dem Glauben großgezogen worden, daß „Kanonen die besten Diplomaten sind“.

Mögen die Preußen mit einer noch so großen Geringschätzung auf den „schlappen Oesterreicher“ herabsehen, was das Regieren fremder Völker anbelangt, können sie sich mit ihm in keiner Hinsicht messen, denn die preußische Kultur, die sozusagen alle negativen Seiten des deutschen Wesens in sich verkörpert, ist nicht „alt und liebenswürdig“, — sondern wenn es gestattet ist, sich so auszudrücken, „jung und herausfordernd“. Was geschickte auswärtige Diplomatie und die Fähigkeit, fremde Völker zu regieren anbelangt, so kann sich nicht einmal Frankreich, hauptsächlich in letzter Hinsicht, mit Oesterreich messen, denn Frankreich war nie ein Nationalitätenstaat und verfügt somit in dieser Beziehung über keine Erfahrungen. Andererseits konnte Frankreich, obwohl es stets geschickt verstanden hat, die „großen Ideen“, für die es kämpfte, in den Vordergrund zu schieben, als Okkupationsmacht nirgends Erfolge zeitigen. Man gedenke nur der napoleonischen Feldzüge und der verschiedenen Mißgriffe, die jetzt von den Franzosen im Elsaß und im besetzten Gebiet gemacht worden sind.

Preußen ist nun vom Alpdruck eines über vierzig Jahre dauernden Nationalitätenstaates befreit worden.

Die Art und Weise, wie die preußische Kultur, die irrtümlicherweise mit der echten, alten, deutschen, abstrakten Kultur des Weltbürgertums identifiziert wird, von den Preußen in Elsaß-Lothringen und Deutschpolen aufgepropft wurde, hat wesentlich zur politischen Einkreisung Deutschlands und somit auch zum Ausbruch des Weltkrieges beigetragen.

Die in Ententekreisen und denjenigen des panslawistischen Rußlands verbreitete Ansicht, als ob die Deutschösterreicher die in Oesterreich-Ungarn lebenden slawischen und romanischen Völker knechteten, ist lediglich auf eine, in Verfolgung selbstsüchtiger Ziele gerichtete Politik derjenigen zurückzuführen,

denen es an einer Zertrümmerung der Donau-Monarchie gelegen war. In der Tat trifft dieses bei Preußen zu — ganz besonders aber trat dieses bei Rußland klar zutage, umsomehr als Rußland eine slawische Macht ist, trotzdem aber die Polen und Kleinrussen arg bedrückte und somit gerade das Gegenteil von dem hervorrief, was eigentlich der Panlawismus bezweckte. Mehr als das, trotz der Deutschfeindlichkeit des offiziellen Rußlands, bestand sozusagen ein ungeschriebenes Einvernehmen Rußlands mit Preußen in einer grundsätzlichen Bedrückung Polens, das nicht nur als Staat, sondern auch als Volk am liebsten vertilgt werden sollte.

Das katholische Polen war der gemeinsame Feind des protestantischen Preußens und des orthodoxen Rußlands. Polen ist somit die Brücke zur deutschrussischen Freundschaft.

Ganz anders verhielt sich das katholische Oesterreich zur polnischen Frage. Die galizischen Polen genossen die größte Freiheit im Vergleich zu den Polen in Rußland und Deutschland, welche Freiheit von ihnen leider zu dem Zweck benützt wurde, um die Ruthenen zu bedrücken, obgleich die Oesterreicher beiden Nationalitäten nominell gleiche Rechte eingeräumt hatten. Dasselbe kann auch von den anderen slawischen Völkern der Donaumonarchie gesagt werden. Das ukrainische Mekka war Lemberg, nicht Kijew, was quasi einer Kampfansage an den Panlawismus gleichbedeutend war: denn in der Tat war nicht das slawische Rußland, sondern das germanische Oesterreich ein Hort, wo die Slawen ihre kulturelle Eigenart frei entwickeln konnten! Erst seit dem Jahre 1918 zeugte Preußen ein lebhafteres Interesse für die Ukraine, wogegen Oesterreich schon seit Beginn des Krieges erfolgreich ukrainophile Politik betrieb, indem es geschickt den Hebel an die russischen Kriegsgefangenen ukrainischer „Abstammung“ legte.

Obwohl im allgemeinen eine eingehende Besprechung der im Zusammenhang mit der Behandlung der Kriegsgefangenen stehenden Frage nicht in den Rahmen dieser Schrift paßt, so muß diese Frage doch insofern Berücksichtigung finden, als man unumwunden zugeben muß, daß Oesterreich die einzige Macht war, die es im Verlauf des Weltkrieges verstanden hat, aus den Kriegsgefangenen politisch das größte Kapital zu schlagen. In dieser Beziehung steht Preußen an letzter Stelle, es hinkt sogar noch Rußland nach. Preußen war politisch zu ungeschickt, um aus der Russenfeindlichkeit der Kriegsgefangenen, die aus den Randstaaten stammten, für sich einen Nutzen zu ziehen. Dasselbe muß auch in Bezug auf die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete gesagt werden. Selbst die unter den russischen Gefangenen deutscher Abstammung, wie Balten, Deutschpolen, Kolonisten aus den südlichen und Wolga-Gouvernements, aus Rumänien u. s. w. durch den „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer“, (Berlin) betriebene deutsche Propaganda, muß lediglich als ein Fiasko bezeichnet werden. Angesichts der schlechten Behandlung, der sie in Preußen und Mecklenburg ausgesetzt waren, ging bei ihnen der mitgebrachte Russenhaß allmählich in Vergessenheit über. Mit einem überzeugten Preußenhaß aber sind die meisten von ihnen in die Heimat zurückgekehrt. Der Verfasser dieser Zeilen erlaubt sich insofern ein Urteil zu fällen, als er während der viereinhalb Jahre, die er in der Kriegsgefangenschaft verbrachte, die Möglichkeit hatte, in zwölf verschiedenen Kriegsgefangenenlagern Oesterreich-Ungarns und Deutschlands genaue Beobachtungen in der Behandlung der Fremdstämmigen anzustellen.

Der Brester Frieden brachte eine neue Wendung in der Randstaatenpolitik Oesterreichs. Mit geringen Mitteln erzielte es glänzende Erfolge nicht nur auf diplomatischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Wien

wurde immer und mehr das Zentrum der ukrainischen Bewegung und machte in dieser Beziehung entschieden Berlin, wo im Hotel „Esplanade“ der Ruhhandel um den ukrainischen „Separatfrieden“ stattfand, eine Konkurrenz.

Auf wirtschaftlichem Gebiet waren die Erfolge noch bedeutend größer, denn nach der reichen südwestlichen Ukraine sandten die Oesterreicher Ukrainer aus Galizien, die sich nicht nur in ihrer Muttersprache mit den russischen Stammesgenossen verständigen konnten, sondern die Oesterreicher waren in der Lage, der Ukraine auch Kompensationsobjekte zu liefern. Ein schwungvoller Tauschhandel fand jogleich statt von dem beide Teile profitierten. Anders war es in dieser Beziehung um Deutschland bestellt. Seine wirtschaftliche Einflußzone erstreckte sich auf das von den Okkupationsbehörden bereits ausgefogene Polen und Litauen, auf das preußenfeindliche jetzige Lettland und Estland, auf Weißrußland und auf die ganze nördliche Ukraine mit Kijew als Hauptstadt. Hier wurde „herausgeholt“ was nicht niet und nagelfest war, hauptsächlich Kupfergegenstände, Lebensmittel, Holz &c. Das deutsche Militär, etwa 300,000 Mann stark, wurde zur „Erholung“ in die Ukraine von der Westfront geschickt. Daß es ihm im allgemeinen an der Gewinnung der Sympathien der Ukrainer nicht gelegen war, liegt klar auf der Hand, denn einerseits war weder der einfache Mann, noch das Oberkommando von der hohen politischen Aufgabe, die es zu lösen hätte, durchdrungen, andererseits war die Versuchung, sich auf eine leichte Weise zu bereichern, viel zu groß.

Die ukrainischen Bauern, die sich weigerten, Lebensmittel der Armee zu liefern, wurden kurzweg gehängt. Der panikartige Rückzug des preußischen Heeres im Jahre 1918 legt ein hereditäres Zeugnis dafür ab, wie sehr es sich in der Ukraine verhaßt gemacht hat.

Alles dieses kann von dem österreichischen Heere nicht gesagt werden, welches sich überall im besetzten Gebiet die größte Mäßigung auferlegte, wie hinsichtlich der Behandlung der Bevölkerung, so auch in Bezug auf vorgenommene Requisitionen. Die Ursache des Erfolges der österreichischen Randstaatenpolitik läßt sich dadurch erklären, daß die Oesterreicher, als wahre Lebenskünstler zum Unterschiede von den Preußen, stets darnach trachteten, sich selbst und anderen das Leben zu erleichtern. Ganz abgesehen von der Ueberlegenheit der Deutschösterreicher auf diplomatischem Gebiet, sind sie, zum Unterschiede von den Preußen, im allgemeinen sehr befähigt, fremde geistige Werte richtig einzuschätzen, und weisen daher den ihnen Untergebenen den richtigen Platz an. Der Deutschösterreicher ist der geborene Herrenmensch, der seit Generationen gewohnt ist über andere zu herrschen und diesen Zustand für einen ganz natürlichen hält. Die gewinnende Erscheinung des Oesterreichers trägt dazu bei, daß das von ihm „unterjocht“ gewesene Duzend anderer Nationalitäten in ihm einen lebenswürdigen Menschen sah. Als guter Psychologe kennt er die Bedeutung der Suggestion, welche die Erscheinung beim ersten Anblick ausübt.

Der Deutschösterreicher ist somit das goldene Mittelding zwischen einem Preußen und einem Polen: bei ihm harmoniert Kern und Schale. Der Pole ist nur Schale, eine glänzende Erscheinung, der Preuze hingegen des strikte Gegenteil davon: unter der rauhen Schale ist manchmal ein guter Kern verborgen. Die Schale wirkt aber meistens so abstoßend, daß man nicht die Lust empfindet, nach dem Kern zu forschen.

XIII. Die Politik Rußlands.

Ein Zar, eine Kirche und ein Volk war der Wahlspruch Alexander III. (1881—94), unter dessen Szepter der Panlawismus derart konkrete Formen anzunehmen begann, daß nicht nur das als „fauler Westen“ bezeichnete Westeuropa, durch die Führer des Panlawismus, das Großrussentum, zur „breiten russischen Natur“ bekehrt werden sollte, sondern es war auch gleichzeitig eine Kampfansage gegen die westlichen Fremdvölker selbst, da sie sozusagen als Nagel im Brett, Vertreter des Westeuropäertums im russischen Nationalkörper waren: Rußland ist somit am Panlawismus und an den Fremdstämmigen zu Grunde gegangen.

Die seit jener Zeit in den jetzigen Randstaaten befolgte „Politik der Kraftlosigkeit und Selbstvernichtung“, um sich eines treffenden, von Prof. Th. Schiemann geprägten Ausdruckes zu bedienen, bezweckte nicht nur eine Gewaltrossifizierung, sondern auch ein Ausspielen einer Nationalität gegen die andere, damit durch die künstliche Schaffung chaotischer Zustände, wie sie im Inneren des Landes selbst bestanden, den Russen das Regieren leichter fällt.

In Finnland wurde zu diesem Zweck der finnisch-schwedische Antagonismus gestärkt, in Polen der Bauer gegen den polnischen Großgrundbesitzer aufgewiegelt, in den ehemaligen Ostseeprovinzen, die zwischen den Letten und Esten einerseits, und dem baltischen Landadel andererseits bereits bestehende Kluft erweitert; selbst der religiöse Kampf wurde künstlich aus Kleinasien nach dem Kaukasus verpflanzt. Dort hatte die russische Regierung die zwischen Sataren und Armeniern stattgefundenen Mezeleien auf dem Gewissen. Diese nivellierende Politik des Auseinanderhebens der, durch soziale, nationale und religiöse Schranken von einander getrennten Volksschichten der Fremdstämmigen war ja vom russischen Standpunkte aus, die einzige Möglichkeit, die der russischen Masse in zivilisatorischer und teilweise auch in kultureller Hinsicht überlegene Bevölkerung der jetzigen Randstaaten zu regieren, da ja Rußland selbst über keine dominierende Staatskultur verfügt, welche, bei einer genügenden Verbreitung in der russischen Masse, auch gleichzeitig allen, anderen, an der Peripherie des Reiches befindlichen westlichen Kulturen überlegen ist. Aus diesem Grunde konnten weder die Spitzen, noch die große Masse der Fremdstämmigen vom russischen Kulturkreis angezogen oder aufgesogen werden. Dies kann aber z. B. in Bezug auf Elsaß-Lothringen von Frankreich behauptet werden, welches im Vergleich zu Deutschland über eine einheitliche und im wahren Sinne des Wortes dominierende Staatskultur verfügt. Die Begriffe Panlawismus und Pangermanismus konnten nur aus der Unmöglichkeit ihrer praktischen Verwirklichung geboren werden, daher werden auch nie die kleineren slawischen Nationen, geschweige denn die Fremdstämmigen, „in das russische Meer“ zusammenfließen können.

Rußland ist insofern an den Fremdstämmigen zu Grunde gegangen, als sich doch früh oder spät die perfide, gegen die Deutschbalten, Letten und Esten angewendete Politik rächen mußte. Die russische Regierung beabsichtigte mit Hilfe der Letten und Esten die Macht des baltischen Landadels zu brechen, in der Hoffnung alsdann auf irgend eine Weise mit den Letten und Esten selbst fertig zu werden, wie dies bereits anläßlich der Revolution von 1905 der Fall war, die in den Ostseeprovinzen durch Strafexpeditionen und Kosaken erstickt wurde. Das Resultat davon war, daß die Esten, hauptsächlich aber die Letten, in revolutionärem Geiste künstlich großgezogen wurden.

Als der Weltkrieg ausbrach und in Rußland der Kampf nicht nur gegen die Mittelmächte, sondern auch gegen das im Lande ansässige Deutschtum russischer Staatsangehörigkeit geführt wurde, hatten naturgemäß die Deutschbalten am meisten zu leiden. Erst die Befreiung durch die deutschen Truppen brachte für sie Erlösung. Die politisch kurzfristigsten und gerade nicht die besten Elemente unter dem baltischen Adel kompromittierten sich stark durch zu große Handlangerdienste, die sie dem preussischen Junkertum erwiesen, obwohl sie unmöglich den schlechten Ruf, den dieser in der Welt genoß, nicht wissen konnten. Wie die Kinder Israel in der Wüste um das „Goldene Kalb“, so tanzte die deutschbaltische Reaktion um den „eisernen Landsturmann“ von Holz! Die wissentliche Unterstützung der Annexionspläne Deutschlands durch einen Teil des baltischen Landadels war somit die Antwort auf die russische „Randstaatenpolitik“ vor dem Weltkriege und während desselben.

Die Abrechnung, die Rußland von estnischer, namentlich aber von lettischer Seite erhielt, war nicht weniger verhängnisvoll.

Die russische Regierung machte bewußt einen Teil der lettischen freiwilligen Regimenter zu Kommunisten, durch die ihre Erbin, die Kerensky-Regierung zugrunde gegangen ist. Denn, indem die russische Regierung bei der Unzuverlässigkeit der russischen Truppen, die Bildung lettischer Regimenter gestattete, bezweckte sie gleichzeitig eine Vernichtung der lettischen Regimenter durch die deutschen Truppen selbst, weil sie ersteren in den entscheidendsten Momenten den Nachschub russischer Hilfstruppen verweigerte. Dadurch blieb dem Rest der lettischen Regimenter, die sich somit einer absichtlichen Vernichtung preisgegeben sahen, nichts anderes übrig, als sich der revolutionären Bewegung in die Arme zu werfen, in der Hoffnung, auf diese Weise vielleicht eine Besserung ihrer Lage zu erlangen. Dieses konnte ihnen schon aus dem Grunde nicht schwer fallen, als nicht gerade die besten Elemente des lettischen Volkes in diesen Regimentern vorhanden waren, weil die Tüchtigsten in den national-russischen Regimentern rechtswidrig zurückgehalten wurden. Die Behauptung, daß die roten lettischen Regimenter die alleinige Stütze der Rätegewalt sind, ist schon insofern irrig, als ein viel zu geringer Bruchteil von ihnen sich in Rußland befand. Uebrigens wird die verbreitete Ansicht, daß der Bolschewismus seine Existenz ausschließlich den lettischen Regimentern zu verdanken hat, am besten durch eine sehr beachtenswerte von J. Sestis, dem jetzigen lettländischen Gesandten in Estland, verfaßte Broschüre „Maximalisme et Tirailleurs Lettons“ (Petersburg 1918) widerlegt.

Die litauischen Verhältnisse aus der Vorkriegsperiode verdienen bei dieser Gelegenheit ebenfalls gestreift zu werden. Seit 1864 bis zum Ausbruch der ersten russischen Revolution im Jahre 1905, also runde 40 Jahre, bestand das Verbot, in litauischer Sprache Bücher und Schriften zu drucken. Als Mensch galt in Litauen dem Russen nur der Pole, doch auch dieser hatte unter den Russifizierungsbestrebungen ebenso, wie der Litauer selbst, zu leiden. Wenn somit in früheren Jahrhunderten die Litauer gezwungen waren, sich gegen den gemeinsamen Feind, den Russen, mit dem Polen zu verbünden, so kann man behaupten, daß seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts die russische Entnationalisierungspolitik mit den Polonisationsbestrebungen der, in Litauen ansässigen polnischen Großgrundbesitzer und deren Handlangern dem polnischen Klerus pari pasu ging.

Während des Weltkrieges wurde den Interessen der Randstaaten und deren Bevölkerung keineswegs Rechnung getragen: sie waren bloß ein Gürtel, mit dem sich das eigentliche russische Kernland vor den Hieben des deutschen

Heeres schützte. Nur von diesem Standpunkte aus wurden russischerseits die Randstaaten gewertet.

Da die, in Bezug auf sie angewendete Politik der Käterregierung für unsere nähere Betrachtung ausscheidet, so kann man nicht umhin, die Politik derjenigen „loyal Russians“ in London und Paris zu kritisieren, die als Vermittler zwischen den Ententemächten und den, von den Abenteuerergeneralen Kollschak, Denikin, Judenitsch und Wrangel geleiteten, gegen Käterrußland gerichteten Formationen figurieren.

Wir müssen somit auf die Ursache des Bolschewismus und auf den Grund zu dessen unzulänglicher Bekämpfung übergehen, soweit sie zur Abtrennung der Randstaaten beigetragen haben.

Man hört oft Leute ihrer Verwunderung Ausdruck geben, wie es möglich sein konnte, daß gerade in Rußland, einem der rückständigsten Länder Europas, von der Militärdiktatur unter dem Zarismus im Handumdrehen der Kommunismus, also die komplizierteste Form der „zukünftigen gesellschaftlichen Ordnung“, eingeführt werden konnte. Die russischen Revolutionäre, meist junge unerfahrene Hitzköpfe, deren Losung — zerstören und nicht aufbauen — war, hielten es für vollkommen überflüssig, sowohl der Kontinuität in der geschichtlichen, als auch in der organischen Entwicklung der Masse eines, von Kultur und Zivilisation wenig beleckten Volkes eine gebührende Beachtung zu zollen. Da die Hefe des Volkes in Rußland am meisten unterdrückt war, so stellte sie den geheimen politischen Organisationen eine große Anzahl von Adepten. In Westeuropa hingegen lastete der größte wirtschaftliche Druck auf dem kleinen Mittelstand und auf dem Proletariat der geistigen Arbeiter. Diese so gut wie garnicht organisierte Gesellschaftsschicht ist aber nicht dazu geeignet, daß für die Staatsumwälzungen nötige Kontingente von Revolutionären zu stellen. Einerseits steht die etwas verfeinerte Lebensweise dieses Standes dem Straßenkampf fern, andererseits sieht sich dieser Stand von dem mächtigen Druck zweier großen Gewalten: Kapital und organisierte Arbeiterschaft, zu sehr in seiner Freiheit beengt.

Daher spielt in Westeuropa der Mittelstand die Rolle eines Prellbocks, der die Stöße der beiden anderen, besser organisierten Stände auszuhalten hat.

Wo solch ein numerisch stark vertretener Stand vorhanden ist, muß der bolschewistische Propaganda der Boden entzogen sein, wie dies in Westeuropa der Fall ist.

Agrarbolschewismus wurde der russische Bolschewismus benannt, weil eben dort die entrechtete Klasse die landhungrigen Bauern sind. Daher konnte diese Bewegung nur in den Ländern um sich greifen, wo es den Regierungen an Mut fehlte, das Agrarproblem befriedigend zu lösen: in Rußland und in Ungarn, also nicht etwa in Dänemark oder Holland! Es lastete somit in Rußland auf dem Bauernstand nicht nur der Druck der kapitalkräftigen oberen Zehntausend, sondern auch derjenige des Mittelstandes selbst.

Da einerseits der russische Mittelstand numerisch nicht stark genug war, um die Rolle eines widerstandsfähigen Prellbocks zu spielen, andererseits aber durch Handlangerdienste mit den damaligen Machthabern gemeinsame Sache machte, so zerstob er bei Ausbruch der Revolution wie Spreu vor dem Winde, als die durch politische Agitation aufgehekte Masse mit einer elementaren Vehemenz ihren Racheinstinkten zügellosen Lauf ließ.

Die Keime des Bolschewismus sind in vier sozialen Uebeln zu suchen, die als Probleme einer dringenden Lösung harrten, zu deren Lösung aber die russische Regierung nicht schreiten wollte, — erstens: keine durchgreifende Agrarreform; zweitens: keine, den Zeitverhältnissen entsprechende Arbeiter-

gesetzgebung; drittens: keine Garantie für elementare bürgerliche Freiheiten, wie sie in Westeuropa einem jeden als selbstverständlich erscheinen, und viertens: keine Gleichstellung der Fremdstämmigen, wobei darunter hauptsächlich die jüdische Frage, als sehr brennend, in den Vordergrund trat und jedenfalls nicht durch Pogrome gelöst werden konnte. Dies waren die vier Ecksteine, auf denen das, eine futuristische Grimasse schneidende Gebäude des Kommunismus russischer Prägung durch eher selbstsüchtige, als ideale Weltverbesserer über Nacht errichtet wurde und nun schon bald drei Jahre, wie ein Butterfleck auf dem Papier, sich über ganz Europa auszubreiten droht. Nun wurde, ohne seine Ursache untersuchen zu wollen, an seine Bekämpfung geschritten, indem man statt vor aller Welt kundzutun, daß man in Rußland die Agrarfrage befriedigend lösen will, daß eine menschenwürdige Arbeitergesetzgebung an Stelle der ehemaligen Entrechtung treten wird, daß der Gesellschaft elementare kultur-politische Freiheiten zugestanden werden, und daß endlich die kulturell höherstehenden Fremdstämmigen nicht mehr als Parasit von dem Ruhestum bevormundet werden dürfen.

Woher sollte auch plötzlich dieser Umschwung in den Anschauungen derjenigen Personen kommen, die sich an die Spitze der antibolschewistischen Bewegung emporgeschwungen haben? Mit welcher Idee suchte man nun jetzt die, vom Bolschewismus verseuchten Massen, die mit der Phrase „raubt das Geraubte“ gewonnen wurden, zu gewinnen? Etwa mit der abgeschmackten Idee des Zarentums? Anstatt daß der Mittelstand, der unter dem augenblicklichen Chaos am meisten zu leiden hat, selbst die Bekämpfung des Bolschewismus in die Hand nimmt, läßt er sich mit stolischer Ruhe gefallen, daß der Teufel des Bolschewismus durch den Belzebug der Reaktion vertrieben wird. Aus diesem Grunde sind auch die, in seiner Bekämpfung erzielten Resultate so durchaus kläglich und werden es auch in Zukunft bleiben, wenn man es nicht für nötig befindet, das Schiffbruch erlittene Ideal des Bolschewismus durch ein anderes wahrhaft reines Ideal, dessen Träger und Verfechter nur dem demokratisch gesinnten Mittelstand entstammen können, zu ersetzen. Wird sich die russische Demokratie von den Pariser Boulevards, dem Londoner Strand und sonstigen internationalen Plätzen des alliierten und neutralen Auslandes zu einer derartigen Staatsaktion ermannen können? Wohl kaum!

Frankreich, England und Amerika schickten sich an, von einander ganz unabhängig, den russischen Bolschewismus zu bekämpfen. Sie unterstützten aber die russische Reaktion, statt der Demokratie, die sowohl dem Bolschewismus, als auch der Reaktion feindselig gegenübersteht. Die Großmächte erinnerten in ihrer Hilfsaktion an die Fabel vom Schwan, vom Krebs und vom Hecht, die sich anschlachten, gemeinsam einen Lastwagen vom Platz zu rücken.

Das Resultat ihrer Uneinigkeit war: als die weißen Truppen im Sommer 1919 Innerrußland von allen Seiten umkreisten und die Kätegewalt bereits in allen Ecken frachte, der Ring um Moskau doch nicht geschlossen werden konnte, und die bolschewistische Propaganda zum Schaden Englands nach Zentralasien hinübergriff. Der „englische Hecht“ zog es vor, sich von der Archangelsfront „splendid“ zu „isolieren“, und als der „französische Schwanengesang“ in der „Denikinschen“ Ukraine und in der Rzeczpospolita von 1772 verklungen war, blieb dem „amerikanischen Krebs“ nichts übrig, als seine „sick of Europe“-Desinteressements-Erklärung abzugeben.

Doch trifft in dieser Beziehung die Schuld nicht die Großmächte allein, sondern nicht minder die Zarengeneräle und deren Entourage, denen die

Bekämpfung des Bolschewismus lediglich ein Vorwand war, um sich selbst zu bereichern und die alte, beim Volke so verhasste Ordnung wieder einzuführen. Zweifelsohne stöhnte das russische Volk unter der schweren wirtschaftlichen Lage, in die es durch den Weltkrieg und die darauf folgenden Revolutionen, die Experimente der Räterregierung und den Bürgerkrieg versetzt worden ist, aber eine Rückkehr zum Alten wollte es doch unter keinen Umständen zulassen, zumal es durch die vonseiten der Räterregierung gemachten Versprechungen nicht nur Aussicht hatte seinen Landhunger zu stillen, sondern tatsächlich in den Besitz großer Ländereien, die früher den Gutsbesitzern, der Krone und der Kirche gehörten, gekommen war.

Ihr politischer Kardinalfehler bestand darin, daß weder Koltshak, noch Denikin, noch Judenitsch auf die Plattform der Anerkennung der Randstaaten sich stellen wollten, um den gemeinsamen Feind, Räterrußland zu bekämpfen. Letzteres konnte somit, dank dieser Uneinigkeit, alle weißen Formationen einzeln schlagen, denn Denikin hielt es für nötig, mit seinem linken Flügel die antibolschewistische Ukraine zu bekämpfen, während sein rechter Flügel, die Selbständigkeit der Kaukasus-Republiken zu vernichten suchte. Ein selbständiges, mit Hilfe der Alliierten restauriertes Polen erkannte Denikin ebenfalls nicht an, so daß man von Polen eine gemeinsame Aktion mit den weißen Truppen gegen die Räterregierung unmöglich erwarten konnte. Im Nordwesten wurde derselbe Fehler begangen, wo sich die russische Reaktion sogar der preussischen Hilfe bediente, um die sogenannte russische „Westregierung“ von v. d. Goltz's und Vermont's Gnaden ins Leben zu rufen, welche zuerst Lettland und dann die übrigen Baltischen Staaten aus dem Wege räumen sollte.

Man wollte nicht zuerst Räterrußland bekämpfen und dort ein geordnetes demokratisches Régime einführen, um von innen heraus eine wirtschaftlich-politische Verständigung mit den, sich bereits losgelösten Randstaaten anzustreben, sondern man zog es vor, von außen den Bolschewismus und die Randstaaten zu bekämpfen: man glaubte stark genug zu sein, um in einem Atemzuge von Thorn bis Kamtschatka das ehemalige Rußland wieder herzustellen.

In damaliger Zeit konnte ein gewisses stillschweigendes Einvernehmen zwischen den Totfeinden, Frankreich und Preußen, bei der Lösung „des russischen Problems“ nicht von der Hand gewiesen werden.

„Nur wenn wir im Dreck uns fanden
So verstanden wir uns gleich,“ (H. Heine),

denn wie das preussische „Kulturträgetum“, so auch „La grande nation“ entdeckten plötzlich im russischen Dreck ihre Kulturgemeinschaft. Die Unfähigkeit aber den russischen Auliasstall vom bolschewistischen Dreck zu reinigen, hat somit letzten Endes dazu beigetragen, daß er zur „Großmacht“ herangereift ist und mit der „Beherrscherin der Meere“ als gleichberechtigter Partner verhandelt. Dieses konnte nur dank der vollkommenen politischen Unfähigkeit der Gegner des Bolschewismus, im allgemeinen dieses Abel an seiner Wurzel zu fassen, stattfinden.

Durch gemeinsam geführte Friedensverhandlungen mit Räterrußland hätten entschieden alle drei Baltischen Staaten bei weitem vorteilhaftere Bedingungen für sich erlangen können, denn Räterrußland war damals schon sehr kriegsmüde. Durch das Zustandekommen einzelner Friedensschlüsse ist Räterrußland in seiner Überlegenheit auf diplomatischem Gebiet unnützerweise bekräftigt worden: eine direkte Schuld daran tragen „gewisse“ Einflüsterungen.

Daß vom rein politisch-diplomatischen Standpunkte, wie die Politik der russischen antibolschewistischen Formationen, so auch diejenige der Entente-

Bekämpfung des Bolschewismus leidlich ein Vorwand war, um sich selbst zu bereichern und die alte, beim Volke so verhaßte Ordnung wieder einzuführen. Zweifelsohne stöhnte das russische Volk unter der schweren wirtschaftlichen Lage, in die es durch den Weltkrieg und die darauf folgenden Revolutionen, die Experimente der Räteregierung und den Bürgerkrieg versetzt worden ist, aber eine Rückkehr zum Alten wollte es doch unter keinen Umständen zulassen, zumal es durch die vonseiten der Räteregierung gemachten Versprechungen nicht nur Aussicht hatte seinen Landhunger zu stillen, sondern tatsächlich in den Besitz großer Ländereien, die früher den Gutsbesitzern, der Krone und der Kirche gehörten, gekommen war.

Ihr politischer Kardinalfehler bestand darin, daß weder Koltshak, noch Denikin, noch Judenitsch auf die Plattform der Anerkennung der Randstaaten sich stellen wollten, um den gemeinsamen Feind, Räterußland zu bekämpfen. Letzteres konnte somit, dank dieser Uneinigkeit, alle weißen Formationen einzeln schlagen, denn Denikin hielt es für nötig, mit seinem linken Flügel die antibolschewistische Ukraine zu bekämpfen, während sein rechter Flügel, die Selbständigkeit der Kaukasus-Republiken zu vernichten suchte. Ein selbständiges, mit Hilfe der Alliierten restauriertes Polen erkannte Denikin ebenfalls nicht an, so daß man von Polen eine gemeinsame Aktion mit den weißen Truppen gegen die Räteregierung unmöglich erwarten konnte. Im Nordwesten wurde derselbe Fehler begangen, wo sich die russische Reaktion sogar der preussischen Hilfe bediente, um die sogenannte russische „Westregierung“ von v. d. Goltz's und Vermont's Gnaden ins Leben zu rufen, welche zuerst Lettland und dann die übrigen Baltischen Staaten aus dem Wege räumen sollte.

Man wollte nicht zuerst Räterußland bekämpfen und dort ein geordnetes demokratisches Régime einführen, um von innen heraus eine wirtschaftlich-politische Verständigung mit den, sich bereits losgelösten Randstaaten anzustreben, sondern man zog es vor, von außen den Bolschewismus und die Randstaaten zu bekämpfen: man glaubte stark genug zu sein, um in einem Atemzuge von Thorn bis Kamtschatka das ehemalige Rußland wieder herzustellen.

In damaliger Zeit konnte ein gewisses stillschweigendes Einvernehmen zwischen den Totfeinden, Frankreich und Preußen, bei der Lösung „des russischen Problems“ nicht von der Hand gewiesen werden.

„Nur wenn wir im Dreck uns fanden
So verstanden wir uns gleich,“ (H. Heine),

denn wie das preußische „Kulturträgetum“, so auch „La grande nation“ entdeckten plötzlich im russischen Dreck ihre Kulturgemeinschaft. Die Unfähigkeit aber den russischen Ugliaßstall vom bolschewistischen Dreck zu reinigen, hat somit letzten Endes dazu beigetragen, daß er zur „Großmacht“ herangereift ist und mit der „Beherrscherin der Meere“ als gleichberechtigter Partner verhandelt. Dieses konnte nur dank der vollkommenen politischen Unfähigkeit der Gegner des Bolschewismus, im allgemeinen dieses Abel an seiner Wurzel zu fassen, stattfinden.

Durch gemeinsam geführte Friedensverhandlungen mit Räterußland hätten entschieden alle drei Baltischen Staaten bei weitem vorteilhaftere Bedingungen für sich erlangen können, denn Räterußland war damals schon sehr kriegsmüde. Durch das Zustandekommen einzelner Friedensschlüsse ist Räterußland in seiner Überlegenheit auf diplomatischem Gebiet unnäherweise bekräftigt worden: eine direkte Schuld daran tragen „gewisse“ Einflüsterungen.

Daß vom rein politisch-diplomatischen Standpunkte, wie die Politik der russischen antibolschewistischen Formationen, so auch diejenige der Entente-

mächte absolut keine Erfolge in der Bekämpfung des Bolschewismus aufzuweisen hat, braucht nicht noch besonders hervorgehoben zu werden.

In dieser Beziehung muß Räterußland der Siegespreis zugesprochen werden, denn es verstand nicht nur die Uneinigkeit der Ententemächte, sondern auch diejenige der Randstaaten selbst, vortrefflich im eigenen Interesse auszunutzen: mit den Randstaaten schloß Räterußland nach einander Frieden, indem es mit den schwächsten unter ihnen, der von der Entente am tiefmütterlichsten behandelnden Republik Estland eine Verständigung anbahnte; gleichzeitig schlug es die antibolschewistischen russischen Armeen nach einander.

Der beste diplomatische Schachzug Räterußlands, der, wenn er ganz gelungen wäre, die unabsehbarsten Folgen für Westeuropa gehabt hätte, ist entschieden der Friedensschluß mit Litauen: der gemeinsame Haß gegen das imperialistische Polen war diejenige Vorbedingung, die zu einem schnellen Friedensschluß zwischen Litauen und Räterußland führte. Einerseits war das kleine Litauen zu schwach Rußland gegenüber, andererseits brauchte Räterußland zeitweilig das litauische Territorium, um der polnischen Armee in den Rücken zu fallen, und Polen wenigstens zum Frieden zu zwingen, wenn es Räterußland nicht gelingen sollte, in Deutschland sich mit den Spartakusleuten zu Kriegsoperationen größeren Stils zusammenzuschließen.

Die Entente, hauptsächlich Frankreich, hielt Lettland und Litauen davon ab, mit Estland gemeinsamen Frieden zu schließen, da man befürchtete, daß auf einer so langen Front, wie es diejenige der drei Baltischen Staaten war, mit Räterußland plötzlich der Friedenszustand eintritt. Eine genügende materielle und militärische Unterstützung wollte man den Baltischen Staaten nicht angedeihen lassen, statt dessen benutzte man aber die Gelegenheit um hier Freiwillige für die Fremdenlegion zu werben!

Als „Versuchskarnikel“ im Friedensschluß mit Räterußland sollte daher vorläufig nur die Republik Estland dienen.

Durch eine derartige „Bivisektion“, die am Wirtschaftsleben der Republik Estland vollzogen wurde, haben die übrigen Baltischen Staaten zweifelsohne verloren, Estland hat aber nicht übermäßig viel gewonnen: die 15 Millionen russischen Goldes erwiesen sich als Judasgroschen, der keine radikale Gesundung den estnischen Staatsfinanzen zu bringen vermochte.

XIV. Die Auswärtige Politik der Baltischen Staaten.

Wenn die Randstaatenpolitik der Großmächte als eine aktive bezeichnet werden kann, so ist die auswärtige Politik der Baltischen Staaten nach der Seite der Ententemächte hin eine passive. Die Bildung der Baltischen Staaten vollzog sich unter dem dreifachen Damoklesschwert: Zusammenbruch der immer noch im alldeutschen Fahrwasser plätschernden Okkupationsgewalt, bolschewistische Invasion und die durch das Triumvirat Gols — Vermont — Zeligowsky bedingten inneren Unruhen. Eine schnelle Stabilisierung der wirtschaftlich-politischen Lage in Litauen, Lettland und Estland war daher nicht möglich. Dieses wird in Zukunft nur nach Liquidierung des litauisch-polnischen Konflikts und nachdem Lettland und Estland eine aktive Handelsbilanz erzielt haben, stattfinden.

a) Die Auswärtige Politik Litauens.



Dr. Grinius
der litauische Ministerpräsident



Dr. Purizky
der litauische Minister des Äußern.

Die Anwesenheit der Delegierten Smetona, Dr. Bassanawitschus, Klimas, Rairis u. a. in der ersten Sitzung der Tariba am 18. September 1917 spricht schon gegen eine deutschlandfreundliche politische Orientierung Litauens, wozu übrigens weder die deutsche Okkupationsperiode, noch das eigenmächtige Handeln der alldeutschen Heeresführer nach dem Waffenstillstand den Anlaß geben konnten. Somit zieht Litauen gemeinsam mit Lettland und Estland am Triumphwagen der Ententeorientierung, die in politischer Hinsicht als *raison d'être* aller drei Baltischen Staaten gewertet werden muß.

Litauen hat es verstanden, zum Unterschiede von Lettland und Estland, insofern das wirtschaftliche Moment vom politischen zu trennen, als es das Ostgeld beibehielt. Es läßt sich somit vorläufig finanziell von Deutschland ins Schlepptau nehmen, bis alle drei Baltischen Staaten, nach Überwindung so mancher wirtschaftlicher Schwierigkeiten, zu einer gemeinsamen Währung gelangen. Der, aus dieser „deutschen wirtschaftlichen Orientierung“ für Litauen resultierende Nachteil für die Gewinnung französischer Sympathien, wird durch eine aktive Handelsbilanz, welche in Europa, außer England, nur Litauen aufzuweisen hat, vollkommen wettgemacht. Litauen ist der Schlüssel zur Lösung des gesamten osteuropäischen Problems, da sich im polnisch-litauischen Konflikt, wie in einem Brennpunkte, die polnischen, preussischen und räterussischen Intrigen kreuzen.

Die ententophile Orientierung Litauens erheischt, angesichts der gemeinsamen Gefahr vor dem jetzigen und dem kommenden Rußland, eine starke Annäherung an die beiden übrigen Baltischen Staaten, namentlich an seinen nördlichen blutsverwandten Nachbarstaat, Lettland, welcher über Fluß- und Seehäfen verfügt, die für den litauischen Handel von großer Wichtigkeit sind. Es sind somit starke Anzeichen vorhanden, daß in Litauen für die Bildung eines Baltischen Dreibundes der Boden am meisten vorbereitet ist. Die Vorkämpfer dieser Idee sind Dr. Schljupas, Lubicz-Milosz, C. Ribas, Martus, Dr. Purizky u. a. m.

Die Notwendigkeit eines derartigen Bündnisses ist für Litauen schon insofern von großer Bedeutung, als es auf jegliche polnische Einverleibungsversuche, im Sinne der Erneuerung der Lubliner Union von 1559, nur stets mit einem glatten non possumus antworten wird.

b) Die Auswärtige Politik Estlands.

Die am 24. Februar 1918. erfolgte Gründung der estnischen Republik vollzog sich ebenfalls, wie in Lettland und Litauen, unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen. Die Anwesenheit der deutschen Truppen, die sich beeilt haben, trotz einer nur einige Monate währenden Besetzung des Landes, sich sehr unbeliebt zu machen, trug unwillkürlich dazu bei, daß radikale politische Führer, die Massen ins bolschewistische Lager stießen, um durch einen Gegenbruch das Land von fremder Invasión zu befreien. Daher waren die demokratisch-staatlich denkenden Führer des estnischen Volkes vor die doppelte Aufgabe gestellt: die Reste der deutschen Okkupationsgewalt zu zertrümmern und eine Sanierung des Landes von bolschewistischen Ideen vorzunehmen. Dies gelang auch vollkommen dem General Laidoner, der in kurzer Zeit ein diszipliniertes Heer schuf, welches im Kampfe gegen die Bolschewiken durch Freiwillige aus Finnland unterstützt wurde. Durch die rote Armee war Estland in einem, bei weitem geringeren Masse besetzt gewesen, als dieses mit Lettland der Fall war. Dies läßt sich unter anderem dadurch erklären, daß der in Estland ansässige Adel, durch eine physische Unmöglichkeit mit Deutschland in direkte Verbindung zu treten, der Gründung des estländischen Staates weniger ins Werk setzen konnte. Somit wurde in Estland mit der Landesverteidigung nicht solange gezögert, wie dies in Lettland der Fall war, wo der Ruhhandel um die Privilegien viel Zeit raubte.

Wenn somit für Estland der Druck von deutschreaktionärer Seite geringer war, als in Lettland, so war desto ernster die Gefährdung des estnischen Staates durch die Anwesenheit der, gegen die Bolschewiken kämpfenden russischen „Nordwestregierung“, mit General Judenitsch als Heeresführer.

Obwohl die Esten zusammen mit dieser russischen Armee gegen die Bolschewiken kämpften, hatte der estnische Staat beständig mit zwei unabwendbaren Gefahren zu rechnen: entweder vom Roten Rußland erdrückt, oder durch die Nachzügler der freiwilligen Judenitsch-Armee, im Falle ihres siegreichen Einzuges in Petersburg, vernichtet zu werden. Man kann wohl behaupten, daß der Vermont-Gold'sche Überfall auf Lettland, der dessen Existenz äußerst gefährdete, die Einnahme Petersburgs durch die Armee Judenitsch's vereitelte, welche insofern ihre Rückwirkung auf Estland hatte, als die geschlagene Judenitsch-Armee sich auf Estland zurückziehen mußte, um alsdann entwaffnet und im Laufe der Zeit endgültig liquidiert zu werden.

Die Disziplin in der Judenitsch-Armee war vollkommen untergraben: einerseits lag es den russischen Offizieren daran einen guten Tag in der Steppe zu leben, damit nur allein der einfache Mann, als Soldat, die Last des Feldzuges trägt, andererseits wurden beim Vormarsch Repressalien gegen diejenigen Bauern angewendet, die in der Abwesenheit des Gutsherrn die Bodenbestellung übernommen hatten — man wollte die alte beim Volke so verhasste Ordnung wieder einführen. Dies war der Grund des Zusammenbruchs der Judenitsch-Armee, weswegen sich Estland auch seiner Zeit veranlaßt sah mit Sowjetrußland Frieden zu schließen, zumal die Entente den Esten Waffen in höchst ungenügendem Masse zur Verfügung stellte, Judenitsch von ihr aber zuzusagen auf Händen getragen wurde.

Von der kleinen estnischen Armeec, im welcher Typhusepidemien wüteten, konnte die Entente unmöglich verlangen, daß sie einem „künftigen Rußland“ Vorrspanndienste in der Bekämpfung der Roten leiste.

Wenn sich Litauen in wirtschaftlicher Hinsicht mit Deutschland verständigte, Lettland eine polnische politische Orientierung besitzt, so suchte Estland sein Heil in einer wirtschaftlichen Anlehnung an das ihm blutsverwandte Finnland. Somit bestand bei jedem dieser drei Staaten einzeln das Bedürfnis, sich wirtschaftlich an einen größeren Nachbarstaat anzulehnen, bevor sie soweit erstarbt waren, um jetzt in wirtschaftlicher Hinsicht untereinander den Baltischen Dreibund zu bilden.

Leider konnte Finnland, welches nach dem Bolschewisteneinfall ganz durch den Aufbau seines eigenen Staates in Anspruch genommen war, Estland keine ausgiebige Hilfe angedeihen lassen.

Die auf Schweden gesetzten Hoffnungen haben sich als trügerisch erwiesen, da es zum eigenen Schaden an einer konservativen Politik der Nichteinmischung in die innerbaltischen Angelegenheiten festhält, obwohl es vollkommen auf die Sympathien der Esten und Letten rechnen konnte. Die Schweden (1620 — 1710) sind wegen der von ihnen durchgeführten Abschaffung so mancher Privilegien des baltischen Landadels bei den Letten und Esten in gutem Gedächtnis. Somit bleibt für Estland ebenfalls nur noch ein Bündnis mit den beiden anderen Baltischen Staaten Lettland und Litauen übrig, welches estnischerseits von namhaften Politikern befürwortet wird.

c) Die Auswärtige Politik Lettlands.



S. Umanis.
lettländischer Ministerpräsident.



S. Meijerowiz.
lettländischer Minister des Außern.

Der am 18. November 1918 proklamierte lettländische Staat hatte mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie der litauische. Wenn Lettland auch die Intrigen der polnischen Gutsbesitzer erspart blieben, so war seine Lage insofern eine äußerst schwierige, als sowohl der Bolschewismus, wie auch das preukische Junkertum, verbunden mit dem baltischen Großadel, die

Vernichtung der Unabhängigkeit Lettlands anstreben. Die lettländische Regierung mußte aus der Hauptstadt nach Libau vor den Bolschewiken flüchten, wo sie am 16. April 1919 durch die deutschen Truppen gestürzt wurde, bis sie von der Entente Anfang Juni wieder eingesetzt worden ist. Lettland war somit gezwungen, beständig auf zwei Fronten Krieg zu führen, denn es „gehörte weder ins russische, noch ins deutsche Nest“, wie sich der Ministerpräsident Ulmanis zutreffend äußerte. Diese Lösung mußte natürlich auch symptomatisch für die gesammte außenpolitische Orientierung werden.

Wie die mit Polens Hilfe gemeinsam unternommene Aktion gegen die Roten, um Lettgallen von ihnen zu befreien, so mußte auch der um die Befreiung Kurlands von den „eisernen Landsknechten“ geführte Kampf die ententophile Orientierung in einem bei weitem größeren Maße zum Ausdruck bringen, als dies bei Litauen der Fall war.

Durch die, auf diese Weise hervorgerufene wirtschaftliche Isolierung von Deutschland und die Abneigung der Entente, Lettland, wie mit Kriegsmaterial, so auch mit Geldmitteln in seinem Zweifrontenkampf nur halbwegs ausreichend zu unterstützen, war ein größerer Notenumlauf nötig, um das Weiterbestehen des Staates zu sichern, bis bessere Zeiten kommen.

Die polnische Orientierung, an der Lettland noch heute festhält, läßt sich dadurch erklären, daß die Litauer, die eine nur 15 Km. lange Front gegen die Bolschewiken bei Raskuhnen besetzt hielten, für eine gemeinsame Aktion größeren Stils gegen die Bolschewiken nicht zu haben waren, weil die litauische Armee die West- und Südgrenzen Litauens gegen Deutschland und Polen zu schützen hatte.

Für die Letten galt es Lettgallen mit den wichtigsten Städten, Dünaburg und Rostitten, von den Roten zu befreien. In Lettgallen sind aber viele polnische Großgrundbesitzer ansässig, so daß mit polnischer Hilfe Lettgallen befreit wurde, wonach die Polen das Territorium räumten.

Die polnische Orientierung ist nur politischer Natur, wogegen andererseits ein stark ausgeprägtes Bestreben besteht, sich in wirtschaftlicher Hinsicht mit Litauen und Estland zusammenzuschließen. Dank seiner geographischen Lage ist Lettland als wirtschaftliches Bindeglied zwischen diesen beiden Nachbarstaaten an erster Stelle dazu berufen, dem Baltischen Dreibund konkrete Formen zu verleihen.

Die Notwendigkeit der Verwirklichung dieser Idee gewinnt beständig an Intensivität, nachdem, nach der bereits mit Estland u. id Litauen stattgefundenen Grenzregulierung, keine Hindernisse in dieser Beziehung bestehen. Oberst Osol ist einer der überzeugtesten Vorkämpfer dieser Idee.

XV. Selbsthilfe der Randstaaten.

Aus den vorhergegangenen Kapiteln ist ersichtlich, daß keine Einigkeit in der Randstaatenpolitik der Großmächte besteht. Die Randstaaten sind somit auf Selbsthilfe angewiesen, um sich dadurch eher gegen Intrigen zu schützen. Diese Aufgabe wird den Randstaaten nicht leicht fallen, da sie einerseits wirtschaftlich zu schwach sind, andererseits, weil jeder einzelne Staat, der auf streng nationaler Grundlage entstanden ist, noch zu wenig Männer besitzt, die auch die große Masse der Intelligenz beeinflussen könnten zu einem — „to think imperially“, wie Cecil Rhodes gesagt hat — d. h. den

Interessen der Allgemeinheit die Sonderwünsche eines jeden einzelnen Staates unterzuordnen.

Auch darf die Gefahr, die den Randstaaten vonseiten des politisch-zentralisierten Kapitalismus droht, nicht unterschätzt werden. Daher liegt es entschieden im Sinne der Selbsthilfe der Randstaaten, die unter den auswärtigen Mächten herrschenden Gegensätze vom politischen auf ihr wirtschaftliches Gebiet in ihrer Betätigung in den Randstaaten hinüberzuleiten. Diese hauptsächlichsten Gegensätze sind: 1) der englisch-amerikanische, 2) der englisch-irische, 3) der deutsch-englische, 4) der deutsch-französische, 5) der neutralen Mächte unter einander und 6) der Neutralen einerseits und der Großmächte andererseits.

Durch eine entsprechende Propaganda, wie in den Randstaaten, so auch im Auslande selbst, könnten die vom Auslande her strömenden negativen und positiven Wirtschaftskräfte derart reguliert werden, daß das Ausblühen des eigenen Wirtschaftslebens gefördert wird.

XVI. Propaganda.

Motto: „Am Anfang war das Wort. . .
Hier stoch ich schon, wer hilft mir weiter fort“. (Faust, 1. T.).

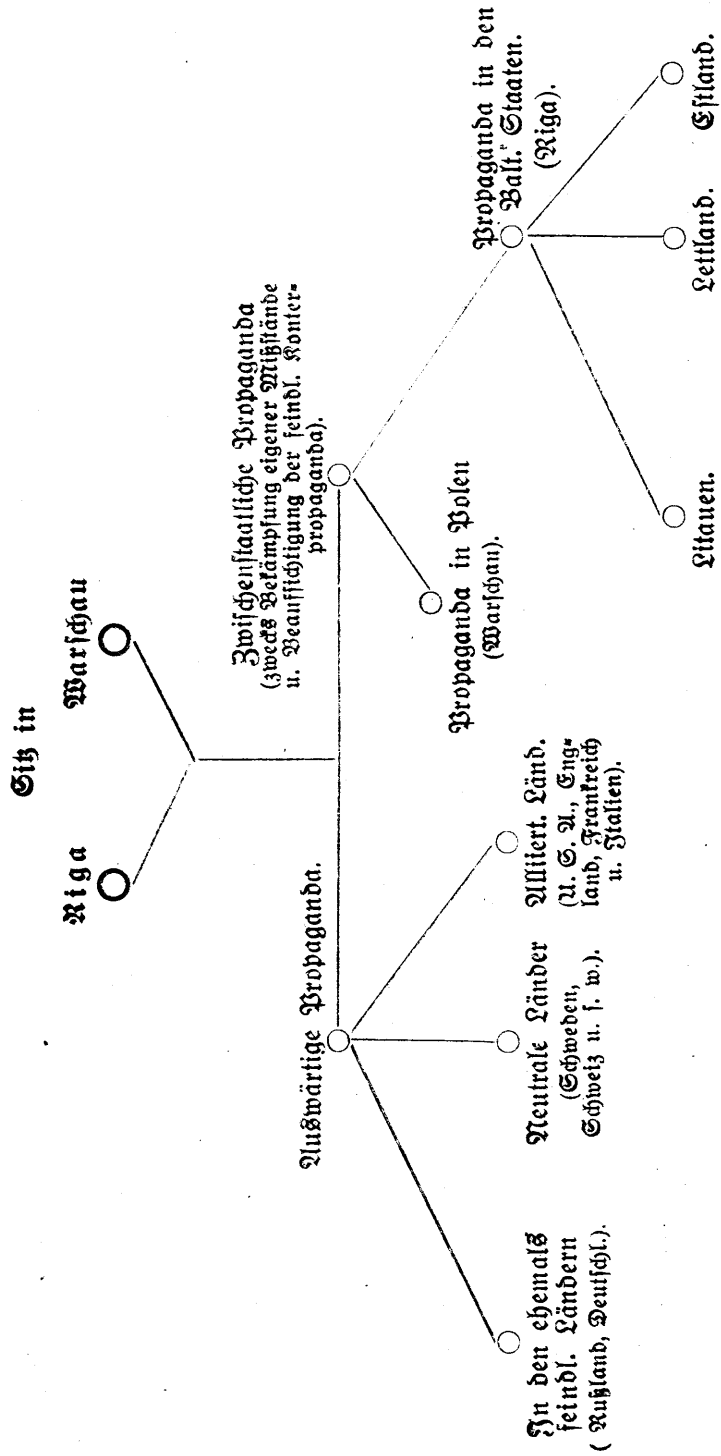
Das Wort geht in allgemeinen jeglicher Tätigkeit voran, damit diese aber nicht ins „Stocken“ gerät, müssen alle einheitlichen, für eine gemeinsame Propagandatätigkeit in Frage kommenden Kräfte zusammengefaßt werden. Dies ist der Fall mit den Randstaaten, die sich somit ihre wirtschaftlich-politische Propagandatätigkeit bedeutend erleichtern können. Vorbildliches ist bis jetzt in dieser Beziehung nur von Northcliffe und der Kätregierung geleistet worden.

Die Schaffung eines gemeinsamen wirtschaftlich-politischen Propagandaamts für die drei Baltischen Staaten und Polen wäre daher entschieden an der Zeit.

Seine zwei Zentren: in Riga für Lettland, Estland und Litauen, und in Warschau für Polen, müßten in steter Fühlung mit einander bleiben und nach gemeinsam ausgearbeiteten Prinzipien geleitet werden. Eine gemeinsame Handelskammer für die drei Baltischen Staaten müßte dem Rigaer Propagandaamt angegliedert werden. Ein mehrsprachiges, nach westeuropäischem Muster aufgemachtes Propagandaorgan, welches man mit „L'Indépendance Baltique“ bezeichnen könnte, müßte in Riga erscheinen, um die Doppelarbeit, die bei der Herausgabe der „Estonian Review“, „The Latvian Economist“, des „Bulletin de Latvia“ und der in der Schweiz erscheinenden litauischen Druckschriften entsteht, zu vermeiden.

Inbezug auf Propaganda bleibt Lettland noch viel zu leisten übrig; namentlich auf dem politischen und volkswirtschaftlichen Gebiet. So müßte z. B. der diplomatische Vertreter Lettlands in Deutschland ein demokratisch-gefinnter und zugleich staatlich-denkender Deutschbalte, derjenige in Sowjetrußland ein Mitglied der lettischen sozialdemokratischen Partei sein. Auf diese Weise würde in Deutschland, die zwischen Lettland und Deutschland bestehende Kluft überbrückt, andererseits in Moskau eher eine Verständigung mit dem herrschenden Bolschewismus erzielt werden.

Schema der Organisation des wirtschaftlich-politischen Propaganda-Amtes für Lettland, Estland, Litauen und Polen.



XVII. Freihandel.

Lettland, Estland und Litauen sind, getrennt betrachtet, zu klein und durch den Weltkrieg wirtschaftlich zu ruiniert, um eine in sich abgeschlossene ökonomische Einheit zu sein. Ein Schutzollsystem, das bei imperialistischen Großmächten, die über eine große Heeresmacht verfügen, stets zum Hochschutzollsystem wird, steht kleinen Staaten keineswegs an.

Eine Industrie, die zu russischer Zeit doch nur ein Kunstprodukt war und jetzt total gefallen ist, braucht nicht durch Zölle „geschützt“ zu werden, zumal sie kaum für den innern Markt von Bedeutung ist. Andererseits sind alle Vorbedingungen zur Entstehung einer, auch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Industrie in den drei Baltischen Staaten vorhanden. Die Entstehung der Industrie kann nur auf dem Wege des **Freihandels** (Free trade) gefördert werden, der allein es verhindern kann, daß „Menschen anstatt Waren ausgeführt“ werden.

Da die Baltischen Staaten gewissermaßen auf die ausländischen Kapitalien angewiesen sind, so würde die Einführung des Freihandels zu einem blühenden Aufschwung der baltischen Industrie und daher auch zur Steigerung der Konkurrenz unter den auswärtigen Geldgebern beitragen; die daraus resultierenden Vorteile würden in erster Linie der einheimischen Bevölkerung zugute kommen. Weiter würde der **Freihandel** dazu beitragen, daß die Baltischen Staaten in die Reihe der in wirtschaftlicher und daher auch in politischer Beziehung fortschrittlichen Länder treten, ein Faktor, der in Anbetracht des zukünftigen Ansehens der Baltischen Staaten, dessen sie sich bei den anderen Mächten, namentlich bei **England**, dem **Heimatlande des Freihandels**, erfreuen dürften, von großer Bedeutung ist.

Der **Freihandel** ist ferner dazu berufen, einen wesentlichen Teil des Konkurrenzkampfes um die Beherrschung des russischen Marktes seitens der Industriestaaten auf das Gebiet der Baltischen Staaten hinüberzutragen. Dadurch wird am schnellsten eine, für den russischen Markt arbeitende Industrie entstehen, was zum Fortschritt und Aufblühen der Baltischen Staaten beitragen muß.

Dank der vor sich gehenden Arbeitsteilung gehen die Interessen der Baltischen Staaten und diejenigen Rußlands nicht auseinander, sondern sie kompensieren sich gegenseitig: durch die Einführung des Freihandels werden eben die Baltischen Staaten Industriegebiete, während Rußland noch lange ein Agrarstaat wird bleiben müssen. Sollte Rußland in Zukunft seine verwüstete Industrie durch Prohibitivzölle „schützen“ wollen, so würden erst Jahrzehnte verstreichen müssen, bis es seinen Eigenbedarf an Industrieprodukten wird decken können. Durch Prohibitivzölle wird es nie instande sein, eine konkurrenzfähige Exportindustrie zu schaffen — daselbe gilt auch für die Baltischen Staaten — und somit fällt auch eine „Bedrohung“ des baltischen Industriemarktes seitens Rußlands fort. Nur eine konsequente Bekennung zum Freihandelssystem wird es den Baltischen Staaten ermöglichen, künftig eine wirtschaftlich-industrielle Austauschzentrale zwischen dem russischen Osten einerseits und Westeuropa andererseits zu sein: Rußland erhält die zum Teil aus russischen Rohstoffen in den Baltischen Staaten hergestellten Fertigfabrikate, Westeuropa hingegen die im baltischen Industriegebiet verarbeiteten russischen Rohprodukte und Halbfabrikate.

Der **Fiskus** profitiert durch einen industriellen Aufschwung in einem viel größeren Maße, als durch die Erhebung von Zollgebühren, zumal diese

durch den kostspieligen Apparat der Zollämter mit ihren zahlreichen Grenz-
wachen beträchtlich gekürzt werden.

Da nun einmal in den Baltischen Staaten von jeher keine nennenswerte
Industrie, an derjenigen Westeuropas gemessen, vorhanden war, so kann
dieser Verlust nur durch die Einführung des Freihandels in den Baltischen
Staaten wettgemacht werden.

Erwägungen politischen Charakters können ebenfalls nicht völlig außer
Acht gelassen werden.

Dem künftigen Rußland muß daher jeglicher Vorwand genommen werden,
gegen den Verlust der Baltischen Staaten zu protestieren. Selbst wenn wir
das Moment des gekränkten russischen Prestige's beiseite lassen, bietet die
Einführung der Freihäfen keine genügende Garantie gegen ein etwaiges
Erwachen russischer Großmachtgelüste.

Von diesem Gesichtspunkt des staatlichen Gesamtinteresses
aus betrachtet, verlieren auch alle kleinlichen und partikularistischen, von eng
lokalpatriotischen bezw. geschäftlichen Rücksichten und Interessen eingegebenen
Einwände gegen eine Bevorzugung des Freihandels, für die Balti-
stischen Staaten jegliches Gewicht.

XVIII. Dreibund der Baltischen Staaten.

Motto: „L'Union fait la force“.

Von Beginn ihrer Staatswerdung an waren die Randstaaten, im Kampfe
gegen ihre gemeinsamen Feinde im Osten und Westen, auf sich allein ange-
wiesen. Um aber künftig sich ihre Selbsthilfe wesentlich zu erleichtern, müssen
derartige Bündnisse geschlossen werden, die die größte Gewähr für ihre Lebens-
fähigkeit bieten. Zweifelsohne haben alle Randstaaten, von Finnland im
Norden bis Rumänien im Süden, gemeinsame Interessen zu verfolgen; dank
den großen Entfernungen aber sind sie bei diesen beiden äußersten Rand-
staaten nur mittelbarer Natur.

Politisch-technisch ist es unmöglich, ein Bündnis aller sechs in Frage
kommenden Randstaaten mit einemmal abzuschließen. Es ist daher von großer
Wichtigkeit, daß Staaten, die als gleichwertige wirtschaftlich-politische Ein-
heiten anzusehen sind, zuvörderst in ein engeres Verhältnis zu einander treten,
und erst alsdann gemeinsam Anschluß an die größeren Nachbarstaaten suchen.

Da die Natur keine Sprünge macht, so kann die Randstaatenkonsoli-
dierung nur auf dem Wege einer Evolution vor sich gehen. In dieser Be-
ziehung ist als erste Stufe der wirtschaftlich-politische Zusammenschluß Lett-
land's, Estland's und Litauens zu einem baltischen Dreibund
anzusehen, als zweite Stufe der Anschluß dieses Dreibundes an Finnland
und Polen und als letzte Stufe der Abschluß eines Bündnisses der bereits
erwähnten Staaten mit Rumänien und Ostpreußen, welches letzteres als ein
von Deutschland politisch isolierter Faktor in wirtschaftlicher Hinsicht entschieden
nach der Seite der Randstaaten hin gravitiert.

Auf diese Weise würde, da Westpreußen vorwiegend zu Polen gehört,
das preußische Junkertum, wie im Interesse des demokratischen Deutschlands,
so auch in demjenigen der Wahrung des europäischen Friedens, durch eine
wirtschaftliche Isolierung von Deutschland, ein für alle mal auch politisch
mundtot gemacht werden. Die große Masse der friedlichen ostpreussischen Be-
völkerung hingegen würde durch einen Anschluß an die übrigen Randstaaten
wirtschaftlich gewinnen. Die erste Stufe aller Randstaatenbündnisse bleibt

also das Zustandekommen eines baltischen Dreibundes, dessen Notwendigkeit für die Stabilisierung des Randstaatengleichgewichts sogar von dem Königsberger Professor Bezzenberger in der „Politischen Rundschau“ zugegeben worden ist.

Der Dreibund ist somit gleichzeitig das Fundament und der Grundpfeiler des gesamten Randstaaten Systems und dazu berufen die Beilegung der polnisch-litauischen Differenzen zu beschleunigen.

Namhafte Politiker sahen bereits die Notwendigkeit der Bildung des Dreibundes voraus, so unter anderem der litauische Gesandte in Paris O. W. Lubicz-Milošz, der in seiner sehr interessanten Broschüre „L'Alliance des Etats Baltiques“, (Paris 1919, Desmoineaux & Brisset) das Dreibundproblem behandelt hat. Er äußert sich hierüber wie folgt, indem er den Dreibund mit „Letto - Lituanie, alliée à l'Esthonie“ bezeichnet:

Constitution, à la dernière porte ouverte sur la Russie et à l'endroit le plus menacé par l'Allemagne, d'une solide confédération appuyée par l'Entente et formée par la Letto-Lituanie, alliée à l'Estonie et reliée par cette dernière à la Finlande; probabilité d'un rapprochement entre ce groupe et l'Union Scandinave; création d'une base pour la reconstitution de la Russie dans un sens favorable à la France et à ses Alliés; érection d'une barrière défensive double, polonaise et baltique, entre l'Allemagne, renforcée par la situation nouvelle de l'Autriche, et la Russie en pleine transformation; contrôle de la Baltique; telles sont les garanties de sécurité qu'une solution lituano-finnoise du problème oriental apporte à l'Europe et au monde....
....La constitution d'une Letto-Lituanie, alliée à l'Estonie apparaît comme la base même de la paix future de l'Orient.

....Epuisées par la guerre et l'occupation allemande, les trois républiques baltiques ont su tenir tête, séparément, à leurs nombreux ennemis. Unies par une alliance étroite et reconstituées dans le labeur commun, ne seront-elles pas, dans un proche avenir, une garantie de paix entre la Pologne et la Russie, plutôt qu'une source de rivalité entre ces deux pays? Et comme Etats maritimes, ne seront-elles pas, — pour nous en tenir, à notre tour, à des données purement réalistes, — en rapports constants avec la Grande-Bretagne et les autres Alliés?

...mais nous avons déjà montré que toutes ces subtilités cachaient surtout une grande confusion des idées et une tendance à englober dans la question russe générale, touffue et hérissée de mille difficultés d'ordre économique et social, le problème baltique purement politique, et remarquable par sa simplicité.

Wenn Lubicz-Milošz den Dreibund hauptsächlich vom politischen Standpunkte gewertet wissen will, so wird die wirtschaftliche Interessengemeinschaft in E. Amendes Artikel: „Litauen, Lettland und Esti als Wirtschaftsgemeinschaft“ („Rigasche Rundschau“ v. 8. Januar 1921), sehr zutreffend hervorgehoben.

Es heißt hier unter anderem:

„Drei Länder, die geographisch, wie wirtschaftlich zueinander gehören, können sich durch Barrieren, die sie sich in ihrem Verkehrs- und Wirtschaftsaustausche bauen, auf die Dauer nicht isolieren und von einander abschließen. Das ist es, was man bei uns, wie in Litauen und Esti, endlich einmal begreifen mußte.

„... Die Zusammenarbeit Litauens und Lettlands muß zur Zusammenarbeit aller drei Nachbarländer werden: den Anfang dazu müssen aber die

Wirtschaftskreife machen, die am meisten unter dem bestehenden Zustande leiden, am klarsten die unnormale Lage, in der wir uns befinden, sehen.

„ Der Zusammenschluß unserer drei Staaten darf zu keiner gegen Westen oder Osten gerichteten politischen Barriere werden, wie das in diesem Sommer ein damals hier erscheinendes Blatt vorschlug“. (Unter dem „damals hier erscheinenden Blatt“ ist die „Rigaer Allgemeine Zeitung“, gemeint, die zu dem Zweck ins Leben gerufen worden ist, um für einen wirtschaftlich-politischen Zusammenschluß der drei Baltischen Staaten Propaganda zu machen, da auf eine andere Weise eine Besserung der wirtschaftlichen Lage schon damals nicht zu erwarten war).

Der Dreibund der Baltischen Staaten ist somit dazu berufen, zwischen Ost- und Westeuropa in wirtschaftlicher Hinsicht eine Brücke, in politischer jedoch eine Scheidewand zu bilden. Die Auseinanderhaltung dieser beiden Momente läßt sich jedoch vollkommen vereinbaren.

Die Behauptung E. Amendes, daß „unsere drei Staaten zu keiner gegen Westen und Osten gerichteten politischen Barriere“ werden dürfen, wird am eklatantesten von Dr. P. Schiemann in seinem mit „Das Ausland und wir“ betitelten Leitartikel der „Rigaschen Rundschau“ v. 19. Februar dieses Jahres widerlegt, in welchem er die Ansicht Mejerowiz's, des lettländischen Ministers des Aeußern, bestätigt: „Lettland und die Baltischen Staaten werden aus eigenem Interesse heraus den wirtschaftlichen Verkehr zwischen Deutschland und Rußland Vorschub leisten, aber es ist eine Existenzfrage für sie, daß sie nicht zum Mitgliede eines neuen politischen Bündnisses zwischen diesen beiden Ländern werden, welches sie früher oder später hinwegfegen würde“.

Der Dreibund ist eben die beste Gewähr für die Baltischen Staaten gegen dieses künftige „Hinweggefegtwerden“. Sie müssen somit „eine gegen Osten und Westen gerichtete politische Barriere“, zum Leidwesen E. Amendes bilden.

Die Notwendigkeit eines Bündnisses der drei Baltischen Staaten hat sich somit auch in maßgebenden deutsch-baltischen Kreisen Bahn gebrochen. Dieser Umstand dürfte wohl entschieden den besten Beweis dafür liefern, daß die Verwirklichung der Idee des Dreibundes in nicht allzuweiter Ferne liegt.

Ein in seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung lebensfähiger Dreibund kann ohne eine für die Ausfuhr arbeitende Industrie nicht gedacht werden. Durch den Umstand, daß die drei Baltischen Staaten berufen sind, die Rolle von Industriestaaten zu spielen, braucht aber deren Landwirtschaft dadurch keineswegs vernachlässigt zu werden, denn ein Industriestaat bedarf einer hochentwickelten Landwirtschaft.

Freihandel, Industrie, Transithandel und eine zweckentsprechende Koalition homogener Randstaaten sind die vier Eckpfeiler, auf denen das Staatengebilde eines wirtschaftlich-politischen lebensfähigen baltischen Dreibundes Lettland, Estland und Litauen errichtet sein muß, um eine seiner kulturhistorischen Entwicklung entsprechende Rolle unter den anderen Randstaaten spielen zu können.

Lettland, Estland und Litauen sind auf eine einheitliche, nach gemeinsamen Richtlinien festzulegende wirtschaftlich-politische Selbsthilfe angewiesen. Die Einigkeit dieser drei Staaten unter einander würde dazu verhelfen, die innere Schwäche eines jeden dieser Staaten leichter überwinden zu können, zumal sie in Anbetracht ihrer geschichtlichen Vergangenheit und eines in sich abgeschlossenen Territoriums lediglich gemeinsame Interessen nicht nur in der

auswärtigen Politik, sondern auch in wirtschaftlichen Wechselbeziehungen mit dem übrigen Ausland zu verteidigen haben.

Die Gründung eines baltischen Dreibundes, innerhalb der schon latent bestehenden „Entente Cordiale“ mit Polen, Finnland und Rumänien, als deren Hauptfaktore, muß als vornehmste Gewähr für die ungeschmälerte Übermittlung an künftige Generationen der bereits erlangten politischen Errungenschaften angesehen werden.

Die bevorstehende Konferenz der Baltischen Staaten wird hoffentlich diese Absichten verwirklichen!

Ende.

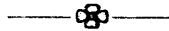
Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort von Prof. Dr. Ernst Schneider	4
Kapitel I Einleitung	5
„ II Zentrifugale und zentripetale Strömungen unter der Randstaaten-Bevölkerung	9
„ III Die wirtschaftliche Bedeutung der Baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen	10
„ IV Die Bedeutung der Baltischen Staaten für die Aufrechter- haltung eines dauernden europäischen Friedens	12
„ V Wo würde die administrative Grenze eines künftigen Rußlands verlaufen?	14
„ VI Die Randstaatenpolitik der Großmächte	19
„ VII Die Politik Italiens	22
„ VIII „ „ Englands	23
„ IX „ „ Frankreichs	26
„ X „ „ der Vereinigten Staaten von Nordamerika	29
„ XI „ „ Deutschlands	31
„ XII „ „ Oesterreichs	41
„ XIII „ „ Rußlands	44
„ XIV Die auswärtige Politik der Baltischen Staaten	49
a) die auswärtige Politik Litauens	50
b) „ „ „ Estlands	51
c) „ „ „ Lettlands	52
„ XV Selbsthilfe der Randstaaten	53
„ XVI Propaganda	54
„ XVII Freihandel	56
„ XVIII Dreibund der Baltischen Staaten	57

Personenverzeichnis.



	Seite		Seite
Alexander III	44	Poltschat	24, 46, 48
Amende, C.	58	Laidoner, General	51
Bassanawitschus, Dr.	50	Lichnowsky, Fürst	5, 32
Bermont	28, 29, 37, 38, 48, 49	Lubicz-Milosz	50
Bethmann-Hollweg	38	Martus	50
Bezzenberger, Prof.	58	Meijerowiz	52
Bismark, Fürst	41	Michail, Großfürst	24
Bourgeois, Léon	29	Needra	37
Briand	29	Northcliffe	54
Bröderich, Silvio	10	Osol, Obrist	53
Buchanan, engl. Botsch.	24	Ostmann, Eckehard	40
Burt, General	26	Purizky, Dr.	50
Delbrück	33	Rivas, C.	21, 38, 40, 50
Denikin	24, 37, 46, 47, 48	Rohrbach, Dr. Paul	34
Fortington	26	Schiemann, Dr. Paul	58
Franz-Ferdinand, Erzherzg.	19	Schiemann, Prof. Theodor	44
Goltz, Graf von-der-	27, 48, 49	Schlupas, Dr.	50
Harding, Präsident	29	Sestis, J.	45
Hessen, Dr. Robert	38	Skoropadsky	35, 36, 37
Hindenburg	10, 37	Silden-Smith	26
Hoover	29	Ulmanis	52
Judenitsch	24, 46, 48	Wrangel	46
Katriš	50	Yough	29
Kerensty	24, 25	Zeligowsty	28, 29, 49
Klimas	50		



Wichtigste Literatur.

- Arbusow, P.** Grundriß der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands. 3. Aufl. Riga, 1908.
- Berg, H.** Lettische Zukunftsgedanken. Petersburg, 1918.
- „ Situation internationale de la Lettonie. Pétrograd, 1918.
- Дайге, А.** Латыши. Петроградъ — Москва, 1917.
- Ehret, Dr. J.** La Lituanie (Passé, Présent, Avenir), Genève, 1919.
- Езовитовъ, К.** Бѣлоруссы и Поляки. Ковно, 1919.
- Gaillard, G.** Le mouvement Panrusse et les Allogènes. Paris, 1918.
- Kenin, A.** La Lettonie et la guerre.
- Klimas, P.** Der Werdegang des Litauischen Staates. Berlin, 1919.
- Lubicz-Milosz, O. W. de** — L'Alliance des Etats Baltiques. Paris, 1919.
- Luiga, Dr.** Die Agrarreform in Estland, 1920.
- Martna, Eesti und die Esten**, 1920.
- Rivas, C.** La Lituanie sous le joug allemand 1915.—1918.— Le plan annexioniste allemand en Lituanie, Lausanne, 1919.
- Rosenbaum, S.** La question polono-lituanienne. Paris, 1919.
- Rosenthal, S.** Kulturbestrebungen des estnischen Volkes. Reval, 1912.
- Seifert, Il popolo Lettone e la Lettonia**, Roma, 1921.
- Seskis, J.** Maximalisme et Tirailleurs Lettons. Pétrograd, 1918.
- Schafste, J.** Die Letten und ihre Patwija. Stockholm, 1917.
- Эсты и Латыши.** Сборникъ статей подъ редакціей проф. М. А. Рейснера, Москва, 1916.
- Verbellis, K.** La Lituanie Russe, Genève, 1917.
- Viscont, A.** La Lituanie et la guerre, Genève, 1917.
- Zilius, J.** The Boundaries of Lituania, Kovno, 1920.